BEWEISE
ZIELE
ARGUMENTE

Deutschland 1966

Aktuelle Aufgaben und Probleme der Bundespolitik

Sonderausgabe
des Rednerdienstes für die Landtagswahl
Herausgeber:
CDU Bundesgeschäftsstelle Bonn, Nassestraße 2

Deutschland 1966

Aktuelle Aufgaben und Probleme der Bundespolitik

Am 10. Juli 1966 entscheidet die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens über die politische Zukunft des Landes.

Die CDU hat den Aufstieg dieses bevölkerungsstärksten Landes der Bundesrepublik verantwortlich getragen und die Weichen in eine Zukunft gestellt, die dem Land ein neues Gesicht, noch mehr Chancen und seinen Menschen eine schönere und gesündere Heimat geben wird.

Die CDU stellt sich den Wählern mit gutem Gewissen. Die CDU kann auf Leistungen verweisen. Die CDU hat eine klare Vorstellung von den Aufgaben der Zukunft. Die CDU hat die besseren Männer und Frauen.

Die Lage des Landes richtig einzuschätzen ist nur möglich, wenn man sich einen klaren Überblick über die gesamte außen- und innenpolitische Situation 1966 verschafft.

Außen- und innenpolitische Situation 1966 grundsätzlich unterschieden von der Situation der 50er Jahre.

In der **Außenpolitik** wachsende Schwierigkeiten durch Differenzierung im westlichen Bündnissystem (nicht spezifisch deutsches, sondern internationales Problem!).

In der **Innenpolitik** Übergang von der Aufbau- in die Ausbauphase. Dadurch kompliziertere Aufgaben, deren Lösung mehr Zeit erfordert.

Hauptvoraussetzung für die Außen- und Innenpolitik der kommenden Monate und Jahre: **Nüchternheit, Realismus, Geduld, Vernunft.**

Illusionen und Maßlosigkeit würden alles Erreichte aufs Spiel setzen!

Außenpolitische Situation in den 50er Jahren war gekennzeichnet durch Zusammenschluß der freien Völker gegenüber akuter kommunistischer Bedrohung: NATO, Europäische Einigung. Gemeinsame Interessen standen über nationalen Sonderwünschen.

Seitdem kommunistische Strategie unverändert, aber neue Taktik („Heißer Draht", Sowjetische Entspannungsbemühungen, Atomteststop, Genfer Abrüstungskonferenz). Scheinbare Lockerung im Ostblock, größere Selbständigkeit der Satellitenländer.

Reaktion: Lockerung des westlichen Bündnissystems, wachsende Betonung der nationalen Eigenständigkeit, da angeblich sowjetische Bedrohung nachgelassen hat.

Ergebnis: Zunehmende Schwierigkeiten innerhalb der EWG; Stagnation in der politischen Einigung Europas; Differenzen innerhalb der NATO (Frankreich will anstelle bisheriger Integration ein lockeres Bündnissystem).

Deutsche Position: Warnung vor Illusionen. Sowjetische Bedrohung kann jeden Augenblick wieder akut werden. Was heute in Vietnam geschieht, kann morgen am Eisernen Vorhang geschehen. (Deswegen: Unterstützung des amerikanischen Kampfes in Vietnam. Keinesfalls militärische Beteiligung. Aber wirtschaftliche und humanitäre Hilfe.) „Liberalisierung" im Ostblock darf nicht überschätzt werden; ist keinesfalls ein Grund für Lockerung der westlichen Bündnispolitik.

Darum: Ziele der deutschen Außenpolitik unverändert:

- Fortschritt der europäischen Einigung innerhalb der EWG und so bald wie möglich durch Politische Union. Aber: Keine einseitigen deutschen Zugeständnisse. Lasten innerhalb der EWG müssen gleichmäßig und gerecht verteilt werden.
- Erhaltung und Festigung der deutsch-französischen Freundschaft. Trotz schwerwiegender Meinungs- und Interessen-Unterschiede bleiben Deutschland und Frankreich aufeinander angewiesen.
- Stärkung der NATO, die auch künftig unerläßliche Voraussetzung für Sicherheit der Bundesrepublik und Europa bleibt. Veränderte Verhältnisse machen Reformen innerhalb des Bündnisses erforderlich; Grundsatz der Integration auch in Friedenszeiten muß jedoch erhalten bleiben, weil NATO nur so ihre Aufgabe zur Abschreckung des Gegners erfüllen kann.

Im gleichen Rahmen wie die deutsche **Sicherheitspolitik** steht die künftige **Deutschlandpolitik.** Schlüssel für Lösung der Deutschland-Frage liegt in Moskau, nicht in Ost-Berlin. Deswegen jede Hoffnung auf zweiseitige, „innerdeutsche" Verhandlungen lebensgefährliche Illusion: Würden keinerlei echte Fortschritte bringen, statt dessen aber sowjetische Propagandathese bestätigen, „Wiedervereinigung sei Sache der Deutschen". Bundesrepublik würde jede internationale Unterstützung im Kampf um Selbstbestimmungsrecht für ganz Deutschland verlieren. Weltöffentlichkeit würde sich mit sowjetischer These von „zwei deutschen Staaten" abfinden.

Auch Aktivierung der deutschen Ostpolitik (Handelsmissionen, Kulturaustausch etc.) darf nicht überschätzt werden. Möglichst viel Präsenz der Bundesrepublik in Ostblockländern als Beitrag zu schrittweiser Auflockerung. Aber keine Täuschung: Wiedervereinigung ist nicht in Warschau, Prag oder Budapest, sondern nur in Moskau zu bekommen.

Deswegen: vorzeitige Verzichtserklärungen und öffentliche Diskussion über „Preise" schwächen spätere deutsche Verhandlungsposition, ohne

heute etwas einzubringen. Polnische Regierung würde nach eigener Erklärung auch bei Anerkennung der Oder-Neiße-Linie nicht von sowjetischer Zwei-Staaten-Theorie abweichen. **Endgültige Grenzbestimmung kann deshalb erst in Verhandlungen mit gesamtdeutscher Regierung erfolgen.**

Wichtige Aufgabe der deutschen **Entwicklungspolitik:** Deutscher Anspruch auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung muß auch in Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas durchgesetzt werden. Wenn Sowjets hier Einbruch erzielen könnten, wären Folgen nicht abzusehen.

Hilfe bevorzugt an Freunde, die Streben nach deutscher Wiedervereinigung unterstützen und Alleinvertretungsrecht der Bundesregierung anerkennen.

Deutsche Spaltung bleibt Spannungsfaktor erster Ordnung. Die Welt muß erkennen, daß wirkliche Entspannung nur möglich, wenn Deutschlandfrage gelöst. Nur dann bestehen Chancen für Änderung auch der sowjetischen Politik.

Warnung vor Wunschträumen und Illusionen nicht nur in der Außenpolitik, auch in der **Innenpolitik** unerläßlich.

Phase des Wiederaufbaus mit ungeheuerem Nachholbedarf auf allen Gebieten brachte von Jahr zu Jahr hohe Produktivitätssteigerungen. Dadurch erhebliche Zuwachsraten; stürmisches Wachstum von Wohlstand und Lebensstandard durch erfolgreiche Politik der Sozialen Marktwirtschaft.

Seit Abschluß der ersten Aufbauphase und Deckung des dringendsten Nachholbedarfs **langsameres Wachstum** und geringere Zuwachsraten. Kein Zeichen für Krise oder Stagnation, sondern Ergebnis von Normalisierungsprozeß. Befinden uns in glücklicher Lage: müssen nicht Probleme der Not, sondern des Wohlstandes meistern.

Weiteres Wachstum aber nur möglich, wenn

- Mehrausgaben am wirtschaftlichen Wachstum orientiert werden („niemand kann mehr ausgeben, als er zuvor verdient hat").
- jährlicher Zuwachs stärker in die Sozialinvestitionen als in den Sozialkonsum fließt. Bedeutet keinen Abbau bisheriger Sozialleistungen, sondern sinnvollen Ausbau.

  (Sozialinvestitionen: Vorsorge für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt von morgen und übermorgen; z. B.: Wissenschaft, Forschung, Verkehrsplanung, Strukturmaßnahmen, Gesundheit etc. Sozialkonsum: individueller Verbrauch bei steigenden Löhnen, Renten, staatlichen Leistungen etc.)

Notwendigkeit zum „Maßhalten" gilt insbesondere zwecks Sicherung der **Währungsstabilität.** Bundesregierung kann nicht kommandieren, kann

nicht „die Preise festhalten". Föderalistischer Aufbau unseres Landes und Tarifhoheit unantastbar. Daher Selbständigkeit der Länder und Gemeinden in ihrer Haushaltspolitik; Eigenverantwortung der Tarifpartner in Vereinbarungen über Löhne und Arbeitszeit. (CDU nicht bereit, Sozialpartner aus Verantwortung zu entlassen.)

Bund kann nur mahnen und in seinem Bereich (Bundeshaushalt) Beispiel geben.

Oberstes Gesetz für Gestaltung des Bundeshaushalts: **Stabilität.** Daher: Bundeshaushalt sollte grundsätzlich nicht schneller wachsen als Sozialprodukt. Wenn andere öffentliche Haushalte (Länder und Gemeinden) und Tarifpartner im gleichen Rahmen bleiben, keine weitere Gefährdung von Währungs- und Preisstabilität.

Bund hat durch Sparmaßnahmen Beispiel gegeben. Mehranforderungen an Haushalt 1966 gegenüber 1965 betrugen über 12 Mrd. DM. Sind durch drastische Kürzungen der Bundesregierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Haushaltssicherungsgesetz) auf wirtschaftlich vertretbares Maß reduziert worden.

Wohlbemerkt: Sparmaßnahmen bedeuten nicht etwa Kürzung dessen, was wir haben, sondern Einsparungen bei dem, was dazu kommen soll!

So steigt der Bundeshaushalt 1966 gegenüber den tatsächlichen Ausgaben („Ist-Haushalt") von 1965 um ca. 3,3 Mrd. DM (ca. 5 %), während z. B. der Haushalt des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung von 1965 auf 1966 um 28 % steigt (Schwerpunktbildung!).

Bei den Haushaltsberatungen im Bundestag und bei der Vorbereitung des Haushalts 1967 sollen noch deutlicher vorrangige politische Aufgaben (Sozialinvestitionen!) aufgezeigt werden. Das erfordert aber entsprechende Sparmaßnahmen an anderer Stelle (Durchforstung der Subventionen; Senkung des Bundesbahndefizits durch kostendeckende Tarife etc.).

Grundsatz der Haushaltspolitik von Bundesregierung und CDU/CSU-Fraktion: Unbedingter Vorrang der Stabilität; keine zusätzlichen Ausgaben ohne zusätzliche Einnahmen oder Einsparungen an anderer Stelle.

Häufiger Vorwurf: Vor der Wahl „Wahlgeschenke" — nach der Wahl Sparmaßnahmen.

Dazu ist zu sagen:

- CDU hat schon im Wahlkampf Stabilität als oberstes Ziel ihrer Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik bezeichnet. Wahlkampf-Alternative hieß: Stabilität und Solidität gegen uferlose SPD-Versprechungen!

- Gesetzliche Maßnahmen im Frühjahr und Sommer 1965 (Mutterschutzgesetz, Ausbildungsbeihilfen, EWG-Anpassungsgesetz etc.) waren nicht „Wahlgeschenke", sondern seit Jahren vorbereitete, notwendige Maßnahmen. Durch Mehrbewilligungen im Bundestag (uferlose Mehrforderungen der Opposition und Druck der Interessenverbände) wurde allerdings insgesamt der finanzille Rahmen überschritten.
- Hätte die Bundesregierung damals von Artikel 113 Gebrauch gemacht, hätte sie nur die Gesetze im ganzen außer Kraft setzen, nicht jedoch einzelne Ausgaben senken können. Damit wären höchst ungerecht einzelne Gruppen (Mütter, Familien, Landwirtschaft etc.) getroffen worden („den letzten beißen die Hunde").
- Statt dessen haben Bundeskanzler und Bundesregierung bereits im Juli 1965 (vor der Wahl!) angekündigt, daß im neuen Bundestag generelle Einsparungen an den verabschiedeten Gesetzen vorgenommen werden müßten, wie es tatsächlich mit dem Haushaltssicherungsgesetz (Dezember 1965) getan wurde.

SPD macht es sich immer sehr leicht:

- Vor der Wahl im Bundestag: Forderungen über Forderungen
- Im Wahlkampf: Versprechungen über Versprechungen
- Nach der Wahl: Vorwürfe an Bundesregierung und Koalition („Ruin der Staatsfinanzen")
- „Nein" zum Haushaltssicherungsgesetz, aber keinerlei konkrete eigene Vorschläge, was SPD zur Stabilisierung tun würde.

„Nur laut nach Sparsamkeit rufen, ist populär, nützt aber gar nichts. Man muß auch sagen, wo gespart werden soll!" Nicht nur Mund spitzen, sondern auch pfeifen!

CDU ist zu harten Maßnahmen (Beispiel: Sanierung von Bahn und Post) bereit, auch wenn sie zunächst unpopulär sind. CDU vertraut auf Einsicht der Bürger: Was wir vom Staat verlangen, müssen wir vorher verdienen und in Form von Steuern bezahlen. Keine staatliche Leistung nützt etwas (auch nicht für den Empfänger!), wenn dadurch die Stabilität der Währung bedroht wird.

Aussichten für Konjunktur und künftige wirtschaftliche Entwicklung durchaus zufriedenstellend.

Aber: Voraussetzung: Maß und Vernunft. (Beschränkung auf jährliches reales Wirtschaftswachstum, das sich nach stürmischer Aufbauphase jetzt normalisiert.) Verzicht auf übersteigerte Konsum**ausweitung** (nicht auf bisherigen Konsum) zugunsten langfristiger Investitionen, die unsere weitere Entwicklung und unsere Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft sichern.

Wenn wir weiter Schritt für Schritt vorankommen wollen, können wir es uns nicht leisten, immer weniger zu arbeiten und immer höhere Ansprüche zu stellen. Immer bedenken, daß gesundes wirtschaftliches Fundament Voraussetzung für Leistungen aller Art ist.

CDU wird sich auch künftig nicht scheuen, diese unpopuläre Wahrheit zu sagen und danach zu handeln.

Die Besserwisserei der SPD nützt uns heute so wenig wie 1948/49, als Ludwig Erhard die Voraussetzung für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau schuf.

Dank Fleiß des deutschen Volkes und Politik der CDU/CSU ist die Bundesrepublik heute
drittstärkste Industrienation der Welt,
zweitgrößte Handelsmacht der Welt und
das Land, das in der Welt die beste soziale Sicherung für seine Bevölkerung hat.

Wer diese Leistungen vollbracht hat, wird auch Zukunftsaufgaben meistern. CDU bietet beste Gewähr für Wohlstand, Sicherheit und Fortschritt.

SPD ist zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um klaren Blick und dynamische Kraft zu haben, die großen Zukunftsaufgaben zu meistern. Ihre inneren Auseinandersetzungen, z. B. um Herbert Wehner, sind Kennzeichen des Unvermögens dieser ewig gestrigen Partei, sich im Heute für morgen zurechtzufinden. Interner Streit hat lähmende Unsicherheit in weite Kreise der SPD getragen.

Sie hat keinen verantwortlichen Leiter ihrer Politik und ist unfähig zu politischer Führung.

In Nordrhein-Westfalen wird nicht nur Landespolitik gemacht. In diesem Wirtschaftskern Europas werden zugleich Akzente für die deutsche und europäische Zukunft gesetzt. Es ist nicht nur zu teuer, es ist auch zu gefährlich zu wechseln.

17/1

NRW

BEWEISE
ZIELE
ARGUMENTE

Land des Fortschritts und der Zukunft

Zur Energiepolitik der CDU
in Nordrhein-Westfalen

Rednerdienst zur Landtagswahl 1966
Herausgeber:
CDU Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe
Köln · Dortmund

Land des Fortschritts und der Zukunft

Zur Energiepolitik der CDU in Nordrhein-Westfalen

Am 10. Juli entscheidet die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens über die politische Zukunft des Landes.

Die CDU hat den Aufstieg dieses bevölkerungsstärksten Landes der Bundesrepublik verantwortlich getragen und die Weichen in eine Zukunft gestellt, die dem Land ein neues Gesicht, noch mehr Chancen und seinen Menschen eine schönere und gesündere Heimat geben wird.

Die CDU stellt sich den Wählern mit gutem Gewissen. Die CDU kann auf Leistungen verweisen. Die CDU hat eine klare Vorstellung von den Aufgaben der Zukunft. Die CDU hat die besseren Männer.

Bergbau im Strukturwandel

Für die Erhaltung der Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens ist es von entscheidender Bedeutung, daß die strukturellen Schwierigkeiten im Kohlenbergbau überwunden werden.

Die Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Franz Meyers hat schon frühzeitig die Krise erkannt und Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Bis heute ist kein Bergmann arbeitslos geworden!

Die dank der erfolgreichen Politik der CDU im Bund und im Land Nordrhein-Westfalen gesunde Wirtschaft bietet den Bergleuten neue, gut bezahlte und gesündere Arbeitsplätze.

Die Initiative der Landesregierung, insbesondere der energische persönliche Einsatz Ministerpräsident Dr. Meyers', hat neue Industrien nach Nordrhein-Westfalen gebracht.

Das Opel-Werk in Bochum ist der eindrucksvollste Beweis dieser erfolgreichen Strukturpolitik.

In keinem anderen Wirtschaftszweig ist eine langfristige Vorausschau so notwendig, aber auch so schwierig wie im Kohlenbergbau. Selbst die Prognosen der Fachleute innerhalb der EWG haben sich als unrealistisch erwiesen. Der Kohlenabsatz in ganz Europa ist stärker abgesunken, als diese Experten angenommen hatten.

Aus dieser Erkenntnis hat Dr. Franz Meyers schon in einem frühen Stadium der Entwicklung Bund und Länder auf die Situation des Steinkohlenbergbaus aufmerksam gemacht.

Die energische Initiative Dr. Franz Meyers' hat bisher — zum Teil gegen stärkste Widerstände der übrigen Bundesländer — erreicht,

- daß durch Einführung der Heizölsteuer der Kohle ein Schutz für die Übergangszeit gewährt wird,
- daß durch Frachtermäßigungen die Kohle auch in revierfernen Gebieten Absatzmöglichkeiten behält,
- daß die billige amerikanische Import-Kohle den deutschen Markt nicht überschwemmen konnte.

Alle diese Maßnahmen reichen auf die Dauer aber nicht aus. Darum hat Dr. Franz Meyers der Bundesregierung neue Vorschläge vorgelegt. Sie sollen dem Steinkohlenbergbau die Phase der Umstrukturierung erleichtern und dem Bergmann den Arbeitsplatz und seine und seiner Familie Existenz sichern helfen.

„Dr. Franz Meyers und die CDU sehen eine wichtige Aufgabe darin, die stark einseitig ausgerichtete Struktur des Ruhrgebietes aufzulockern. Konkret bedeutet das die Errichtung neuer Industrien. Damit sollen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die auch in Zukunft den hohen Beschäftigungsstand sichern. Neben den Steinkohlenbergbau **und die eisenschaffende Industrie als den Wirtschaftszweigen, die den Rückhalt des Ruhrgebiets bilden,** sollen weitere Industriezweige treten, die zum wirtschaftlichen Fortschritt und Wohlstand beitragen.

Dr. Franz Meyers hat zu diesem Zweck **das Amt des Beauftragten für das Ruhrgebiet** geschaffen, in das er den ehemaligen Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Fritz Sureth, berufen hat. Staatssekretär a. D. Sureth hat sich Verdienste um die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur Schleswig-Holsteins erworben und **gilt als erfahrener und auch erfolgreicher** Sachkenner der regionalen Strukturpolitik."

Dr. Franz Meyers hat gefordert:

1. **Die Steinkohlenförderung muß der Absatzlage angepaßt und stabilisiert werden.**

Das bedeutet, daß gleichzeitig überschüssige Förderung reduziert und der Kohle gesicherte Absatzmöglichkeiten erhalten oder geschaffen werden.

Notwendige Stillegungen müssen daher frühzeitig und sorgfältig geprüft werden.

2. **Der Steinkohle muß ein fester Anteil an der Stromerzeugung gesichert werden.**

Dr. Franz Meyers hat dazu vorgeschlagen, daß der Anteil der Kohle an der Stromerzeugung bei 50 Prozent liegen soll.

Damit durch diesen Anteil der in ihren Gestehungskosten vergleichweise teuren deutschen Steinkohle der Strompreis für den Verbraucher nicht zu hoch wird, soll das in den Kraftwerken neben der Kohle verwendete schwere Heizöl von der Heizölsteuer befreit werden. Öl und Kohle können einander ergänzen, wenn es um fortschrittliche Lösungen und um den Vorteil der Verbraucher geht.

3. **Das Gesetz zur Förderung der Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken muß verbessert werden.**

Dr. Franz Meyers will mit diesem Vorschlag erreichen, daß die in diesem Gesetz vorgesehenen Steuervergünstigungen so gestaffelt werden, daß die Kohle auch in revierfernen Gebieten den Kraftwerken zu einem günstigen Preis angeboten und auch in neuen Kraftwerken eingesetzt werden kann.

Dr. Franz Meyers hat darüber hinaus gefordert, daß mit den Steuervergünstigungen auch die Frachthilfen weiter verbessert werden. Die Kohle soll damit zu einem vertretbaren Preis in die revierfernen Gebiete transportiert werden können.

Alle diese Vorschläge sollen nach den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers auf den Bau von Block- und Fernheizwerken ausgedehnt werden, um der Kohle neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ist hier mit gutem Beispiel vorangegangen:

- Der Bau der beiden geplanten Riesenkraftwerke Ruhr-Ost und Ruhr-West wird mit Landesmitteln gefördert. Sie werden zu den größten Kraftwerken Europas zählen.

Nordrhein-Westfalen hat sich seit seinem Bestehen als das soziale Gewissen der Bundesregierung verstanden. Die CDU denkt bei allen Maßnahmen zur Sicherung des Absatzes von Steinkohle in erster Linie an den Bergmann und seine Familie.

Der unbestreitbare Erfolg dieser verantwortungsbewußten Politik ist die Tatsache, daß

- kein Bergmann wegen der Stillegung von Zechen arbeitslos geworden ist.

Das soll auch künftig gelten.

4. **Ein Sozialplan für die von Stillegungen betroffenen Bergleute**

soll dafür sorgen, daß kein Bergmann seinen Arbeitsplatz verliert, wenn seine Zeche stillgelegt werden muß.

Dr. Franz Meyers fordert:

Vor jeder Zechenstillegung muß ein Sozialplan stehen!

Jeder Bergmann soll wissen, was aus ihm wird und welche Möglichkeiten ihm offenstehen, wenn seine Zeche ihren Betrieb einstellen muß.

Umschulungsmaßnahmen sollen ihm den Übergang in neue Berufe ermöglichen.

Jeder Bergmann, der durch Zechenstillegung einen anderen Arbeitsplatz übernehmen muß, kann seine Bergarbeiterwohnung behalten. Kein Bergmann verliert mit seinem alten Arbeitsplatz auch seine Wohnung!

Am härtesten werden die älteren Bergleute von den Stillegungen betroffen. **Dr. Franz Meyers hat daher gefordert:**

Herabsetzung des Rentenalters für Bergleute auf 55 Jahre!

Solange die CDU die Politik in Nordrhein-Westfalen bestimmt, solange wird für unsere Bergleute gesorgt werden. Gemeinsam mit der Bundesregierung, mit den Gewerkschaften und der Industrie wird die Landesregierung unter Dr. Franz Meyers die Schwierigkeiten des Strukturwandels meistern und dafür sorgen, daß Nordrhein-Westfalen das Land der Zukunft und des Fortschritts bleibt!

Ministerpräsident Dr. Franz Meyers hat daher eine langfristige Planung für die Umstrukturierung des Landes Nordrhein-Westfalen eingeleitet:

5. Die Gründung einer Strukturgesellschaft

Diese Gesellschaft hat die Aufgabe, die Zechen, die stillgelegt werden müssen, einschließlich ihres Geländebesitzes, aufzukaufen. An dieser Gesellschaft beteiligen sich:

- das Land Nordrhein-Westfalen,
- der Bund,
- die Wirtschaft,
- die Gewerkschaften.

Damit ist eine breite Vertretung der Interessen und eine sinnvolle Beteiligung an der Verantwortung garantiert.

Sinn der Bemühungen der Strukturgesellschaft ist es, das freigewordene Gelände der stillgelegten Zechen für die Ansiedlung neuer, wachstumsfähiger Industriezweige zur Verfügung zu stellen.

Bisher ist mancher Wunsch nach der Gründung neuer Industriebetriebe einfach an der Weigerung der Zechengesellschaften gescheitert, ihr Gelände dafür zur Verfügung zu stellen.

Die Strukturgesellschaft wird künftig das freigewordene Gelände durch gezielte Maßnahmen für die Ansiedlung neuer Betriebe vorbereiten. Die

Gesellschaft übernimmt dabei auch das Bergschädenrisiko, das bisher ein Hindernis bei der Gründung neuer Betriebe gewesen ist. Zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen wird eine gemeinsame Lösung des Bergschäden-Problems ausgearbeitet.

Alle diese in dem Meyers-Plan zusammengefaßten Vorschläge haben die Billigung aller Parteien, der Wirtschaft und der Gewerkschaften gefunden.

Es gibt keine Alternative zum Meyers-Plan!

Auch die Opposition in Nordrhein-Westfalen hat keine andere Lösung anzubieten. Sie hat sich erst gar nicht die Mühe gemacht, über die Zukunft des Bergbaus und über die Sorgen unserer Bergleute nachzudenken.

Dr. Franz Meyers hat mit diesen Forderungen und Vorschlägen die wirksame Beteiligung der Bundesregierung an der Lösung der Struktur-Probleme an Rhein und Ruhr erreicht.

Dr. Franz Meyers hat darüber hinaus mit seinen energischen Bemühungen die Mitverantwortung der gesamten Wirtschaft geweckt.

Allen gemeinsam, dem Land Nordrhein-Westfalen unter der Führung des bewährten Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers, dem Bund, den Gewerkschaften und der Wirtschaft wird es gelingen, Nordrhein-Westfalens Spitzenstellung in der europäischen Industrie zu halten und auszubauen.

Dieses große Bündnis, von Land, Bund, Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist der Erfolg der verantwortungsbewußten Politik des CDU-Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers!

Nordrhein-Westfalen wird unter seiner Führung und in der Verantwortung der CDU das Land des Fortschritts und der Zukunft bleiben!

BEWEISE
ZIELE
ARGUMENTE

Land des Fortschritts und der Zukunft

Zur Energiepolitik der CDU
in Nordrhein-Westfalen

Rednerdienst zur Landtagswahl 1966
Herausgeber:
CDU Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe
Köln · Dortmund

Land des Fortschritts und der Zukunft

Zur Energiepolitik der CDU in Nordrhein-Westfalen

Am 10. Juli entscheidet die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens über die politische Zukunft des Landes.

Die CDU hat den Aufstieg dieses bevölkerungsstärksten Landes der Bundesrepublik verantwortlich getragen und die Weichen in eine Zukunft gestellt, die dem Land ein neues Gesicht, noch mehr Chancen und seinen Menschen eine schönere und gesündere Heimat geben wird.

Die CDU stellt sich den Wählern mit gutem Gewissen. Die CDU kann auf Leistungen verweisen. Die CDU hat eine klare Vorstellung von den Aufgaben der Zukunft. Die CDU hat die besseren Männer.

Bergbau im Strukturwandel

Für die Erhaltung der Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens ist es von entscheidender Bedeutung, daß die strukturellen Schwierigkeiten im Kohlenbergbau überwunden werden.

Die Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Franz Meyers hat schon frühzeitig die Krise erkannt und Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Bis heute ist kein Bergmann arbeitslos geworden!

Die dank der erfolgreichen Politik der CDU im Bund und im Land Nordrhein-Westfalen gesunde Wirtschaft bietet den Bergleuten neue, gut bezahlte und gesündere Arbeitsplätze.

Die Initiative der Landesregierung, insbesondere der energische persönliche Einsatz Ministerpräsident Dr. Meyers', hat neue Industrien nach Nordrhein-Westfalen gebracht.

Das Opel-Werk in Bochum ist der eindrucksvollste Beweis dieser erfolgreichen Strukturpolitik.

In keinem anderen Wirtschaftszweig ist eine langfristige Vorausschau so notwendig, aber auch so schwierig wie im Kohlenbergbau. Selbst die Prognosen der Fachleute innerhalb der EWG haben sich als unrealistisch erwiesen. Der Kohlenabsatz in ganz Europa ist stärker abgesunken, als diese Experten angenommen hatten.

Aus dieser Erkenntnis hat Dr. Franz Meyers schon in einem frühen Stadium der Entwicklung Bund und Länder auf die Situation des Steinkohlenbergbaus aufmerksam gemacht.

Die energische Initiative Dr. Franz Meyers' hat bisher — zum Teil gegen stärkste Widerstände der übrigen Bundesländer — erreicht,

- daß durch Einführung der Heizölsteuer der Kohle ein Schutz für die Übergangszeit gewährt wird,
- daß durch Frachtermäßigungen die Kohle auch in revierfernen Gebieten Absatzmöglichkeiten behält,
- daß die billige amerikanische Import-Kohle den deutschen Markt nicht überschwemmen konnte.

Alle diese Maßnahmen reichen auf die Dauer aber nicht aus. Darum hat Dr. Franz Meyers der Bundesregierung neue Vorschläge vorgelegt. Sie sollen dem Steinkohlenbergbau die Phase der Umstrukturierung erleichtern und dem Bergmann den Arbeitsplatz und seine und seiner Familie Existenz sichern helfen.

„Dr. Franz Meyers und die CDU sehen eine wichtige Aufgabe darin, die stark einseitig ausgerichtete Struktur des Ruhrgebietes aufzulockern. Konkret bedeutet das die Errichtung neuer Industrien. Damit sollen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die auch in Zukunft den hohen Beschäftigungsstand sichern. Neben den Steinkohlenbergbau **und die eisenschaffende Industrie als den Wirtschaftszweigen, die den Rückhalt des Ruhrgebiets bilden,** sollen weitere Industriezweige treten, die zum wirtschaftlichen Fortschritt und Wohlstand beitragen.

Dr. Franz Meyers hat zu diesem Zweck **das Amt des Beauftragten für das Ruhrgebiet** geschaffen, in das er den ehemaligen Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Fritz Sureth, berufen hat. Staatssekretär a. D. Sureth hat sich Verdienste um die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur Schleswig-Holsteins erworben und **gilt als erfahrener und auch erfolgreicher** Sachkenner der regionalen Strukturpolitik."

Dr. Franz Meyers hat gefordert:

1. **Die Steinkohlenförderung muß der Absatzlage angepaßt und stabilisiert werden.**

Das bedeutet, daß gleichzeitig überschüssige Förderung reduziert und der Kohle gesicherte Absatzmöglichkeiten erhalten oder geschaffen werden.

Notwendige Stillegungen müssen daher frühzeitig und sorgfältig geprüft werden.

2. **Der Steinkohle muß ein fester Anteil an der Stromerzeugung gesichert werden.**

Dr. Franz Meyers hat dazu vorgeschlagen, daß der Anteil der Kohle an der Stromerzeugung bei 50 Prozent liegen soll.

Damit durch diesen Anteil der in ihren Gestehungskosten vergleichweise teuren deutschen Steinkohle der Strompreis für den Verbraucher nicht zu hoch wird, soll das in den Kraftwerken neben der Kohle verwendete schwere Heizöl von der Heizölsteuer befreit werden. Öl und Kohle können einander ergänzen, wenn es um fortschrittliche Lösungen und um den Vorteil der Verbraucher geht.

3. **Das Gesetz zur Förderung der Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken muß verbessert werden.**

Dr. Franz Meyers will mit diesem Vorschlag erreichen, daß die in diesem Gesetz vorgesehenen Steuervergünstigungen so gestaffelt werden, daß die Kohle auch in revierfernen Gebieten den Kraftwerken zu einem günstigen Preis angeboten und auch in neuen Kraftwerken eingesetzt werden kann.

Dr. Franz Meyers hat darüber hinaus gefordert, daß mit den Steuervergünstigungen auch die Frachthilfen weiter verbessert werden. Die Kohle soll damit zu einem vertretbaren Preis in die revierfernen Gebiete transportiert werden können.

Alle diese Vorschläge sollen nach den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers auf den Bau von Block- und Fernheizwerken ausgedehnt werden, um der Kohle neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ist hier mit gutem Beispiel vorangegangen:

- Der Bau der beiden geplanten Riesenkraftwerke Ruhr-Ost und Ruhr-West wird mit Landesmitteln gefördert. Sie werden zu den größten Kraftwerken Europas zählen.

Nordrhein-Westfalen hat sich seit seinem Bestehen als das soziale Gewissen der Bundesregierung verstanden. Die CDU denkt bei allen Maßnahmen zur Sicherung des Absatzes von Steinkohle in erster Linie an den Bergmann und seine Familie.

Der unbestreitbare Erfolg dieser verantwortungsbewußten Politik ist die Tatsache, daß

- kein Bergmann wegen der Stillegung von Zechen arbeitslos geworden ist.

Das soll auch künftig gelten.

4. **Ein Sozialplan für die von Stillegungen betroffenen Bergleute**

soll dafür sorgen, daß kein Bergmann seinen Arbeitsplatz verliert, wenn seine Zeche stillgelegt werden muß.

Dr. Franz Meyers fordert:

Vor jeder Zechenstillegung muß ein Sozialplan stehen!

Jeder Bergmann soll wissen, was aus ihm wird und welche Möglichkeiten ihm offenstehen, wenn seine Zeche ihren Betrieb einstellen muß.

Umschulungsmaßnahmen sollen ihm den Übergang in neue Berufe ermöglichen.

Jeder Bergmann, der durch Zechenstillegung einen anderen Arbeitsplatz übernehmen muß, kann seine Bergarbeiterwohnung behalten. Kein Bergmann verliert mit seinem alten Arbeitsplatz auch seine Wohnung!

Am härtesten werden die älteren Bergleute von den Stillegungen betroffen. **Dr. Franz Meyers hat daher gefordert:**

Herabsetzung des Rentenalters für Bergleute auf 55 Jahre!

Solange die CDU die Politik in Nordrhein-Westfalen bestimmt, solange wird für unsere Bergleute gesorgt werden. Gemeinsam mit der Bundesregierung, mit den Gewerkschaften und der Industrie wird die Landesregierung unter Dr. Franz Meyers die Schwierigkeiten des Strukturwandels meistern und dafür sorgen, daß Nordrhein-Westfalen das Land der Zukunft und des Fortschritts bleibt!

Ministerpräsident Dr. Franz Meyers hat daher eine langfristige Planung für die Umstrukturierung des Landes Nordrhein-Westfalen eingeleitet:

5. Die Gründung einer Strukturgesellschaft

Diese Gesellschaft hat die Aufgabe, die Zechen, die stillgelegt werden müssen, einschließlich ihres Geländebesitzes, aufzukaufen. An dieser Gesellschaft beteiligen sich:

- das Land Nordrhein-Westfalen,
- der Bund,
- die Wirtschaft,
- die Gewerkschaften.

Damit ist eine breite Vertretung der Interessen und eine sinnvolle Beteiligung an der Verantwortung garantiert.

Sinn der Bemühungen der Strukturgesellschaft ist es, das freigewordene Gelände der stillgelegten Zechen für die Ansiedlung neuer, wachstumsfähiger Industriezweige zur Verfügung zu stellen.

Bisher ist mancher Wunsch nach der Gründung neuer Industriebetriebe einfach an der Weigerung der Zechengesellschaften gescheitert, ihr Gelände dafür zur Verfügung zu stellen.

Die Strukturgesellschaft wird künftig das freigewordene Gelände durch gezielte Maßnahmen für die Ansiedlung neuer Betriebe vorbereiten. Die

Gesellschaft übernimmt dabei auch das Bergschädenrisiko, das bisher ein Hindernis bei der Gründung neuer Betriebe gewesen ist. Zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen wird eine gemeinsame Lösung des Bergschäden-Problems ausgearbeitet.

Alle diese in dem Meyers-Plan zusammengefaßten Vorschläge haben die Billigung aller Parteien, der Wirtschaft und der Gewerkschaften gefunden.

Es gibt keine Alternative zum Meyers-Plan!

Auch die Opposition in Nordrhein-Westfalen hat keine andere Lösung anzubieten. Sie hat sich erst gar nicht die Mühe gemacht, über die Zukunft des Bergbaus und über die Sorgen unserer Bergleute nachzudenken.

Dr. Franz Meyers hat mit diesen Forderungen und Vorschlägen die wirksame Beteiligung der Bundesregierung an der Lösung der Struktur-Probleme an Rhein und Ruhr erreicht.

Dr. Franz Meyers hat darüber hinaus mit seinen energischen Bemühungen die Mitverantwortung der gesamten Wirtschaft geweckt.

Allen gemeinsam, dem Land Nordrhein-Westfalen unter der Führung des bewährten Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers, dem Bund, den Gewerkschaften und der Wirtschaft wird es gelingen, Nordrhein-Westfalens Spitzenstellung in der europäischen Industrie zu halten und auszubauen.

Dieses große Bündnis, von Land, Bund, Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist der Erfolg der verantwortungsbewußten Politik des CDU-Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers!

Nordrhein-Westfalen wird unter seiner Führung und in der Verantwortung der CDU das Land des Fortschritts und der Zukunft bleiben!

BEWEISE
ZIELE
ARGUMENTE

DIE CDU UND DER MITTELSTAND

Rednerdienst zur Landtagswahl 1966

Herausgeber:
CDU Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe
Köln · Dortmund

Die CDU und der Mittelstand

Am 10. Juli entscheidet die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens über die politische Zukunft des Landes.

Die CDU hat den Aufstieg dieses bevölkerungsstärksten Landes der Bundesrepublik verantwortlich getragen und die Weichen in eine Zukunft gestellt, die dem Land ein neues Gesicht, noch mehr Chancen und seinen Menschen eine schönere und gesündere Heimat geben wird.

Die CDU stellt sich den Wählern mit gutem Gewissen. Die CDU kann auf Leistungen verweisen. Die CDU hat eine klare Vorstellung von den Aufgaben der Zukunft. Die CDU hat die besseren Männer.

Die Mittelstandspolitik der Regierung Dr. Meyers

Seit ihrem Amtsantritt fördert die Landesregierung Dr. Meyers den Mittelstand mit ideenreichen Initiativen und zäher Zielstrebigkeit. Bereits auf dem 8. Rheinischen Mittelstandstag der CDU im Jahre 1959 legte Ministerpräsident Dr. Meyers die Grundlagen einer konstruktiven und vernunftgeprägten Mittelstandspolitik. Eine praktische Konsequenz seiner mittelstandspolitischen Konzeption war die Umgestaltung des Wirtschaftsministeriums von Nordrhein-Westfalen in ein Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr. Damit wurden auch die organisatorischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Mittelstandspolitik auf Landesebene geschaffen.

Verfassungsmäßige Grundlage der CDU-Mittelstandspolitik ist der Artikel 28 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen, der auf eine Initiative der CDU zurückzuführen ist. Hier heißt es: „Die Klein- und Mittelbetriebe in Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Gewerbe und die freien Berufe sind zu fördern. Die genossenschaftliche Selbsthilfe ist zu unterstützen."

Die **Ziele der CDU-Mittelstandspolitik** sind von Ministerpräsident Dr. Franz Meyers in seiner Regierungserklärung vom 20. Juli 1962 mit folgenden Worten beschrieben worden: „Ziele der Mittelstandspolitik der Landesregierung sind auch in Zukunft die Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen, die sich zu Lasten des Mittelstandes auswirken, sowie die Herstellung der Startgerechtigkeit im Wirtschafts- und Steuerrecht . . . Außer der Herstellung einer Wettbewerbsneutralität ist die Förderung der Rationalisierung und Anpassungsfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe ein Hauptanliegen der Mittelstandspolitik der Landesregierung . . .

Abschließend sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß ein beständiges Wachstum der Wirtschaft sowohl eine Verstärkung der Forschung als auch einen Ausbau der Einrichtungen für die Aus- und Weiterbildung von Führungskräften und Führungsnachwuchs erforderlich macht."

Die Landesregierung fördert den Mittelstand aus wirtschaftspolitischen, gesellschaftspolitischen und staatspolitischen Erwägungen.

Folgende wirtschaftspolitischen Überlegungen sprechen u. a. für die CDU-Mittelstandspolitik:

a) In unserem Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft fällt der Wirtschaftspolitik die Aufgabe zu, den Wettbewerb als grundlegendes Prinzip der wirtschaftlichen Tätigkeit zu erhalten und zu garantieren. Nur durch einen gesunden Wettbewerb kann unser Land auch in Zukunft an der Spitze des Fortschritts marschieren. Die Sicherung des Wettbewerbs kann einmal dadurch geschehen, daß eine monopolistische Einschränkung des Wettbewerbs verhindert wird, zum anderen aber dadurch, daß möglichst gute Existenzbedingungen für eine optimale Zahl selbständiger Unternehmen geschaffen und erhalten werden. Die Verhütung von monopolistischen Tendenzen in der Wirtschaft muß nach Auffassung der CDU ergänzt werden durch eine zielbewußte Förderung der selbständigen Klein- und Mittelbetriebe, die als Träger des Wettbewerbs von großem Wert für den wirtschaftlichen Fortschritt und damit für den Wohlstand der Gesamtbevölkerung unseres Landes sind.

b) Die Stärke und Überlegenheit der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber der zentralen Zwangswirtschaft und allen anderen sozialistischen Planwirtschaften beruht nicht zuletzt auf der Wendigkeit zahlreicher mittelständischer Unternehmen, die somit zu einem Elastizitätsfaktor unserer Volkswirtschaft werden. Je elastischer eine Volkswirtschaft auf Änderungen von Angebot und Nachfrage reagiert, um so besser können die Wünsche aller Verbraucher erfüllt werden. Auch aus diesen gesamtwirtschaftlichen Überlegungen fördert die Regierung Dr. Meyers den Mittelstand.

c) Da kleine und mittlere Unternehmen einen erheblichen Beitrag für die Verwertung und Nutzbarmachung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts leisten, ist die CDU daran interessiert, die produktiven Kräfte des Mittelstandes zu fördern, um dadurch ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum und eine Steigerung des Wohlstandes zu erzielen.

d) Die konjunkturstabilisierenden Verhaltensweisen der mittelständischen Unternehmer dienen der Ausgeglichenheit des Konjunkturverlaufs und sind somit von beachtlichem Wert für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und die Stabilität der Sozialverhältnisse. Die Förderung des Mittelstandes ist damit aus konjunktur- und wachstumsbedingten Gründen ein Hauptanliegen der Regierungspolitik von Ministerpräsident Dr. Franz Meyers.

Wo liegen die Hauptaufgaben der CDU-Mittelstandspolitik?

Aus der mittelstandspolitischen Zielsetzung einer Sicherung der Existenzvoraussetzungen für eine optimale Zahl gesunder und lebensfähiger Klein- und Mittelbetriebe ergeben sich folgende Hauptaufgaben der CDU-Mittelstandspolitik:

1. **Herstellung und Gewährleistung von Wettbewerbsneutralität und Startgerechtigkeit für den Mittelstand.**

   (Beseitigung der sogenannten exogenen Schwierigkeiten des Mittelstandes.)

2. **Landespolitische Hilfe bei der Beteiligung des Mittelstandes am Wirtschaftswachstum.**

   Förderung von Rationalisierung und Leistungssteigerung. (Staatliche Hilfe zur Selbsthilfe des Mittelstandes bei der Überwindung von sogenannten endogenen Schwierigkeiten.)

3. **Unterstützung des Landes bei der Gründung und Neugestaltung selbständiger Existenzen.**

Da die Herstellung von Wettbewerbsneutralität und Startgerechtigkeit die genaue Erfassung von Wettbewerbsverzerrungen zur Voraussetzung hat, errichtete die Regierung Meyers im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr eine besondere Stelle, die sich in besonderer Weise um die Aufdeckung und Beseitigung von wettbewerbsverfälschenden Diskriminierungen des selbständigen Mittelstandes bemüht. Die hier tätigen hochqualifizierten Volkswirte und Juristen haben bereits zahlreiche Analysen von Wettbewerbsstörungen durchgeführt und in vielen Fällen Abhilfe schaffen können. Wenngleich die Arbeit dieser **Mittelstandsgruppe** nicht in der Öffentlichkeit erfolgt und deshalb ohne publizistischen Widerhall geschieht, so sind die Ergebnisse dieser mittelstandspolitischen Aktivität aber doch von außerordentlich großer Bedeutung für die Sicherung der Existenzvoraussetzungen des selbständigen Mittelstandes im Land Nordrhein-Westfalen. Die mittelstandsorientierte Arbeit der Grundsatzabteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr ist so erfolgreich, daß sich sogar Fachleute des Auslandes für die Organisation der Mittelstandspolitik in Nordrhein-Westfalen interessieren. So haben z. B. japanische Professoren die mittelstandspolitische Organisation der Landesregierung Dr. Meyers studiert, um ähnliche Einrichtungen auch der japanischen Regierung vorzuschlagen.

Den Aufgaben einer wissenschaftlichen Analyse der Schwierigkeiten des Mittelstandes dient auch das **Institut für Mittelstandsforschung** an den Universitäten Köln und Bonn, das auf Initiative der CDU-Mittelstandspolitiker des Landes gemeinsam von der Bundesregierung und der Landesregierung errichtet wurde und finanziert wird.

Ergänzt werden diese landespolitischen Bemühungen um die Aufdeckung und Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen noch durch die von der Landesregierung eingeleiteten **mittelstandspolitischen Untersuchungen.** Zur Analyse von Wettbewerbsverfälschungen und Strukturänderungen, die sich zu Lasten der kleineren und mittleren Unternehmen auswirken können, werden laufend Untersuchungsaufträge an freiberuflich tätige Wissenschaftler und Praktiker sowie an wissenschaftliche Institute vergeben. Seit 1962 stellte die Landesregierung allein hierfür mehr als 4 Millionen DM zur Verfügung.

Neben diesen und vielen anderen wirksamen Maßnahmen zur Herstellung von Wettbewerbsneutralität und Startgerechtigkeit hat sich die Regierung Dr. Meyers seit vielen Jahren um die Leistungssteigerung der Klein- und Mittelbetriebe bemüht. Ministerpräsident Meyers geht hierbei von der Überzeugung aus, daß die volle Teilhabe des Mittelstandes am technischen und wirtschaftlichen Fortschritt nur dann garantiert ist, wenn es den Inhabern von selbständigen Unternehmen gelingt, im Strukturwandel unserer Zeit ihren Leistungsstand zu halten und noch fortwährend zu steigern. Eine Fülle von Maßnahmen der Landesregierung erbringt hier eine wirksame Hilfe zur Selbsthilfe der mittelständischen Unternehmen.

Folgende Beispiele können hier genannt werden:

Gewerbeförderung im Handwerk

Die technische und wirtschaftliche Entwicklung zwingt zur Anpassung an neue Verfahren, zur Ausweitung und Umstellung des Arbeitsbereiches sowie zur dauernden Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Modernisierung und Rationalisierung der Betriebe und Verwendung neuer Rohstoffe und Materialien. Zur Leistungssteigerung des mittelständischen Handwerks stellt die Landesregierung Dr. Meyers jährlich beachtliche Mittel zur Verfügung. Trotz der angespannten Lage des Landeshaushaltes sind diese Mittelstandshilfen von Jahr zu Jahr gesteigert worden. Dies beweist die folgende Zahlenreihe:

Mittel zur Förderung des Handwerks:

1961	1,1	Mio. DM
1962	1,6	Mio. DM
1963	1,6	Mio. DM
1964	1,75	Mio. DM
1965	2,0	Mio. DM
1966	2,0	Mio. DM

Bei den Haushaltsberatungen 1966 beantragte die SPD eine erhebliche Kürzung dieser Mittel zur Förderung des Handwerks, die aber durch den

erfolgreichen Widerstand der CDU vermieden werden konnte. Wären die mittelstandsfeindlichen Vorstellungen der SPD verwirklicht worden, so hätten einige wichtige Gewerbeförderungsmaßnahmen in Zukunft nicht mehr durchgeführt werden können.

Gewerbeförderung im Bereich des Handels und der Dienstleistungen unter Einschluß der Förderungsmaßnahmen im Bereich der freien Berufe

Auch bei diesen wichtigen Gruppen des Mittelstandes fördert die Landesregierung Dr. Meyers die Bemühungen zur Leistungssteigerung und Rationalisierung mit beachtlichen Mitteln.

Insgesamt wurden in den einzelnen Jahren aufgewendet:

1962 = 1,0 Mio. DM
1963 = 1,0 Mio. DM
1964 = 1,9 Mio. DM
1965 = 2,0 Mio. DM
1966 = 2,0 Mio. DM

Am Rande sei vermerkt, daß auch hier seitens der SPD bei den Etatberatungen 1966 ein Antrag auf Kürzung in Höhe von DM 400 000 gestellt wurde.

Es zeugt von der Aktivität unserer Wirtschaftspolitik, einem engen Kontakt mit der Wirtschaft des Landes und einer ständigen Auseinandersetzung mit den der Wirtschaft gestellten Problemen, daß die Landesregierung sofort die Initiative ergriffen hat, als nach den Jahren eines allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs, in einigen Bereichen, insbesondere der mittelständischen Industrie, Probleme auftraten, die wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen erforderten. So wurde für produktionssteigernde Maßnahmen vom Jahre 1963 ab ein Betrag in Höhe von 660 000 DM bereitgestellt. **Die mit Hilfe dieser Mittel durchgeführten Aktionen, insbesondere die Betriebsberatungen in mittelständischen Betrieben, können als ein echter Erfolg gebucht werden.** Das gleiche gilt für die in einer Reihe von mittelständischen Branchen durchgeführten Strukturuntersuchungen, in denen auf Grund eingehender Betriebs- und Branchenanalysen Vorschläge zur Verbesserung des betrieblichen Leistungsstandes erarbeitet werden. In welcher Weise solche Vorschläge für die Unternehmer fruchtbar werden können, beweist das Beispiel der Solinger Schneidwaren-Industrie.

Über diese auf die Probleme in einzelnen mittelständischen Bereichen der Wirtschaft ausgerichteten Maßnahmen hinaus hat die Landesregierung

noch für besondere Schwerpunktaufgaben zugunsten der mittelständischen Wirtschaft Haushaltsmittel bereitgestellt und diese Ansätze im Bedarfsfalle entsprechend erhöht. Das gilt u. a. für die Förderung neuer Entwicklungen, die insbesondere für mittelständische Wirtschaftsbereiche von Bedeutung sind.

Diese Mittel wurden im Jahr 1965 von zuvor DM 500 000 auf DM 1 775 000 aufgestockt. Ferner kommen die 1964 in Höhe von DM 400 000 und ab 1965 in Höhe von DM 1 000 000 für die Förderung der Weiterbildung von Führungskräften in der Wirtschaft ausgewiesenen Beträge in erster Linie der mittelständischen Wirtschaft des Landes zugute, die nicht, wie die Großbetriebe, eine den Anforderungen gerecht werdende Weiterbildung im eigenen Unternehmensbereich durchführen können. Auch diese letzte Förderungsmaßnahme konnte nur gegen den heftigen Widerstand der Opposition durchgesetzt werden. Bei den Etatberatungen 1966 hat die Opposition sogar die vollständige Streichung dieses Titels beantragt.

Mit den Hinweisen auf die Kürzungs- und Streichungsanträge der SPD bei den Etatberatungen soll kein Kommentar zu den Bemühungen dieser Partei um eine Reduzierung des Haushaltsvolumens mit dem Ziel einer Stabilisierung des Preisniveaus gegeben werden. Daß es der SPD nicht um die Sache selbst ging, hat sich bereits bei der ersten Haushaltsdebatte am 1. und 2. Februar dieses Jahres in aller Deutlichkeit herausgestellt. Diese Anträge der SPD müssen hier deswegen erwähnt werden, weil sich aus ihrer Zielrichtung ergibt, welche Haltung diese Partei im Gegensatz zu ihren Behauptungen gegenüber den Anliegen der mittelständischen Wirtschaft einnimmt.

Neben diesen vorerwähnten Leistungen, mit denen der mittelständischen Wirtschaft für bestimmte Schwerpunktaufgaben eine Hilfe zur Selbsthilfe gewährt wurde, tritt noch als umfassende allgemeine Hilfe das Landeskreditprogramm einschließlich der übernommenen Kreditbürgschaften. Es muß gleich hier erwähnt werden, daß bei dem ungeheuren Kapitalbedarf insbesondere der mittelständischen Wirtschaft nicht alle Wünsche durchgeführt werden konnten. Daher mußten, um eine möglichst nachhaltige Wirkung auf den Leistungsstand der mittelständischen Wirtschaft zu erzielen, bestimmte Verwendungszwecke auch unter Berücksichtigung strukturpolitischer Aufgaben festgelegt werden. Insgesamt aber stellt das Kreditprogramm der Landesregierung eine Leistungsbilanz dar, die nicht ihresgleichen hat, wie die nachfolgenden Zahlen beweisen:

Seit Beginn des Jahres 1948 wurden der gewerblichen Wirtschaft im Lande Nordrhein-Westfalen in rund 25 200 Fällen staatliche Kredite im Gesamtbetrag von rund DM 1,2 Milliarden gewährt.

Davon entfielen auf das

	Zahl der Bewilligungen	Kreditbetrag Mio. DM
Remontagekreditprogramm 1948—1957	489	rd. 350
Flüchtlingskreditprogramm 1950—1957	183	rd. 14
Grenzlandkreditprogramm 1948—1961	3 343	rd. 82
Mittelstandskreditprogramm 1955—1957	9 715	rd. 150
Ostwestfalenkreditprogramm 1955—1960	98	rd. 24
Randgebietekreditprogramm 1958—1960	30	rd. 6
Kreditprogramm für Förderungsgebiete 1960—1961	134	rd. 39
Kreditprogramm für Steinkohlengebiete 1960—1961	10	rd. 4
Landeskreditprogramm 1962 bis 31. 12. 1965	11 189	rd. 491
	25 191	rd. 1 160

Im Durchschnitt ergibt sich ein Kreditbetrag von rd. DM 46000, woraus der betont mittelstandspolitische Charakter dieser Kreditaktionen deutlich hervorgeht. Noch deutlicher kommt dieser bei der Betrachtung des Landeskreditprogramms 1962 bis 1965 mit einem Durchschnittsbetrag von rd. DM 44000 zum Ausdruck.

Da die Landeskredite im allgemeinen der Spitzenfinanzierung dienen, betragen die mit ihrer Hilfe bewirkten Investitionen ein Mehrfaches der hierfür eingesetzten Landesmittel.

Außerdem wurden seit Beginn der Bürgschaftsaktion im Jahre 1950 vom Land Nordrhein-Westfalen in rd. 9300 Fällen Bürgschaften und Rückbürgschaften in Höhe von insgesamt rd. DM 2,6 Mrd. übernommen.

Diese Zahlen beweisen, daß die Landesregierung im Rahmen der auch ihr gesetzten finanziellen Grenzen das Möglichste getan hat und daß für sie Mittelstandspolitik kein willkommenes Schlagwort ist, sondern eine Aufgabe, die es unter Einsatz aller verfügbaren Mittel durchzuführen gilt.

Die Maßnahmen, über die vorstehend ein Überblick gegeben wurde, werden von einer Landesregierung unter der Führung der CDU fortgesetzt

werden, denn für die CDU gilt weiterhin, daß von einem gesunden Mittelstand eine leistungsfähige Wirtschaft, wirtschaftliches Wachstum und damit Wohlstand für alle maßgeblich abhängen. **Deshalb gibt es für die CDU auch kein Ausruhen von dem einmal Erreichten. Es geht vielmehr darum, sämtliche Maßnahmen ständig daraufhin in engem Einvernehmen mit den Organisationen der Wirtschaft und nicht vom grünen Tische aus zu überprüfen, ob sie der gegenwärtigen Situation und der zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung gerecht werden.**

Zwei Bereiche sollen schon jetzt angesprochen werden:

1. Wegen der ständig zunehmenden Mechanisierung und Automatisierung des gesamten Betriebsgeschehens ist die Eigenkapitalsituation der mittelständischen Wirtschaft zu einem brennenden Problem geworden. Es ist daher — auch unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten — untragbar, daß die Mittel des organisierten Kapitalmarktes den nicht emissionsfähigen mittelständischen Unternehmen nicht zugänglich sind und damit nicht nur wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern auch rechtliche Gründe den Einsatz dieser Mittel bestimmen. Es liegen schon zahlreiche Vorschläge vor — zum Teil sind auf privater Grundlage auch schon erste Schritte unternommen worden —, um eine Beteiligung auch der mittelständischen Wirtschaft zu erreichen. Eine eingehende Überprüfung dieser Vorschläge im Hinblick auf die Möglichkeiten ihrer Realisierung wird unverzüglich eingeleitet. Die Landesregierung wird bereit sein, in dem ihr gesetzten Rahmen die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen bzw. entsprechende Staatsbürgschaften zu übernehmen.
2. Als weiterer Aufgabenbereich sollen alle die Möglichkeiten verstärkt ausgeschöpft werden, die zur Hebung des wirtschaftlichen Leistungsstandes der mittelständischen Wirtschaft beitragen. Es kann hier nicht die Vielzahl der Möglichkeiten aufgezählt werden, aber die Annahme ist wohl berechtigt, daß gerade auf diesem Gebiet ein verstärkter Gedankenaustausch und eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wirtschaftsverwaltung, aber auch der Wissenschaft, besonders fruchtbar sein wird.

Es kann bei all diesen Maßnahmen nicht darum gehen, dem mittelständischen Unternehmer das Wirtschaftsrisiko abzunehmen, aber es ist Aufgabe des Staates, die Voraussetzungen zu schaffen und zu erhalten, die es der mittelständischen Wirtschaft gestatten, das wirtschaftliche Risiko zu tragen. Die künftige Landesregierung unter Führung von Dr. Meyers und der CDU wird deshalb auch in Zukunft gewährleisten, daß dem Mittelstand ein seiner Bedeutung für die Gemeinschaft entsprechender Lebensraum erhalten bleibt, und zwar zum Nutzen aller.

BEWEISE
ZIELE
ARGUMENTE

SICHERHEIT UND ORDNUNG DURCH DIE CDU

Rednerdienst zur Landtagswahl 1966

Herausgeber:
CDU Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe
Köln · Dortmund

Sicherheit und Ordnung durch die CDU

Am 10. Juli entscheidet die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens über die politische Zukunft des Landes.

Die CDU hat den Aufstieg dieses bevölkerungsstärksten Landes der Bundesrepublik verantwortlich getragen und die Weichen in eine Zukunft gestellt, die dem Land ein neues Gesicht, noch mehr Chancen und seinen Menschen eine schönere und gesündere Heimat geben wird.

Die CDU stellt sich den Wählern mit gutem Gewissen. Die CDU kann auf Leistungen verweisen. Die CDU hat eine klare Vorstellung von den Aufgaben der Zukunft. Die CDU hat die besseren Männer.

Öffentliche Sicherheit

Sicherheit für Leben und Eigentum der Bürger zu schaffen und zu erhalten, ist eine der wesentlichen Aufgaben des Staates.

Der Polizei kommt daher in einem modernen Industriestaat erhöhte Bedeutung zu. Die Polizei muß auch künftig „Freund und Helfer" der Bürger bleiben.

Mehr und noch besser geschulte Polizeibeamte lautet die Forderung der CDU in Nordrhein-Westfalen.

Die CDU setzt sich weiter dafür ein, daß alle Voraussetzungen zur Verwirklichung dieser Forderung erfüllt werden.

Das bedeutet:

Die zahlenmäßige Stärke der Polizei — auch der Kriminalpolizei — muß auf dem Stand gehalten bzw. auf den Stand gebracht werden, der den Anforderungen entspricht.

Die Polizei sollte nach Möglichkeit von überflüssigen Verwaltungsaufgaben und untergeordneten Ordnungsaufgaben befreit werden. Der Polizeibeamte ist für die Sicherheit der Bürger da, nicht aber für die Bürokratie!

Für weniger schwierige Verkehrsdienste sollen besondere Verkehrsordnungskräfte ausgebildet werden.

Alle diese Forderungen haben den Sinn, die Polizei zu entlasten und sie

für ihre eigentliche Aufgabe bei der Strafverfolgung und bei der Verhütung von Verbrechen und Vergehen freizuhalten.

Die CDU schlägt daher vor:

1. Die Verteilung von Polizeikräften darf nur nach örtlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen erfolgen. **Bürokratischer Schematismus** ist hier **fehl am Platz.**

2. Die Polizei muß wieder zum **„Schutzmann des Bürgers"** werden, d. h., der Polizist muß im Straßenbild stärker in Erscheinung treten. Im Einzeldienst ist daher nach Möglichkeit auf Motorfahrzeuge zu verzichten. Nur dort, wo die Motorisierung unerläßlich ist, soll sie gestattet sein.

3. **Verstärkte Streifen- und Fahndungsmaßnahmen** während der Dunkelheit und unvermuteter Nachteinsatz in den Großstädten sind zur Steigerung der Sicherheit der Bürger unerläßlich.

4. Besondere Aufmerksamkeit ist der **Bekämpfung von Sittlichkeitsverbrechen** an Frauen und Kindern zu widmen.

5. Zur Bekämpfung der Jugendkriminalität muß die **Zusammenarbeit von Eltern, Schule, Jugendorganisationen und Polizei** weiter ausgebaut und gefördert werden. In diesem Zusammenhang müssen die Bemühungen der Jugendämter und insbesondere der weiblichen Kriminalpolizei wirksamer aufeinander abgestimmt werden.

Ein ständig wachsendes Problem ist die **Verhütung von Verkehrsdelikten auf den zumeist überbelasteten Straßen.**

Die Polizei sollte daher

- angesichts der hohen Zahl von Verkehrstoten und Verletzten verstärkt auf die wirklich schweren und gefährlichen Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung eingesetzt werden,
- von der Überwachung des ruhenden Verkehrs sowie von leichten Aufgaben der Verkehrsregelung und der Regulierung von Bagatellschäden befreit werden.

Um unserer Polizei die Ausübung ihrer Pflichten nach Möglichkeit zu erleichtern und gleichzeitig die Verkehrsrechtsprechung zu entlasten, sollte vom Bundesgesetzgeber die große Zahl der einfachen Verkehrsübertretungen aus dem Strafrecht herausgenommen und als Ordnungswidrigkeit eingestuft werden. Diese sollten mit Geldbußen geahndet werden.

Gleichzeitig müßte die Grenze der gebührenpflichtigen Verwarnungen erhöht werden.

Mit diesen Vorschlägen, die von der CDU-Fraktion des Landtages ausgearbeitet worden sind, will die CDU die Grundlage für eine sinnvolle

Reform unseres Sicherheits- und Polizeiwesens liefern. Über manchen Punkt wird man diskutieren. Aber die Diskussion ist in der Demokratie schließlich die Ausgangsposition für jegliches Handeln.

Die CDU denkt an die Sicherheit der Bürger, sie lamentiert nicht tatenlos über die angeblich steigende Kriminalität und das Verkehrschaos, sie packt die Probleme an.

Die Landesregierung unter der Führung von Ministerpräsident Dr. Franz Meyers hat daher den Fragen der öffentlichen Sicherheit mit Erfolg ihre Aufmerksamkeit geschenkt.

- Seit 1962 ist die Polizei in Nordrhein-Westfalen personell erheblich verstärkt worden,
- sind die organisatorischen und gesetzlichen Voraussetzungen für die erhöhte Wirksamkeit des Polizeischutzes geschaffen worden.

Trotz allgemeinen Personenmangels wurden
von 1963 bis 1965 4405 Polizeibewerber eingestellt.

Allein im Jahre 1965 konnten 2558 Bewerber gewonnen werden. Das ist ein bisher nicht erreichter Erfolg, denn die Einstellung von 1200 Bewerbern im Jahr galt bereits als ein außergewöhnlich gutes Ergebnis.

Die Landesregierung hat diesen Erfolg durch gezielte Maßnahmen ermöglicht.

So wurde das Laufbahnrecht der Polizei so geändert, daß der Polizeiberuf jungen und geeigneten Bewerbern auch in der Zeit der Vollbeschäftigung interessant und aussichtsvoll werden kann.

Außerordentlich gute Erfahrungen sind mit der Einstellung älterer Bewerber gemacht worden. Sie haben sich im Dienst bewährt.

Durch diese Initiative der Landesregierung unter der Führung von Dr. Franz Meyers

konnten 1965 mehr als 1000 neue Planstellen besetzt werden.

1962 waren	27 878 Planstellen
1965	28 901 Planstellen besetzt.

Diese Zahlen bedeuten:

Im Jahre 1965 konnten zum ersten Male nach dem Kriege sämtliche vorhandenen Planstellen bei der Polizei besetzt werden!

Die Landesregierung unter der Führung von Ministerpräsident Dr. Franz Meyers wird sich auch in Zukunft energisch für die Sicherheit der Bürger ihres Landes einsetzen.

So sind für 1966 als Teil I einer „Dreijahresaktion" weitere zusätzliche 1300 Planstellen bei der Polizei vorgesehen, davon 300 für Beamte der

Kriminalpolizei. Ferner soll die Bereitschaftspolizei um weitere 500 Mann verstärkt werden.

Mit der Besetzung dieser Planstellen überschreitet Nordrhein-Westfalen 1966 zum erstenmal die Zahl von 30 000 Polizeibeamten.

210 Planstellen sollen für die Freistellung von Polizeibeamten geschaffen werden. Die Landesregierung wird durch Sonderaktionen zur Werbung geeigneter Kräfte dafür sorgen, daß diese neuen Planstellen auch besetzt werden.

Die bisherigen Erfolge lassen erwarten, daß die Landesregierung ihr Ziel erreichen wird.

In der laufenden Legislaturperiode sollen insgesamt 6000 bis 7000 Polizeianwärter eingestellt werden. (In der Legislaturperiode 1958/62 waren es nur rund 4600.)

Die Sicherheit der Bürger ist eines der wesentlichen politischen Ziele der CDU.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen und ihr Ministerpräsident Dr. Franz Meyers haben gehandelt, während andere redeten und kritisierten.

Der CDU geht es um Sicherheit und Ordnung für Nordrhein-Westfalen. Diesen Aufgaben wird sie weiterhin verpflichtet bleiben. Die Bevölkerung ist aufgerufen, ihr dafür am 10. Juli eine klare Mehrheit zu geben!

BEWEISE
ZIELE
ARGUMENTE

DIE CDU UND DIE ZUKUNFT UNSERES LANDES

Rednerdienst zur Landtagswahl 1966

Herausgeber:
CDU Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe
Köln · Dortmund

Die CDU und die Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen

I.

Am 10. Juli 1966 entscheidet die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens über die politische Zukunft des Landes.

Die CDU hat den Aufstieg dieses bevölkerungsstärksten Landes der Bundesrepublik verantwortlich getragen und die Weichen in eine Zukunft gestellt, die dem Land ein neues Gesicht, noch mehr Chancen und seinen Menschen eine schönere und gesündere Heimat geben wird.

Die CDU stellt sich den Wählern mit gutem Gewissen. Die CDU kann **auf Leistungen verweisen.** Die CDU hat eine **klare Vorstellung von den Aufgaben der Zukunft.** Die CDU hat die **besseren Männer und Frauen.**

Nordrhein-Westfalen befindet sich im ersten Abschnitt einer neuen Epoche; auch an Rhein und Ruhr, Weser und Lippe „hat die Zukunft schon begonnen".

Dafür gibt es viele deutliche, ja unmißverständliche und jedermann erkennbare Anzeichen:

Veränderungen in der Wirtschaft dieses Landes stehen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Kohle und Stahl beginnen, ihre beherrschende Stellung in unserem Lande zu verlieren. Auch die Textilindustrie, der dritte traditionelle Industriezweig dieses Landes, zeigt große Veränderungen in Struktur, Beschäftigtenzahl und Produktionsprogrammen. Die Steinkohle steht in der Konkurrenz mit neuen zukunftsträchtigen Energieträgern (Öl, Erdgas, Kernenergie). Stahl und Textil stehen in der Auseinandersetzung mit den Schwesterindustrien der Länder des Gemeinsamen Marktes.

Neue Industrien siedeln sich im Lande, nicht zuletzt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, an und beginnen, das Bild der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zu verändern.

Die Landwirtschaft unseres Landes steht vor der Notwendigkeit, sich durch tiefgreifende Veränderungen ihrer Struktur an die veränderten Gegebenheiten des Gemeinsamen Marktes anzupassen. Außerdem liegt sie in der Konkurrenz mit der sich ausbreitenden Industrie — vor allem den industriellen Klein- und Mittelbetrieben —, die in die ländlichen Gebiete eindringen, um sich die dortigen Arbeitskraftreserven zu erschließen.

Die Entwicklung des Verkehrs nimmt in Nordrhein-Westfalen **gewaltige Dimensionen** an, und zwar sowohl im Straßenverkehr als auch auf den Wasserwegen und im Luftverkehr.

Der Bevölkerungszuwachs liegt wesentlich höher, als wir noch vor wenigen Jahren annehmen konnten. Nordrhein-Westfalen hat seine **Anziehungskraft behalten;** viele Menschen kommen hierher, um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu finden.

Alle diese Umwälzungen und Entwicklungen sind in ihrer Art nicht weniger bedeutend und nicht weniger folgenschwer als die Zeit der beginnenden Industrialisierung zu Anfang des vorigen Jahrhunderts. Aber im Gegensatz zu damals gibt es einen wesentlichen Unterschied: wir sind heute imstande, wichtige künftige Entwicklungen in etwa vorherzubestimmen. Deshalb können wir **heute vorsorgen für morgen;** deshalb können wir verhindern, daß die vor uns liegenden Entwicklungen zu ähnlichen Fehlern wie vor 150 Jahren führen oder daß neue Fehler gemacht werden, für die letzten Endes die Menschen dieses Landes mit Gesundheit und Arbeitskraft zu zahlen hätten. Das ist unser großer Vorteil: — wir brauchen **keine Angst vor der Zukunft** zu haben, so schwierig sie auch im einzelnen heute noch aussehen mag, denn:

- wir können diese Zukunft in den Griff bekommen, wenn wir wollen,
- wir haben in diesem Lande die bewährte und durch Generationen entwickelte Arbeitskraft von Millionen Menschen zur Verfügung,
- wir wissen, daß alle diese Menschen nur eines wollen:

  in Frieden, Sicherheit, Freiheit und Wohlstand leben und arbeiten zu können.

Die Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Franz Meyers, der seit acht Jahren die politischen Geschicke dieses Landes leitet, hat längst bewiesen, daß sie die Zeichen der Zeit verstanden hat.

Mit zwei Schwerpunktprogrammen lenkte sie die gesamte Landespolitik auf die Bewältigung der Vergangenheit in Gestalt der letzten Reste des Krieges und seiner Folgen, zugleich aber auch auf die großen landespolitischen Aufgaben der Zukunft.

In den ersten vier Jahren standen die endgültige Beseitigung der Wohnungs- und Schulraumnot, gezielte Maßnahmen im Straßenbau und Maßnahmen zum Schutz der Volksgesundheit im Mittelpunkt der Landespolitik. Auf diese Weise konnten die Engpässe, die uns daran hinderten, die Nachkriegsfolgen endlich zu beseitigen, überwunden werden. Was hier noch zu tun bleibt, sind Routineaufgaben der Verwaltung.

Im zweiten Schwerpunktprogramm wurden die großen Aufgaben der Zukunft in Angriff genommen,

- **die Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde,**
- **die Erneuerung der Städte und Dörfer,**
- **die Förderung des öffentlichen Bildungswesens.**

Damit hat die von der CDU geführte Landesregierung **die entscheidenden Grundlagen für den Weg in die Zukunft** gelegt.

Wie soll diese Zukunft nach unserer Meinung, nach der Meinung der CDU, aussehen?

WAS WILL DIE CDU?

Nordrhein-Westfalen soll ein freies Land bleiben, ein demokratisches Land, ein Land, in dem die Politik allein auf den Menschen ausgerichtet ist und nicht auf irgendwelche politischen Theorien und Dogmen.

Nordrhein-Westfalen soll **ein gesundes Land bleiben,** ein Land, das nicht das Opfer schädlicher Zivilisationsfolgen wird. Das heißt, daß wir alle technischen Möglichkeiten ausschöpfen müssen, damit die Luft über diesem Land trotz seiner Industriedichte so sauber wie möglich bleibt. Der „blaue Himmel über der Ruhr", von dem politische Phantasten reden, ist ein unerfüllbarer Wunschtraum; denn wir alle kennen die Wahrheit des alten Spruches: „Wo gehobelt wird, fliegen Späne". Aber dennoch gibt es schon heute viele Möglichkeiten, schädliche Abgase unschädlich zu machen; und neue und bessere Methoden müssen und werden entdeckt werden. Dieser neuen Methoden wollen wir uns bedienen.

Die Wasserläufe unseres Landes müssen so sauber wie eben möglich erhalten werden. Wasser ist für uns ein lebenswichtiges Element, sowohl für den menschlichen Bedarf als auch für unsere Industrie. Es muß in genügender Menge und Sauberkeit für die Menschen und die Wirtschaft dieses Landes bereitstehen.

Nordrhein-Westfalen hat auf diesen Gebieten des sogenannten Immissionsschutzes in den zurückliegenden 8 Jahren Pionierarbeit geleistet. Sie ist mit dem Namen des Vorsitzenden der rheinischen CDU, Konrad Grundmann, verbunden. Das muß auch in Zukunft so bleiben.

Nordrhein-Westfalen soll ein Land bleiben, das **Sicherheit für alle** gewährt.

An erster Stelle steht die Sicherheit für unser Leben nicht nur gegenüber den modernen Zivilisationsgefahren, sondern auch die Erhaltung unserer

Gesundheit und ihr Schutz vor den großen Volksseuchen und Zeiterkrankungen.

Daneben geht es auch um unsere Sicherheit im Straßenverkehr und unsere Sicherheit vor denen, die in verbrecherischer Gesinnung unser Leben, unsere Gesundheit und unser Eigentum bedrohen.

Sicherheit des Eigentums ist nur möglich, wenn wir selbst uns im privaten und öffentlichen Leben nach den Grundsätzen der Sparsamkeit richten, wenn wir immer daran denken, daß jeder sein Geld nur einmal und daß er nur soviel ausgeben kann, wie er zuvor verdient hat.

Die CDU tritt daher **für eine sparsame und konjunkturgerechte Finanz- und Wirtschaftspolitik der öffentlichen Hand** — das heißt des Staates und der Gemeinden — ein. **Oberster Grundsatz** der staatlichen und der gesamten öffentlichen Ausgabenwirtschaft muß die **Erhaltung unseres Geldwertes und der Kaufkraft unserer Währung** sein. Dabei müssen wir aber ein weiteres beachten: — so gefährlich unnötige Geldausgaben sind, so gefährlich ist es auch, dort zu sparen, wo es um für die Zukunft des Landes wichtige Maßnahmen und Einrichtungen geht. Wenn wir Eigentum und Wohlstand für uns und unsere Kinder erhalten wollen, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß schon heute die Fundamente für die Erhaltung dieses Wohlstandes in der Zukunft gelegt werden.

Nicht „Sparsamkeit um jeden Preis" ist das Gebot der Stunde, sondern eine Ausgabenpolitik, die darauf ausgerichtet ist, diesem Land die Grundlagen für einen künftigen Wohlstand zu sichern.

Nordrhein-Westfalen soll **ein Land blühender Wirtschaftsentwicklung** bleiben. Voraussetzung dafür ist die Weiterführung der umfasenden Maßnahmen der wirtschaftlichen Strukturverbesserung, die von der Landesregierung eingeleitet worden sind. Den alten Industriezweigen muß dabei geholfen werden, ihren Standort in einer gewandelten wirtschaftlichen Gesamtsituation zu finden. Neue wachstumsstarke Industrien müssen gefördert und ins Land geholt werden.

Die Landwirtschaft muß in die Lage versetzt werden, durch strukturelle Neuordnungsmaßnahmen leistungsfähige landwirtschaftliche Betriebe zu schaffen, die der internationalen Konkurrenz gewachsen sind und zur Versorgung der Bevölkerung in noch stärkerem Umfange beitragen können als bisher.

Nordrhein-Westfalen, **eine der ältesten deutschen Kulturlandschaften,** soll auch in Zukunft **ein Land des Geistes und der Kultur** bleiben. Umfassende Maßnahmen sind in Angriff genommen, um dieses Land zur dichtesten Bildungslandschaft Deutschlands zu machen. Schulbau und Hochschulbau, Neuordnung und Weiterentwicklung des Schulwesens nach neuesten Gesichtspunkten, die Förderung der Künste und Wissen-

schaften, — das alles ist wichtig, damit die Menschen in diesem Lande auch in Zukunft ein menschenwürdiges Dasein führen können und Nordrhein-Westfalen seine Anziehungskraft behält.

So soll Nordrhein-Westfalen in der Zukunft aussehen!

Das sind keine Theorien oder weltfremde Spielereien mit unerfüllbaren Versprechungen. Das alles ist zu erreichen, wenn wir es vernünftig planen und die Verwirklichung richtig anpacken.

Damit stehen die Bürger dieses Landes **vor der größten politischen Gemeinschaftsaufgabe,** die hier seit Jahrzehnten gestellt war. Diese Aufgabe ist nur zu bewältigen, wenn alle Bürger ihre Mitverantwortung für das Gelingen dieser Aufgabe kennen und entsprechend handeln. **Wer in Zukunft besser leben, wer seinen Kindern eine gute Zukunft sichern will, der muß bereit sein zu Verantwortung und Opfer.** Nur wenn wir erkennen, daß wir die Früchte unserer Arbeit nicht allein genießen dürfen, sondern daß sie auch der nachfolgenden Generation zugute kommen müssen, dann werden wir die Zukunft in diesem Lande gewinnen.

Wenn wir so handeln, brauchen wir keine Angst vor der Zukunft zu haben; denn dann legen wir den Grund für eine gute Zukunft.

Die politische Verantwortung für diese Zukunft werden alle Bürger dieses Landes haben, wenn sie am 10. Juli ihre Stimme abgeben. In ihre Hand ist es gegeben, dafür zu sorgen,

- **daß in Parlament und Regierung dieses Landes stabile und arbeitsfähige Mehrheiten geschaffen werden,**
- **daß die CDU in der Lage sein wird, ihre bewährte und erfolgreiche Arbeit für dieses Land fortzusetzen.**

Nordrhein-Westfalen besteht in diesem Landtagswahljahr 1966 nun 20 Jahre. **Mehr als 17 Jahre hat die CDU allein oder führend das politische Geschick dieses Landes gestaltet.** Sie ist bei dieser Aufgabe zu der erfahrensten und zuverlässigsten politischen Partei in Nordrhein-Westfalen geworden.

Die CDU blickt mit Stolz zurück auf das, was sie geleistet hat. Aber sie blickt noch mehr mit Vertrauen auf ihre Kraft in die Zukunft. Sie weiß, daß sie es schaffen wird, wenn sie von den Wählern dazu ermächtigt wird.

Die CDU bietet ihren Wählern keine leeren Versprechungen; man weiß, was sie kann; — und sie weiß, was sie will.

Daher verdient sie **am 10. Juli das Vertrauen der Wähler,** um dieses Land in die Zukunft zu führen.

II.

Vordringliche Zukunftsaufgaben

Nordrhein-Westfalen mit seiner großen Bevölkerungsdichte, mit seiner Wirtschaftskraft und seinem intensiven Verkehrsnetz braucht eine Politik, in der die vordringlichen Zukunftsaufgaben im Mittelpunkt der Landespolitik stehen.

Zu diesen vordringlichen Zukunftsaufgaben rechnet die CDU:

a) **die Sicherung der Familie,**
b) **die Erhaltung der Volksgesundheit,**
c) **eine zeitgerechte Raumordnung,**
d) **die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Landes,**
e) **den Wohnungs- und Städtebau,**
f) **den Ausbau unserer Straßen und Verkehrswege,**
g) **das öffentliche Bildungswesen,**
h) **die Fürsorge für den alten Menschen.**

Ministerpräsident Dr. Meyers hat bereits angekündigt, daß er nach einem Wahlsieg der CDU die **Familienpolitik** zu einem **Schwerpunkt der Landespolitik** machen wird. Die CDU hat sich diese Forderung zu eigen gemacht; denn sie ist davon überzeugt, daß die Hilfe für die Familie die wichtigste Voraussetzung für das Gedeihen von Staat und Gesellschaft ist. Staat und Gesellschaft sind nur dort gesund, wo sie von gesunden Familien getragen werden.

Wenn auch die Landesregierung in den zurückliegenden acht Jahren schon vieles für die **Familie** getan hat, so wird es in Zukunft darauf ankommen, diese Hilfsmaßnahmen zu konzentrieren und besser aufeinander abzustimmen. Ziel dieser Maßnahmen muß sein:

a) **Die wirtschaftliche Sicherung der Familie** und die Sicherung ihres Lebensraumes, also der Familienlastenausgleich.
b) Die **Stärkung der Erziehungskraft** der Familie

Diese Ziele sind nur zu erreichen, wenn insbesondere der **Wohnungsbau für junge und kinderreiche Familien** verstärkt wird, wenn die Maßnahmen der **Familienerholung** verbessert werden, wenn die familienpädagogischen Einrichtungen und Hilfen zusammengefaßt und intensiviert werden. **Das familienpädagogische Förderungsprogramm,** das der Arbeits- und Sozialminister in seinen Grundzügen erarbeitet hat, muß sachlich und finanziell erweitert werden. Kindergärten, Kinderhorte und Kindertagesstätten müssen auch die Aufgabe übernehmen, die Eltern familienpädagogisch besser auf ihre Aufgaben vorzubereiten. Gleiches gilt für die Maßnahmen der **Eltern- und Mütterbildung.** Alle diese Maßnahmen werden schwerpunktartig zusammengefaßt werden müssen, damit mit den vorhandenen Mitteln der beste Erfolg erzielt werden kann.

Die Erhaltung unserer Gesundheit ist eine der wichtigsten Aufgaben der Landespolitik. Nach dem Grundsatz „besser Vorbeugen als Heilen" wird sich die CDU insbesondere für folgende Maßnahmen einsetzen:

a) Die vorbeugenden Maßnahmen gegen Unfälle im Betrieb und am Arbeitsplatz müssen, ungeachtet der hier bereits erzielten Erfolge, verstärkt werden.

b) Der Schutz der Bevölkerung vor schädlichen Abgasen muß verstärkt werden.

c) Alle Maßnahmen, die der Erforschung, der vorbeugenden Behandlung und der Heilung der großen Volkskrankheiten dienen, sind zu unterstützen; zu diesen Krankheiten rechnen wir Herz- und Kreislaufschäden, Krebs, Tuberkulose und die Zuckerkrankheit.

   In diesen Zusammenhang gehört aber auch der verstärkte Kampf gegen die Säuglings- und Kindersterblichkeit.

d) Die Maßnahmen zum Ausbau und zur Konzentration unseres Krankenhauswesens durch Schaffung von Schwerpunktkrankenhäusern ist fortzusetzen. Ziel dieser Maßnahmen muß es sein, der Bevölkerung überall im Land durch die Schaffung solcher Schwerpunktkrankenhäuser leistungsfähige und rentable Krankenanstalten zur Verfügung zu stellen, in denen eine medizinische Behandlung nach dem neuesten Stand der Wissenschaft möglich ist.

e) Für die Gesundheit der Bevölkerung ist der Sport ein überaus wichtiges Hilfsmittel. Die CDU tritt daher für einen weiteren und planmäßigen Ausbau der Sporteinrichtungen ein, insbesondere für den Ausbau von Turn- und Gymnastikhallen, Schwimmbädern und Sportplätzen. In Verbindung mit den Turn- und Sportverbänden muß versucht werden, möglichst viele Menschen zu aktivem Sporttreiben zu bewegen; die Verbände müssen daher in den Stand gesetzt werden, solche Maßnahmen durchzuführen, ohne daß sie dadurch über Gebühr finanziell belastet werden.

f) In der Erkenntnis der Bedeutung körperlicher Bewegung für die Gesundheit des arbeitenden Menschen tritt die CDU dafür ein, daß der Bevölkerung durch die Bereitstellung von Erholungsgebieten und Grünflächen überall ausreichende Gelegenheit zur körperlichen Bewegung geboten wird. Das gilt sowohl für die Erhaltung und Einrichtung von Grünflächen und Erholungsgebieten in und am Rande unserer Städte wie auch für die Schaffung großer Naturparks und Wandergebiete in den ländlichen Gegenden Nordrhein-Westfalens.

In der **Raumordnung** hat Nordrhein-Westfalen in den zurückliegenden Jahren Beispielhaftes geleistet, und zwar durch sein **Landesplanungsgesetz** und das **Landesentwicklungsprogramm.** Diese Maßnahmen müssen im Interesse der Ordnung unseres Lebensraumes und des Schutzes des Menschen weiter verstärkt werden. Die dichtbesiedelten Gebiete müssen aufgelockert, neue Siedlungsgebiete in der richtigen Weise geplant werden. Das Gefälle zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten muß durch Maßnahmen der **Verkehrserschließung** abgebaut werden. Die Erhaltung der natürlichen Reichtümer unseres Landes und seiner landschaftlichen Schönheiten ist von besonderer Bedeutung.

Von einer gründlichen **Verbesserung der Wirtschaftsstruktur** hängt das Schicksal Nordrhein-Westfalens in der Zukunft ab. Die Wirtschaft des Landes steht in einer Periode tiefgreifender Veränderungen, vor allem im Bereich von Steinkohle, Stahl und Textil, den traditionellen Industriezweigen, auf denen jahrzehntelang der Wohlstand des Landes beruhte.

In Erkenntnis dieser Lage hat die von der CDU getragene Landesregierung bereits vor mehreren Jahren intensive Untersuchungen über die Wirtschaftsstruktur des Landes durchführen lassen. Sie sind zur Grundlage der Strukturverbesserungsmaßnahmen der Landesregierung geworden.

Die CDU ist davon überzeugt, daß die **Wirtschaft dieses Landes stark und lebensfähig** genug ist, um der gegenwärtigen Schwierigkeiten Herr zu werden. Nordrhein-Westfalen ist immer noch **das Land mit der stärksten Wirtschaftskraft in der Bundesrepublik.** Die Industrie und die gewerbliche Wirtschaft verfügen über einen nach Millionen zählenden Stamm von Facharbeitern. In unserem Lande besitzen alle Zweige der Wirtschaft eine langjährige, oft generationenalte technisch-wirtschaftliche Erfahrung. Der Lebenswille der Wirtschaft an Rhein und Ruhr ist ungebrochen. Damit sind die Voraussetzungen dafür gegeben, daß die Wirtschaft dieses Landes die heute bestehenden — um zum größten Teil von ihr nicht verursachten — Schwierigkeiten überwinden kann.

Die CDU fordert, daß in Zukunft die ganze Kraft der Landesregierung auf die Bewältigung dieser Schwierigkeiten in gleicher Weise wie bisher konzentriert werden muß.

Im einzelnen fordert die CDU:

Die **Strukturkrise im Steinkohlenbergbau** ist ursächlich verknüpft mit der Energiekrise in allen europäischen Ländern. Sie ist daher nur durch ein **langfristiges nationales und europäisches Energieprogramm** zu lösen. Auf die Schaffung eines solchen Programms ist größtes Gewicht zu legen.

Die Steinkohle muß als **wichtigster heimischer Energieträger** erhalten, vor einem ruinösen Wettbewerb mit anderen Energiequellen geschützt und in die Lage versetzt werden, sich den neuen energiepolitischen Gegebenheiten anzupassen.

Die Förderung muß dem Absatz angepaßt werden; das ist nur möglich, wenn Bund und Land weitere Stillegungsprämien zahlen.

Gesetzgeberische Maßnahmen zur **Stabilisierung des Steinkohlenabsatzes** sind, vor allem im Bereich der Elektrizitätserzeugung, nötig und in der Form möglich, daß der Steinkohle ein 50 %iger Anteil an der Verstromung gesichert wird.

Die Degression bei der Heizölsteuer muß beseitigt, die Selbstbeschränkung der Mineralindustrie erweitert werden.

Die CDU begrüßt die Schaffung einer **Strukturgesellschaft,** in deren Hände die Umstrukturierung des Steinkohlenbergbaues gelegt wird und an der sich insbesondere die Wirtschaft und die Gewerkschaften beteiligen sollen.

Das **Bergschädenproblem** muß unverzüglich gelöst werden.

Vor allem aber darf die Rationalisierung im Steinkohlenbergbau **nicht auf Kosten des Bergmannes und seiner Familie** gehen. Ihm müssen alle Hilfen gegeben werden, damit er einen anderen Arbeitsplatz finden kann. Ältere Bergleute sollen schon früher als bisher in den Genuß der Ausgleichsleistungen nach dem Knappschafts-Rentengesetz gelangen. Das Wohnrecht der Bergleute, die aus dem Steinkohlenbergbau ausscheiden, ist zu sichern.

Stahl- und Textilindustrie müssen gegen wettbewerbsverzerrende Praktiken und gegen einen ruinösen Wettbewerb mit Einfuhren aus Niedrigpreisländern geschützt werden. Sie dürfen auch nicht gegenüber neuen Betrieben in wirtschaftlich günstigerer Ausgangslage unangemessen benachteiligt werden.

Maßnahmen der Rationalisierung und Produktivitätssteigerung sind mit Landesmitteln zu unterstützen; dies gilt auch für die Gründung und den Ausbau gemeinsamer Einrichtungen der Werbung und des Absatzes sowie der wissenschaftlichen Forschung.

Im Rahmen der Strukturverbesserung ist der **Ansiedlung neuer und wachstumsstarker Industrien** besondere Bedeutung beizumessen. Die Mittel des Landeskreditprogramms sind auf diesen Schwerpunkt der Landespolitik zu konzentrieren; dabei ist insbesondere die Ansiedlung mittelständischer Betriebe zu unterstützen.

Die **Hilfsmaßnahmen des Landes für die mittelständischen Betriebe** des Handwerks und Gewerbes sind weiterzuführen. Den Handwerksbetrie-

ben ist insbesondere durch Kredite und Bürgschaften bei innerbetrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen, bei der Ansiedlung in Wohn- und Siedlungsgebieten und bei der Gründung neuer Betriebe durch junge Handwerksmeister zu helfen. Die Maßnahmen der beruflichen Aus- und Fortbildung sind besonders zu unterstützen.

Ein wichtiger Teil der Strukturverbesserungspolitik muß unserer **Landwirtschaft** gelten.

Hauptaufgabe der Landwirtschaftspolitik ist es, die nordrhein-westfälische Landwirtschaft bei den notwendigen Maßnahmen der Umstrukturierung zu unterstützen, damit sie sich der technischen Entwicklung bedienen und im neuen Gemeinsamen Markt in der Konkurrenz mit anderen, bisher nationalen, Landwirtschaften bestehen kann. Die CDU fordert daher

1. die Weiterführung aller Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, insbesondere der Flurbereinigung, des Wirtschaftswegebaues, der Sanierung der Altgehöfte,
2. die verstärkte Hilfe zur Technisierung der Landwirtschaft, um den Personalmangel in den landwirtschaftlichen Betrieben aufzufangen und Bauer und Bäuerin zu entlasten,
3. die Rationalisierung der Milchwirtschaft, insbesondere im Wege der Mittelbereitstellung durch den Milch-Pfennig,
4. die Unterstützung aller Maßnahmen der bäuerlichen Selbsthilfe (gemeinsame Lagerungs- und Trocknungsanlagen, landwirtschaftliche Anbaugemeinschaften und Erzeugerringe),
5. den Ausbau der landwirtschaftlichen Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen, um die bäuerlichen Betriebe auch in Fragen der Betriebswirtschaft, der Preisbildung sowie in Absatz- und Marktfragen mit dem neuesten Stand der Entwicklung vertraut zu machen,
6. Maßnahmen zur Hilfe für die Bäuerin (Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen, Modernisierung der bäuerlichen Haushalte, Ausbildung von Dorfhelferinnen und landwirtschaftlichen Betriebshelfern),
7. Konzentration aller Hilfen für die Landwirtschaft in einem einheitlichen, nach Schwerpunkten geordneten Programm der landwirtschaftlichen Strukturverbesserung, dessen Ziel es sein muß, leistungsfähige, moderne landwirtschaftliche Betriebseinheiten zu schaffen,
8. Einbau dieser Maßnahmen in die Strukturverbesserungsmaßnahmen für die ländlichen Gebiete.

Im Wohnungsbau hat das Land Nordrhein-Westfalen in den letzten acht Jahren Beispielhaftes geleistet. Bis Ende 1966 ist neuer Wohnraum für 8,4 Millionen Menschen geschaffen worden, d. h. für etwa die Hälfte der gesamten Bevölkerung des Landes.

Trotzdem brauchen wir noch mehr Wohnungen. Der Wohnungsbau wird daher weitergehen, bis der Bedarf befriedigt und ein echter Wohnungsmarkt vorhanden ist. Die CDU tritt dafür ein, daß Wohnungen überall im Lande gebaut werden, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um sogenannte schwarze oder weiße Kreise handelt. Die Mittel sind dahin zu lenken, wo ein akuter Bedarf am besten befriedigt werden kann.

Innerhalb des Wohnungsbaues, der mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, tritt die CDU für eine möglichst breite Streuung von Wohnungseigentum in der Form der Familienheime und Eigentumswohnungen ein. Darüber hinaus ist die CDU sich jedoch klar darüber, daß auch Mietwohnungen in ausreichender Zahl vorhanden sein müssen. Sie wird daher auch den Mietwohnungsbau weiter fördern.

Besondere Schwerpunkte aber müssen nach Auffassung der CDU im Bereich des Wohnungsbaues sein:

- Der Wohnungsbau für junge und kinderreiche Familien,
- der Abbau des überbelegten Wohnraumes,
- die Beseitigung der relativ wenigen noch vorhandenen Notunterkünfte.

Darüber hinaus werden die Aufgaben des Wohnungsbaues in den kommenden Jahren immer stärker in die Maßnahmen zur **Stadt- und Dorferneuerung** übergehen. Die CDU ist sich bewußt, daß es sich dabei um Aufgaben handelt, deren Bewältigung — je nach der Situation in den einzelnen Städten und Gemeinden — viele Jahre in Anspruch nehmen wird. Sie fordert gleichwohl, daß gerade diese Maßnahmen verstärkt weitergeführt werden und alles getan wird, was beim jeweiligen Sachstand in den einzelnen Gemeinden getan werden kann.

In den großen Städten wird der **Bewältigung des Straßenverkehrs** besondere Beachtung geschenkt werden müssen. Das gilt für den Bau neuer Straßen, für die Ordnung der innerstädtischen Räume mit Blick auf die Verkehrsprobleme und nicht zuletzt für die Frage, was mit dem ruhenden Verkehr geschehen soll, d. h. also, wie das Parkproblem zu lösen ist, das sich bei der zu erwartenden enormen Steigerung des Absatzes von Kraftfahrzeugen ständig schwieriger gestaltet. Gerade hier wird auf die Entwicklung der nächsten 10 Jahre schon heute sorgsam Bedacht genommen werden müssen.

Aus diesem Grunde sind auch die von der Landesregierung eingeleiteten Untersuchungen für einen Generalverkehrsplan mit Beschleunigung weiterzuführen.

Die **Erneuerung des Dorfes** steht nach Auffassung der CDU in engem Zusammenhang mit zwei Fragen, — einmal mit den Strukturveränderungen in der Landwirtschaft und zum anderen mit der Beseitigung des wirtschaftlich-sozialen und zivilisatorischen Gefälles zwischen Stadt und Land. Die Landesregierung hat in den zurückliegenden Jahren an mehreren Stellen des Landes Untersuchungen durchgeführt, die praktische Erfahrungen für die Fragen der Dorferneuerung in Zusammenhang mit den Strukturveränderungen der Landwirtschaft ergeben sollten, — zum Beispiel im Landkreis Altena, auf dem linken Rheinufer in der Nachbarschaft von Düsseldorf und an verschiedenen anderen Stellen. Diese Maßnahmen müssen unverzüglich ausgewertet und zur Grundlage für eine umfassende Aktion der Dorfsanierung verwandt werden. Hand in Hand damit müssen alle Maßnahmen gehen, die die ländlichen Gebiete verkehrsmäßig besser mit den industriellen Zentren des Landes verbinden, Maßnahmen zur Verbesserung der zivilisatorischen Verhältnisse (Trinkwasserversorgung, Kanalisation, Straßen- und Wegebau und nicht zuletzt auch Maßnahmen zur Unterstützung des Fremdenverkehrs).

Der **Ausbau der Straßen und Verkehrswege** ist damit für den innerstädtischen Bereich und die ländlichen Gebiete bereits angesprochen. Sobald der **Generalverkehrsplan für das Land** vorliegt, muß ihm nach Auffassung der CDU ein zweiter Plan folgen, in dem, abgestuft nach Dringlichkeiten, der Ausbau unseres Straßennetzes festgelegt und durchgeführt wird. Dabei ist vor allem auch auf die Verwirklichung des Verkehrssicherheitsprogramms der Landesregierung zu achten. Je stärker der Verkehr zunimmt, desto größer wird die Gefahr für unsere Sicherheit auf den Straßen. Um so notwendiger ist es, daß bei allen Verkehrsbaumaßnahmen den Forderungen nach der **Verkehrssicherheit** besonders Rechnung getragen wird; Menschenleben sind das wichtigste, was wir auch in diesem Zusammenhang schützen müssen.

Der **Ausbau unserer Wasserwege** ist für die Wirtschaft des Landes von größter Wichtigkeit, damit in Zukunft das sogenannte Europaschiff unsere Flüsse und Kanäle befahren kann und der Schiffsverkehr mit den Seehäfen verstärkt werden kann. Die CDU fordert daher den weiteren Ausbau der Wasserwege im Lande.

Durch die Elektrifizierung wichtiger Bundesbahnstrecken ist der Schienenverkehr in Nordrhein-Westfalen in den letzten 10 Jahren mit Hilfe des Landes maßgeblich gefördert worden. Die CDU erwartet, daß dieses Programm weitergeführt wird.

Darüber hinaus steht nunmehr aber eine weitere wichtige landespolitische Aufgabe vor uns. In einem Gebiet von der Bevölkerungsdichte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ist die Erschließung des Schienenverkehrs für den Personen-Nahverkehr zur Entlastung des Straßennetzes von außerordentlicher Bedeutung. Die CDU begrüßt daher den

Entschluß der Landesregierung, gemeinsam mit der Bundesbahn im Ruhrgebiet einen **S-Bahnverkehr mit festem Fahrplan** und auf besonderen Gleisen einzurichten, der zwischen Duisburg und Dortmund auf der Nord- und Südstrecke ins Leben gerufen werden soll. Die CDU erwartet, daß diese für die Verkehrsentwicklung des Ruhrgebietes wichtige Maßnahme seitens des Landes mit allen Mitteln gefördert wird. Gleiches gilt für die geplante S-Bahnstrecke im Raum Düsseldorf. Außerdem fordert die CDU Untersuchungen darüber, ob weitere Gebiete im Lande Nordrhein-Westfalen sich für solche S-Bahn-Systeme eignen.

Das öffentliche Bildungswesen von der Volksschule bis zur wissenschaftlichen Hochschule und zur Erwachsenenbildung gehört zu den wichtigsten landespolitischen Aufgaben. Dank der erfolgreichen Politik der von der CDU getragenen Landesregierung sind hier in den letzten vier Jahren wichtige Vorentscheidungen gefallen; auf ihnen gilt es nunmehr folgerichtig weiter aufzubauen.

Ziel aller Maßnahmen im Bereich unseres Schulwesens muß sein:

a) Das Ausbildungsniveau der Jugendlichen muß durch eine verbesserte und vermehrte Schulbildung angehoben werden.

b) Die Zahl der Jugendlichen muß erhöht werden, die zu gehobenen Schulabschlüssen gelangen.

c) Jeder Jugendliche muß bis zum höchsten Maß seiner Leistungsfähigkeit ausgebildet werden.

d) Aus diesem Grunde muß das Angebot der Bildungsmöglichkeiten vergrößert, zugleich aber auch differenziert werden, damit möglichst viele Jugendliche zu einem Schulabschluß kommen, der ihren Kenntnissen und Fähigkeiten am besten entspricht.

Die CDU fordert daher, daß die Untersuchungen über die Struktur unserer Schulen aller Typen verstärkt weitergeführt und daß auf Grund der Ergebnisse dieser Untersuchungen eine Dringlichkeitsliste für den weiteren äußeren Ausbau unseres Schulwesens festgelegt wird. Diese Pläne sollen zugleich Teil einer vorausschauenden Bildungsplanung sein.

Die weitere **Behebung des Lehrermangels** ist mit allen Mitteln zu fördern; dabei sollte auch vor neuen Methoden nicht zurückgeschreckt werden, durch welche — vor allem in bestimmten Fachgebieten — Lehrkräfte in beschleunigten und vereinfachten Ausbildungsverfahren herangezogen werden können.

Für das allgemeine Bildungsniveau unseres Volkes ist der **Ausbau der Volksschule** von entscheidender Bedeutung. Ihr ist daher besondere Beachtung zuzuwenden, insbesondere den Fragen des Verhältnisses von

Grund- und Hauptschule, der Beobachtungsstufe mit einer fachlichen Differenzierung des Unterrichtes und der Einführung einer Fremdsprache. Angesichts der verstärkten Anforderungen, die in Zukunft an den Schüler gestellt werden müssen, ist der Frage des Ausbaues der Ganztagsschulen besondere Bedeutung beizumessen.

Im Rahmen der inneren Schulreform fordert die CDU vor allem eine verstärkte Prüfung:

a) der inneren Gestaltung der Hauptschule und des berufsbildenden Schulwesens,

b) der verstärkten Durchlässigkeit zwischen den Schulformen,

c) der Differenzierung des Unterrichtes und der Bildung von Fächerschwerpunkten.

Die Frage der **Schaffung von Schulkindergärten** gewinnt immer größere Bedeutung. Die CDU fordert, daß die damit zusammenhängenden Fragen vorrangig gelöst werden.

Der **Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen,** der in den zurückliegenden acht Jahren in Nordrhein-Westfalen wesentliche Fortschritte gemacht hat, muß mit Nachdruck weitergeführt werden, damit zu Beginn der siebziger Jahre ausreichende Studienplätze an den Hochschulen des Landes bereitstehen. Dabei ist auf die Differenzierung in der Struktur der einzelnen Hochschulen Bedacht zu nehmen. Die CDU vertritt die Auffassung, daß eine solche Spezialisierung durchführbar ist, ohne den Charakter der Universität als wissenschaftlicher Bildungs- und Forschungseinrichtung im Kern zu berühren. Schwerpunktbildungen in Lehre und Forschung sind daher an den einzelnen Landesuniversitäten notwendig und begrüßenswert.

Insbesondere muß der weitere Ausbau der Universitäten Bochum und Dortmund, der Universität Düsseldorf und der Medizinischen und Geisteswissenschaftlichen Fakultät an der Technischen Hochschule Aachen weitergeführt und die Planung für die ostwestfälische Universität beschleunigt werden, damit möglichst bald mit dem Bau begonnen werden kann.

Angesichts der großen Bedeutung, welche die Bildungseinrichtungen für die Verbesserung der Gesamtstruktur des Landes besitzen, ist die Bildungsplanung in engem Zusammenhang mit der Strukturverbesserungs-Planung durchzuführen.

Die **Hilfe für den alten Menschen** ist in den letzten Jahren aus vielerlei Gründen zu einer öffentlichen Aufgabe geworden. Infolge der erhöhten Lebenserwartung erreichen immer mehr Menschen ein hohes Alter. Ihre Unterbringung und Pflege in der eigenen Familie scheitert aber heute

oft aus mehreren Gründen, insbesondere an dem Mangel an Wohnraum. Die bestehenden Einrichtungen der Altenpflege reichen nicht aus und entsprechen auch nicht mehr den modernen Erkenntnissen der Altenfürsorge. Die CDU tritt daher dafür ein, daß gemeinsam mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege ein Altenplan verwirklicht wird, durch den der Bau von Altenheimen und Altenwohnungen und die Betreuung alter Menschen nach modernsten Erkenntnissen sichergestellt wird. **Wir schulden den alten Menschen, daß sie nach einem arbeitsreichen Leben sich nicht selbst überlassen bleiben, sondern — wo nötig — Schutz und Hilfe der Allgemeinheit finden und ihren Lebensabend ohne materielle Sorgen und Nöte verbringen können.**

III.

Konjunktur- und währungspolitische Erwägungen

1. Die Bundesrepublik Deutschland steht nach einer Epoche ungewöhnlichen Wiederaufbaues und wirtschaftlichen Wachstums nun am Anfang einer Periode, in der sich dieser wirtschaftliche Wachstumsprozeß zu konsolidieren beginnt. Das bedeutet, daß mit einem unbegrenzten oder — gemessen an der Entwicklung anderer Länder — überdurchschnittlichen Wachstum des Wirtschaftsertrages und damit des Sozialproduktes in den kommenden Jahren nicht mehr gerechnet werden kann.

2. Angesichts dessen müssen alle politisch Verantwortlichen zwei politische Hauptforderungen beherzigen:

   a) **Die Erhaltung der Währungsstabilität und der Kaufkraft** der Währung ist das oberste Gebot zeitgerechter Wirtschafts- und Finanzpolitik.

   b) **Die Entwicklung der Konjunktur** muß sich in der Entwicklung der öffentlichen Haushalte und Ausgaben widerspiegeln; das Wachstum des Sozialproduktes bildet zugleich den Rahmen für die Finanz- und Haushaltspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden.

3. Damit steht auch die Landespolitik vor der Notwendigkeit, ihre Ausgaben der Entwicklung des Sozialproduktes anzupassen und eine Haushalts- und Finanzpolitik zu betreiben, die der allgemeinen Entwicklung der Konjunktur angemessen ist. Sie darf vor allem auf keinen Fall dazu beitragen, daß nachteilige Entwicklungen der Konjunktur durch übermäßige öffentliche Ausgaben noch zum Nachteil der Währungsstabilität verstärkt werden.

4. Wenn die Landespolitik sich diesem ehernen Gesetz beugt, muß und darf sie erwarten, daß

a) Bund und Gemeinden in gleicher Weise verfahren,

b) auch die Tarifpartner in ihrer Lohnpolitik diesen Grundsatz beherzigen und die Ordnung unserer Währung nicht durch unangemessene Lohnerhöhungen gefährden, die nach aller Erfahrung sofort Preissteigerungen zur Folge haben.

5. Andererseits ergibt sich immer deutlicher, daß die großen landespolitischen **Aufgaben nur in einem Zeitraum mehrerer Jahre** gelöst und abgewickelt werden können.

   Das bedeutet, daß Parlament und Regierung des Landes bei neuen Aufgaben sorgfältig untersuchen müssen, welche Kosten — insbesondere langfristige Kosten — oder gar Daueraufwendungen (Folgekosten) durch neue landespolitische Maßnahmen entstehen.

   Ein einzelner Landeshaushalt für ein Haushaltsjahr bietet heute nicht nur keinen erschöpfenden Überblick über eine konjunkturgerechte Haushaltspolitik mehr; eine solche konjunkturgerechte Haushaltspolitik wird vielmehr, wie sich immer deutlicher zeigt, nur im Wege einer langfristigen Haushaltsplanung möglich sein.

6. Die CDU fordert daher, daß in der kommenden Legislaturperiode die Möglichkeiten einer langfristigen Haushaltsplanung erkundet und Maßnahmen zu ihrer Durchführung ergriffen werden. Sie sieht darin eine wichtige Voraussetzung für eine **zeitgerechte Haushaltspolitik,** zugleich aber auch eine Voraussetzung für eine sachgerechte Durchführung der landespolitischen Aufgaben.

7. Angesichts der Vielzahl öffentlicher Aufgaben und der sich ständig steigernden Personal- und Sachkosten erscheint die **Bildung landespolitischer Schwerpunkte** von besonderer Wichtigkeit. Die von der CDU geführten Landesregierungen der beiden letzten Legislaturperioden unter Ministerpräsident Dr. Meyers haben diese Notwendigkeit bereits erkannt und daraus konkrete Folgerungen gezogen.

   Die Schaffung zweier Schwerpunktprogramme hat sich landespolitisch als großer Vorteil erwiesen; auf diese Weise ist es möglich gewesen, die Landesmittel in besonderer Weise auf die Bewältigung dieser als vorrangig angesehenen Aufgaben zu lenken.

   Die CDU fordert, daß diese Politik der Schwerpunktbildungen in der neuen Legislaturperiode weiter ausgebaut wird. Sie ist insbesondere auf die Strukturverbesserung im wirtschaftlichen Bereich, auf die Familienpolitik und auf den Bereich des öffentlichen Bildungswesens zu konzentrieren.

Die CDU kämpft für Wohlstand in Freiheit und Ordnung. Die Bevölkerung unseres Landes ist aufgerufen, ihr dafür eine klare Mehrheit zu geben. Darum heißt es am 10. Juli: unsere Stimme für Ministerpräsident Dr. Franz Meyers und die CDU!

BEWEISE
ZIELE
ARGUMENTE

BILDUNG FÜR DIE WELT VON MORGEN

Rednerdienst zur Landtagswahl 1966
Herausgeber:
CDU Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe
Köln · Dortmund

Bildung für die Welt von Morgen

Die erfolgreiche Kulturpolitik der CDU in Nordrhein-Westfalen unter Ministerpräsident Dr. Franz Meyers

Am 10. Juli entscheidet die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens über die politische Zukunft des Landes.

Die CDU hat den Aufstieg dieses bevölkerungsstärksten Landes der Bundesrepublik verantwortlich getragen und die Weichen in eine Zukunft gestellt, die dem Land ein neues Gesicht, noch mehr Chancen und seinen Menschen eine schönere und gesündere Heimat geben wird.

Die CDU stellt sich den Wählern mit gutem Gewissen. Die CDU kann auf Leistungen verweisen. Die CDU hat eine klare Vorstellung von den Aufgaben der Zukunft. Die CDU hat die besseren Männer.

Jede dritte Markt für die Kulturpolitik

Ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen, das mitten im umfassendsten Wandel seiner Geschichte steht und sich auf eine neue Zukunft vorbereitet, braucht Männer und Frauen, die die vielfältigen Aufgaben der neuen Zeit meistern können. Es entstehen völlig neue Industrien und mit ihnen neue Berufe. Unser Land braucht jede Begabung; kein Talent darf brachliegen oder scheitern, weil es keine Chance zur Ausbildung und Weiterentwicklung findet.

Erziehung, Bildung und Ausbildung der Kinder sind das Recht und die Pflicht der Eltern. Aber der Staat muß **den Eltern die ungehinderte Möglichkeit** geben, **dieses Recht und diese Pflicht voll ausschöpfen und erfüllen** zu können. Das ist **die Grundlage der Kulturpolitik der CDU.**

Die moderne soziale Bildungsgesellschaft der Zukunft beginnt in den Schulstuben der Gegenwart.

CDU-Ministerpräsident Dr. Franz Meyers hat mit dem jungen Kultusminister Prof. Paul Mikat ein Bildungsprogramm in Angriff genommen, das in seinem Umfang und in seiner Wirkung für alle — auch für die von der SPD regierten — Bundesländer beispielhaft ist.

Das sind die Leistungen:

Die Ausgaben der Landesregierung für die Kulturpolitik stiegen
von 2,29 Milliarden DM im Jahre 1963
auf 2,97 Milliarden DM im Jahre 1965

Im Jahre 1966 werden die Ausgaben für die Kulturpolitik annähernd 3,50 Milliarden DM erreichen.

Das ist weit mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben des Landes.

Das bedeutet:

Jede dritte Mark wird in Nordrhein-Westfalen für Schulen, Universitäten, Lehrerbildung und finanzielle Hilfe für Schüler und Studierende ausgegeben.

Der Schulbau

Dringliche Aufgabe der Landesregierung unter Dr. Franz Meyers war die Behebung der Schulraumnot. Trotz der Bemühungen in der Vergangenheit entstand neuer Schulraumbedarf durch

- die Zunahme der Schülerzahl
- die Herabsetzung der Klassenstärke
- den verstärkten Zustrom zu den weiterführenden Schulen

Zur Behebung der Schulraumnot stellte die Landesregierung von 1962 bis 1965 den Gemeinden insgesamt

1063 Millionen DM zur Verfügung.

Davon

- 815 Millionen DM für die Schulbauprogramme
- 74 Millionen DM als Bauhilfen und Baubeiträge
- 124 Millionen DM als Ergänzungszuschüsse
- 50 Millionen DM für den Bau von Turnhallen und Sportanlagen an Schulen

Von 1962 bis 1965 sind in Nordrhein-Westfalen unter der Regierung des CDU-Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers

7543 neue Schulklassen gebaut worden.

Davon

- 4399 Klassen in Volksschulen
- 350 Klassen in Sonderschulen
- 613 Klassen in Realschulen
- 1262 Klassen in Höheren Schulen
- 820 Klassen in Berufs- und Berufsfachschulen

Diese Zahlen allein sind jedoch noch kein Beweis für die fortschrittliche Bildungspolitik der CDU in Nordrhein-Westfalen. **Kultusminister Prof. Paul Mikat** hat **eine grundlegende Reform des gesamten Schulwesens** in Angriff genommen, die jedem Kind in unserem Lande die Ausbildung ermöglicht, die seiner Begabung und Leistung entspricht.

Von den Maßnahmen Prof. Mikats seien die wesentlichen genannt:

Die Einführung des freiwilligen 9. Schuljahres.

- Im Schuljahr 1963/64 führten 77 Volksschulen das 9. Schuljahr ein.
- Im Schuljahr 1965/66 arbeiten 182 Volksschulen mit dem 9. Schuljahr.

Das bedeutet: Wirksame Vorbereitung auf die Einführung des 9. Pflicht-Schuljahres ab August 1967.

Das bedeutet: Bessere Vorbereitung unserer Kinder auf die ständig wachsenden Anforderungen des späteren Berufslebens

Die Neuordnung der Volksschuloberstufe

Ostern 1965 wurden an 26 Volksschulen versuchsweise Beobachtungsstufen für die Neuordnung der Oberstufe eingerichtet. Das bedeutet: Das 5. und 6. Schuljahr werden zu einer Einheit zusammengefaßt, in der für Deutsch, Rechnen und Englisch Leistungsgruppen gebildet werden. Damit wird den Kindern, deren Eignung für eine weiterführende Schule sich erst nach dem 4. Schuljahr erweist, die Chance zum Übergang gegeben werden. Zu diesen Ausbaumaßnahmen gehört auch die Einführung des Fremdsprachenunterrichts.

1965 wurde bereits in rund 70 vH aller Volksschulen vom 5. Schuljahr ab Englischunterricht erteilt.

Mit dieser Maßnahme wird zugleich die Neuordnung der gesamten Volksschuloberstufe in eine moderne leistungsfähige Hauptschule eingeleitet.

Das bedeutet:

Auch wer mit dem 9. Schuljahr aus der Schulbildung ausscheidet, soll mit dem notwendigen geistigen Rüstzeug für das Berufsleben ausgestattet sein.

Der Übergang zu den weiterführenden Schulen

An den Realschulen und Gymnasien werden die beiden ersten Schuljahre als Beobachtungsstufe zusammengefaßt. Sie haben den Zweck, den Schülern über die Anfangsschwierigkeiten hinwegzuhelfen, an denen sie früher oft genug scheiterten.

An den Volksschulen wurde Probeunterricht für Schüler eingerichtet, die für eine weiterführende Schule als ungeeignet beurteilt werden, deren Eltern aber dennoch den Übergang wünschen.

Die Bemühung um Schüler, die für eine weiterführende Schule geeignet sind, von ihren Eltern dafür aber nicht angemeldet werden, sollen verstärkt werden.

Die Realschulen

Bei den Bemühungen um die Förderung jeder Begabung und um die Erschließung von Begabtenreserven spielt der Ausbau der Realschulen eine bedeutende Rolle.

Von 1962 bis Ostern 1965 wurden in Nordrhein-Westfalen 75 Realschulen und 15 Aufbaurealschulen gegründet.

Heute gibt es in unserem Lande 386 Realschulen.

Die Zahl der Schüler an Realschulen stieg von 146 242 im Jahre 1962 auf 160 000 im Jahre 1965.

Die Höheren Schulen

Die Zahl der Höheren Schulen stieg von 491 im Jahre 1962 auf 526 im Jahre 1965,
die Zahl der Aufbaugymnasien von 30 auf 32,
die Zahl der Aufbaustufen für Schüler von Realschulen von 23 auf 31.

Den Höheren Schulen sind von 1962 bis 1965 allein für bauliche Maßnahmen, Erstausstattung und für Beschaffung und Ergänzung von Gerät insgesamt 52 Mio. DM zur Verfügung gestellt worden.

Die fortschrittliche Bildungspolitik der Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Franz Meyers will begabten Schülern die Aufnahme in die Höheren Schulen und den Weg zum Hochschulstudium freimachen.

1965 ist mit der Einrichtung von Gymnasien, die zu einer fachgebundenen Hochschulreife führen, ein entscheidender Schritt nach vorn getan worden. Das bedeutet einen neuen Weg zur Erfassung weiterer Begabungen und damit eine Erhöhung der Abiturientenzahl.

Ziel dieser Maßnahme ist es, solchen jungen Menschen, die auf Grund ihrer speziellen Begabung den Weg über das übliche Gymnasium nicht gehen konnten, das Hochschulstudium zu ermöglichen.

Das bedeutet:

> Der begabte Schüler einer Realschule und bestimmter Berufsfach- und Berufsaufbauschulen und auch der begabte Absolvent der 9. Volksschulklasse hat jetzt zum Hochschulstudium Zugang.

Die Ingenieurschulen

Ein Industrieland braucht Techniker und Ingenieure. Die moderne Industrie entwickelt immer neue Aufgaben für begabte junge Leute, die ihr Fach beherrschen, Menschen führen können, dazu aber nicht unbedingt ein Studium auf der Technischen Hochschule absolviert haben müssen.

Für diese Berufsgruppe sind die Ingenieurschulen die unersetzbare Ausbildungsstätte. Die vorausschauende Bildungspolitik der Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Franz Meyers hat den Ingenieurschulen bei allen Bemühungen besonderes Augenmerk gewidmet.

Das ist der Beweis:

Die Zahl der staatlichen Ingenieurschulen stieg von 25 im Jahre 1961 auf 39 im Sommer 1965

Das bedeutet

Mehr Studienplätze für angehende Ingenieure.
1961/62 betrug die Zahl der Studienplätze 11 829, jetzt sind es 14 421.

Für die notwendigen Bauvorhaben hat die Landesregierung
von 1962 bis 1965 rd. 48,2 Mio. DM
und für die Einrichtung im selben Zeitraum
rd. 44,5 Mio. DM
zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus waren zur Beschaffung von Grundstücken
15,6 Mio. DM notwendig.

Das Land hat zudem ab 1963 den Ingenieurschulen weitere 16,1 Mio. DM für den Kauf gemeindeeigener Grundstücke und Gebäude zur Verfügung gestellt.

Behebung des Lehrermangels

Die umfassende Neuordnung des Bildungswesens ist nur möglich, wenn ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung stehen, die den Anforderungen dieses fortschrittlichen Reformwerks gerecht werden.

Von Anfang an galt daher die Bemühung der Landesregierung unter Dr. Franz Meyers und seines Kultusministers Prof. Paul Mikat der Behebung des Lehrermangels und der Verbesserung der Lehrerbildung.

Prof. Mikat hat **zur Behebung des Lehrermangels völlig neue Wege** beschritten. Entgegen aller anfänglichen Skepsis aus der Fachwelt hat Minister Mikat einen für unmöglich gehaltenen Erfolg in der Ausbildung von Aushilfskräften erzielen können.

1963 führte die Landesregierung auf Initiative Minister Mikats einjährige Lehrgänge für Bewerber mit Abitur oder Abschluß einer Realschule ein, die darüber hinaus in sozialpädagogischen Berufen bereits Erfahrungen sammeln könnten.

1964 konnten 2 344 Aushilfslehrer — 1 910 Lehrerinnen und 434 Lehrer — den Schuldienst aufnehmen.

Wie stark die Anziehungskraft dieser neuen Möglichkeit war, geht daraus hervor,

daß 1965 neue Lehrgänge eingerichtet werden mußten,
daß sich 1 259 Bewerber dazu meldeten.

Und das ist der Beweis für den durchschlagenden Erfolg und die Zustimmung der Öffentlichkeit:

Die Bevölkerung nennt die Aushilfslehrerinnen nach dem Initiator der neuen Ausbildungsmaßnahme liebevoll und mit Anerkennung:

„Unsere Mikätzchen"

Weitere Maßnahmen zur Behebung des Lehrermangels:

- Seit 1962 können Lehrer an Volksschulen und seit 1963 Lehrer aller Schulformen an der eigenen oder an einer anderen Schule gleichen Typs zusätzliche Unterrichtsstunden geben.
- 1965 wurden pro Woche rd. 16 600 solcher zusätzlichen Wochenstunden erteilt.

Das bedeutet:

Auf diese Weise wurden praktisch 550 Lehrerstellen zusätzlich besetzt.

Von 1963 bis 1968 können Diplomingenieure, Diplomphysiker und Diplomchemiker in den Vorbereitungsdienst für das Gewerbelehramt und Diplomkaufleute sowie Diplomvolkswirte in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an kaufmännischen Schulen aufgenommen werden.

Lehrerbildung

Um diese umfassende Reform des Bildungswesens wirksam durchführen zu können, hat die Landesregierung die Lehrerbildung entscheidend verbessert. Ohne qualifiziertes Lehrpersonal bleibt jede Bildungsreform Stückwerk.

Die Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Franz Meyers hat von 1962 bis 1965

3 neue Pädagogische Hochschulen gegründet.

Insgesamt bestehen in Nordrhein-Westfalen

15 Pädagogische Hochschulen

Die Zahl der Dozenten stieg von 1962 bis 1965 auf 446, die Zahl der Studenten auf 11 441.

Das ist ein **Erfolg der Bildungspolitik der CDU in Nordrhein-Westfalen:**

Trotz Rückgang der Abiturientenzahl ist die Zahl der Studenten an den Pädagogischen Hochschulen gestiegen.

Wissenschaft und Forschung

Ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen, das sich in einem wirtschaftlichen und industriellen Strukturwandel befindet, braucht mehr denn je qualifizierte Wissenschaftler. Wissenschaft und Forschung sind die Grundlage für den Fortschritt, ohne die Arbeit und die Ergebnisse unserer Wissenschaftler müßte die Industrie unseres Landes hinter der immer schärfer werdenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt nachhinken.

Heute ist Nordrhein-Westfalen zu einem Zentrum für Wissenschaft und Forschung geworden. Das Land, das in früheren Jahrzehnten von der Schwerindustrie geprägt war und durch diese Einseitigkeit krisenanfällig war, braucht neue Industrien und insbesondere neue Forschungsstätten.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist auf Grund der Initiative von Ministerpräsident Dr. Franz Meyers und Kultusminister Prof. Paul Mikat heute das Land mit den meisten Universitäten.

Eine neue Universität hat ihren Lehrbetrieb bereits aufgenommen. Zwei Universitäten sind geplant.

Die Universität Bochum wurde am 30. 6. 1965 feierlich eröffnet. 60 Professoren wurden bereits berufen. Nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Zeitplan sind innerhalb von 10 Jahren die 18 Abteilungen dieser nach fortschrittlichen Gesichtspunkten strukturierten Universität ausstattungsmäßig und personell betriebsfertig.

Um den Zustrom aus dem bevölkerungsdichtesten Lande der Bundesrepublik zu den Universitäten bewältigen zu können, wurde die Gründung einer neuen Universität in Dortmund eingeleitet. Eine weitere Universität wird demnächst in Ost-Westfalen errichtet.

Das sind Leistungen, die kein anderes Land der Bundesrepublik aufzuweisen hat. Wenn die Sozialdemokraten aus taktischen Gründen den sogenannten Bildungsnotstand dramatisieren, dann müssen sie sich sagen lassen, daß durch die Initiative der Christlich-Demokratischen Politiker in Nordrhein-Westfalen g e h a n d e l t wurde. Sie haben sich nicht mit Worten bloßer Kritik zufriedengegeben.

Das sind die Tatsachen:

Die Ausgaben für die wissenschaftlichen Hochschulen in NRW sind von 355,4 Mio. DM im Jahre 1962 auf 738,1 Mio. DM im Jahre 1965 angestiegen.

Das bedeutet:

Die Regierung Dr. Franz Meyers hat die Ausgaben für die wissenschaftlichen Hochschulen mehr als verdoppelt.

Von 1962 bis 1965 hat das Land NRW allein für Baumaßnahmen an Universitäten und den übrigen Hochschulen 443,5 Mio. DM aufgewendet.

1962 betrug das Bauvolumen für die Hochschulen 61,4 Mio. DM, 1965 stieg diese Zahl auf 192 Mio. DM. Das ist eine Steigerung um das Dreifache.

Seit 1962 wurden an den Universitäten, Technischen Hochschulen und Medizinischen Akademien 302 neue Lehrstühle eingerichtet. Darüber hinaus wurden die bestehenden Lehrstühle sachlich und personell erheblich ausgebaut.

Von 1962 bis 1965 stieg die Zahl der Studenten von 52 091 auf 59 440.

Die Medizinische Akademie in Düsseldorf wurde in den Rang einer Universität erhoben.

Die Technische Hochschule Aachen wurde erheblich ausgebaut.

Die Städtischen Krankenanstalten in Essen wurden der Universität Münster als 2. Klinikum angegliedert. Später soll dieses Klinikum der neuen Universität Bochum angeschlossen werden.

Die Städtischen Krankenanstalten in Aachen wurden der Technischen Hochschule Aachen zur Einrichtung einer Medizinischen Fakultät angegliedert. Außerdem hat die TH Aachen im Jahre 1965 eine philosophische Fakultät mit Promotionsrecht erhalten.

Solche Leistungen und zugleich eindrucksvolle Beweise einer gezielten fortschrittlichen Bildungspolitik kann kein übriges Bundesland aufweisen. Auch die von der SPD regierten Länder nicht, die von den Sozialdemokraten fälschlicherweise immer wieder als Schrittmacher moderner Kulturpolitik angepriesen werden.

Förderung der Studenten

Sinn jeder Studentenförderung ist die Unterstützung von Begabungen, auf die die moderne Industriegesellschaft nicht verzichten kann. Die Zufälligkeit der finanziellen Grundlage des Elternhauses dürfe nicht mehr wie bisher den Lebensweg qualifizierter junger Menschen bestimmen.

Die Landesregierung hat daher auch der Studentenförderung erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Für die direkte und indirekte Förderung von Studierenden der Universitäten, Technischen Hochschulen und Medizinischen Akademien wurden
von 1962 bis 1965 rd. 52,8 Mio. DM bereitgestellt.

Für die Studierenden an Pädagogischen Hochschulen wurden die Mittel für das Honnefer Modell von
4,4 Mio. DM im Jahre 1961
auf 8,1 Mio. DM im Jahre 1965 erhöht.

Darüber hinaus werden verheirateten Studenten an pädagogischen Hochschulen Familienbeihilfen gewährt.

Um der Wohnungsnot der Studenten zu begegnen, sind von 1962 bis 1965 insgesamt 19 Mio. DM zur Verfügung gestellt worden. Damit wurden aus Landesmitteln 4 900 Plätze in Wohnheimen errichtet. Damit beträgt die Zahl der Wohnheimplätze für Studenten in NRW 12 000.

Das bedeutet zwar eine deutliche Verbesserung, aber es besteht unverändert ein erheblicher Bedarf an Studentenwohnungen. Die Landesregierung wird auch künftig erhebliche Mittel für den Bau von Studentenwohn-

heimen zur Verfügung stellen, um den Studierenden die Voraussetzungen einer wirksamen Nutzung ihrer Studienzeit zu ermöglichen.

Die Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen gilt überall in der Bundesrepublik als beispielhaft. In Wissenschaft und Forschung, an unseren Schulen und Hochschulen beschreitet man heute neue Wege, die anderen Bundesländern als Modell dienen.

Das ist eindeutig der Erfolg Christlich-Demokratischer Bildungspolitik.

Die CDU hat die brennenden Probleme unserer Zeit im wirtschaftlich bedeutendsten Land der Bundesrepublik konkret angepackt. Die Leistungen sprechen für sich. Sie sind der Beweis dafür, daß Christliche Demokraten die Welt von Morgen gestalten können.

BEWEISE
ZIELE
ARGUMENTE

Zur Gesundheitspolitik der CDU in Nordrhein-Westfalen

Rednerdienst zur Landtagswahl 1966
Herausgeber:
CDU Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe
Köln · Dortmund

Zur Gesundheitspolitik der CDU in Nordrhein-Westfalen

Am 10. Juli entscheidet die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens über die politische Zukunft des Landes.

Die CDU hat den Aufstieg dieses bevölkerungsstärksten Landes der Bundesrepublik verantwortlich getragen und die Weichen in eine Zukunft gestellt, die dem Land ein neues Gesicht, noch mehr Chancen und seinen Menschen eine schönere und gesündere Heimat geben wird.

Die CDU stellt sich den Wählern mit gutem Gewissen. Die CDU kann auf Leistungen verweisen. Die CDU hat eine klare Vorstellung von den Aufgaben der Zukunft. Die CDU hat die besseren Männer.

Saubere Luft

In einem Industrieland wie Nordrhein-Westfalen gehört die Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung zu den ersten Pflichten der Landespolitik. Rauch, Abgase und Abwässer sind die Probleme unseres Landes. Nordrhein-Westfalen beherbergt

- 80 vH der Stahlindustrie
- mehr als 50 vH der Dampfkraftwerke
- 50 vH der chemischen Grundstoffindustrie
- 30 vH der Zementindustrie

Es war die CDU-Fraktion des Landtages, die im Jahre 1955 die erste parlamentarische Initiative im Kampf gegen die Verschmutzung der Luft ergriff.

Es war die CDU-Regierung unter Dr. Franz Meyers, die 1960 zum ersten Male ein konkretes Arbeitsprogramm zum Kampf gegen die Luftverunreinigung vorgelegt hat.

1962 erläßt die CDU-Regierung unter Dr. Franz Meyers das sogenannte Immissionsschutzgesetz. Dieses Gesetz gilt als **das modernste seiner Art in Europa.**

Grundsatz dieses Gesetzes ist:

Die Luft so rein wie möglich
und nicht so schmutzig wie gerade noch erträglich!

In Nordrhein-Westfalen ist durch die Initiative der CDU erreicht worden, daß heute keine Industrieanlage mehr errichtet wird, die nicht mit den modernsten Einrichtungen zur Reinhaltung der Luft ausgerüstet ist.

Das sind die Erfolge:

- Von 52 nichtentstaubten Thomasstahl-Konvertern (Stichtag 1. 1. 1962) sind inzwischen 22 stillgelegt worden oder durch moderne „saubere" Anlagen ersetzt worden.
- Bis zum 31. 12. 1967 werden 13 weitere Konverter und bis Ende 1969 die restlichen Konverter „entstaubt".
- Im Jahre 1950 gab es in NRW 40 Zementwerke mit einer Jahresproduktion von 4,2 Mio. Tonnen. Von 143 Zementöfen waren nur 7 entstaubt.
- 1964 wurden in 44 Zementwerken 10,5 Mio. Tonnen Zement produziert. Die Zahl der Entstaubungsanlagen stieg um das Achtfache.

Und das Ergebnis:

- Gegenüber 1950 (100 vH) sank der Staubauswurf auf 28,5 vH herab, obwohl die Produktion auf 250 vH anstieg.
- Der Staubauswurf der Dampfkraftwerke ist seit 1950 (100 vH) auf 65 vH gesunken.
- Von rd. 500 Großkesselanlagen sind in NRW rd. 450 mit Entstaubungsanlagen ausgerüstet, die ständig verbessert werden.

Diese Zahlen beweisen, daß die Bemühungen der Regierung Meyers im Kampf um saubere Luft Erfolg haben. Lange bevor die SPD sich die Parole „Blauer Himmel über der Ruhr" einfallen ließ, hat die CDU gehandelt.

Die Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft erfordern riesige Investitionen. Nur eine intakte Wirtschaft kann soviel Geld für Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft ausgeben:

Von 1955 bis 1963 rd. 1 Milliarde Mark!

Von dieser Summe wurden allein
von 1960 bis 1963 rd. 530 Mio. Mark
für Luftreinhaltemaßnahmen investiert.

Die Wirtschaft darf aber durch derartig hohe Investitionen für die Gesunderhaltung der Bevölkerung nicht in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Das würde letztlich die Konkurrenzfähigkeit der Industrie unseres Landes und damit die Arbeitsplätze für Hunderttausende gefährden.

Die Landesregierung unter Dr. Franz Meyers hat daher durch Steuerermäßigungen und Kredite die finanzielle Belastung tragbar gemacht.

Seit 1960 hat die Landesregierung in über 500 Fällen für Luftreinhaltungs-Investitionen in Höhe von rd. 300 Mio. DM Steuerermäßigungen gewährt.

Weitere Leistungen der Landesregierung für diesen Zweck:

Sie übernahm Bürgschaften von mehr als 50 Mio. DM
Sie gewährten zinsverbilligte Kredite von rd. 6 Mio. DM.

Die Bemühungen der Landesregierung um die Gesundheit der Bevölkerung werden außerdem durch folgende Tatsachen gekennzeichnet:

- Einführung eines modernen Warnsystems bei Gefahr von Smogbildung in den Ballungsgebieten. Das ist die erste Maßnahme dieser Art in Europa!
- Errichtung einer Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz im Jahre 1963. Hier arbeiten rd. 340 Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und Laboranten an der Grundlagenforschung für wirksamen Schutz gegen Luftverschmutzung.
- Mehr als 8000 Meßstellen sammeln die Unterlagen über den jeweiligen Grad der Luftverunreinigung.
- Zur Lösung des schwierigen Problems der Entschwefelung der Abgase hat die Landesregierung 2,5 Mio. DM für Forschungsaufträge zur Verfügung gestellt. Die Gesamthöhe der Landesausgaben für Forschungszwecke dieser Art betragen von 1962 bis 1965 mehr als 4 Mio. DM.

Sauberes Wasser

Unsere Flüsse müssen wieder sauberes Wasser führen. In einem Industrieland wie NRW ist diese Forderung nur durch ungeheure finanzielle und technische Investitionen zu erfüllen. Die Sünden vergangener Jahrzehnte lassen sich nicht in wenigen Jahren ungeschehen machen.

Die Landesregierung unter Dr. Franz Meyers hat auch auf diesem Gebiet **erhebliche finanzielle Mittel zur systematischen Lösung des Abwasser-Problems zur Verfügung gestellt.** Wie intensiv und zielbewußt die Regierung Meyers diese Aufgabe angepackt hat, zeigt ein Vergleich der Haushaltsmittel, die dafür ausgegeben worden sind:

1960:	28 Mio. DM
1962:	44 Mio. DM
1965:	151 Mio. DM
1966:	151 Mio. DM.

Im Vergleich zu diesen Ausgaben:

1953 betrugen die entsprechenden Haushaltsmittel nur 5,35 Mio. DM.

Die Regierung des CDU-Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers hat die Lösung des Abwasser-Problems schwerpunktmäßig in einem Fünfjahresplan zusammengefaßt. Von 1963 bis 1967 werden voraussichtlich annähernd 700 Mio. DM für diesen Zweck ausgegeben.

Das sind 55 vH der Gesamtmittel, die für wasserwirtschaftliche Maßnahmen zur Verfügung stehen!

Auch der Vergleich der Ausgaben der für die Reinhaltung des Wassers notwendigen Baumaßnahmen beweist den Fortschritt der Bemühungen der Regierung des CDU-Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers:

- 1960 waren es 885 Baumaßnahmen mit Gesamtkosten von 1,44 Milliarden DM
- 1962 waren es 1111 Baumaßnahmen mit Gesamtkosten von 2,15 Milliarden DM
- 1965 waren es 1745 Baumaßnahmen mit Gesamtkosten von 3,14 Milliarden DM.

Mehr als 60 vH aller Baumaßnahmen in NRW und 58 vH des Gesamtbauvolumens entfallen auf Abwasser-Maßnahmen!

Auch hier muß die Industrie mitarbeiten, wenn diese für die Gesundheit der Bevölkerung dringliche Aufgabe gelöst werden soll. Das ist bisher in großem Maße geschehen.

Das Land NRW hat von 1962 bis 1965 der Industrie rund 145 Mio. DM an Steuerbegünstigungen für den Bau von Kläranlagen zur Verfügung gestellt.

Bessere Krankenhäuser

Der Grad der menschlichen Zivilisation wird nicht zuletzt erkennbar an der Zahl und der Qualität der Krankenhäuser, am Stand der medizinischen Wissenschaft und schließlich der Krankenpflege. Nordrhein-Westfalen als dem bevölkerungsdichtesten Land der Bundesrepublik stellt sich hier eine besondere Aufgabe.

Die folgende Zahlenbilanz zeigt, daß NRW auch auf dem Gebiet der Krankenpflege erhebliche Fortschritte zu verzeichnen hat:

- 1955 gab es 796 Krankenhäuser mit
  107 666 Betten und
  32 650 Pflegepersonen
- 1960 gab es 784 Krankenhäuser mit
  174 575 Betten und
  38 897 Pflegepersonen
- 1965 gab es 771 Krankenhäuser mit
  181 052 Betten und
  44 635 Pflegepersonen

Das bedeutet:

Die Zahl weniger leistungsfähiger und überalterter Kleinkrankenhäuser ist gesunken. Dieser Konzentrationsprozeß kam der Qualität zugute.

Denn:

Die Zahl der Krankenbetten, die zur Behandlung zur Verfügung stehen, stieg um 13 486.

Die Zahl der Pflegepersonen stieg trotz allgemein festzustellenden Mangels an Pflegepersonal um 11 985.

Und darauf kommt es an:

Mehr Krankenbetten
Mehr Pflegepersonal
Bessere Krankenhäuser

Heute sind darüber hinaus 150 neue Krankenhäuser im Bau oder in fortschrittlichem Stadium der Planung!

Das Land Nordrhein-Westfalen unter der Regierung des CDU-Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers hat die Mittel für den Ausbau und die Modernisierung der Krankenhäuser von 1963 bis 1965 mehr als verdoppelt.

1963 beliefen sich die entsprechenden Haushaltsansätze
auf 134,3 Mio. DM
1965 waren sie auf 298 Mio. DM gestiegen!

Mehr und besseres Pflegepersonal

Nordrhein-Westfalen ist dank der Initiative der Regierung des Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers das einzige Land, das sich mit Nachdruck für die Errichtung von Pflegevorschulen eingesetzt hat.

In diesen Vorschulen werden junge Mädchen nach ihrer Schulentlassung in einer 3jährigen Vorbildung auf den Krankenpflegeberuf hingeführt.

Dieses System gilt heute als vorbildlich für alle Bundesländer!

Die fortschrittliche Entwicklung auf dem Gebiet der Krankenpflegeausbildung in NRW geht aus folgenden Zahlen hervor:

- 1955 gab es 36 Pflegevorschulen mit 809 Schülerinnen
- 1964 gab es 76 Pflegevorschulen mit 2007 Schülerinnen
- 1955 gab es 201 Krankenpflegeschulen mit 4158 Schülerinnen
- 1964 gab es 294 Krankenpflegeschulen mit 8785 Schülerinnen
- 1955 gab es 1 Helferinnenschule mit 30 Schülerinnen
- 1964 gab es 35 Helferinnenschulen mit rd. 300 Schülerinnen

Von 1962 bis 1964 wurden in 870 Wohnheimen 38 844 Unterkunftsplätze für Pflegekräfte geschaffen.

Diese Entwicklung war nur möglich, weil die Regierung des Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers erhebliche Mittel für die Ausbildung von qualifiziertem Pflegepersonal bereitgestellt hat.

1961:	3,48 Mio. DM
1963:	9,24 Mio. DM
1965:	11,10 Mio. DM
1966:	14,11 Mio. DM

Das ist von 1961 bis 1966 eine Steigerung der Mittel für Pflege- und Hilfskräfte um mehr als das Vierfache!

Das öffentliche Gesundheitswesen

Die gesetzlichen Maßnahmen der letzten Jahre zur Gesunderhaltung der Bevölkerung — wie z. B. das Seuchen-, Lebensmittel- und Arzneimittelgesetz — stellen an das öffentliche Gesundheitswesen, also an die Gesundheitsämter und die zuständigen Fachinstitute, ständig steigende Anforderungen.

Das Land Nordrhein-Westfalen unter der Regierung des CDU-Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers hat seit 1958 rd. 80 Gesundheitsämter und Nebenstellen neugebaut.

Die Einrichtung der Gesundheitsämter und Chemischen Untersuchungsämter wurde erheblich verbessert.

Seuchenbekämpfung

Das Land Nordrhein-Westfalen hat zur Bekämpfung von Seuchen umfassende und erfolgreiche Maßnahmen ergriffen.

Beweis für den Erfolg ist die im Jahre 1962 eingeführte Schluckimpfung gegen die Kinderlähmung.

- 1961 wurden 1478 Erkrankungen und 93 Todesfälle registriert
- 1962 wurden 52 Erkrankungen und 2 Todesfälle registriert
- 1963 wurden 17 Erkrankungen und 0 Todesfälle registriert
- 1964 wurde 1 Erkrankung und 0 Todesfälle registriert

Die Landesregierung hat diesen Erfolg durch erhebliche finanzielle Mittel ermöglicht.

Seit 1961 wurden mehr als 8 Mio. DM für die Beschaffung von Impfstoff zur Verfügung gestellt.

Auch der Bekämpfung der Krebskrankheit gehört die Aufmerksamkeit der Landesregierung. Da es bei der Bekämpfung dieser gefährlichen Volkskrankheit wesentlich auf die frühzeitige Ermittlung ankommt, hat die Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft zur Bekämpfung der Krebskrankheiten ihre Bemühungen auf das Problem der frühzeitigen Ermittlung von Krebsfällen konzentriert.

So werden seit 1960 jährlich rund 2 Mio. DM (seit 1960 bis 1965 insgesamt 10 Mio. DM) für diesen Zweck von der Landesregierung bereitgestellt.

Bei den Gesundheitsämtern wurden 189 Krebsberatungsstellen eingerichtet.

Die Zahl der nicht operierfähigen Fälle ist erheblich gesunken. In den Städtischen Krankenanstalten Essen entsteht zur Zeit eine der modern-

sten Tumor-Kliniken, die sich neben der Behandlung auch der Krebsforschung widmet. Dieser Klinik wird mit einem Kostenaufwand von rd. 15 Mio. DM ein modernes Krebsforschungs-Laboratorium angegliedert.

Gesundheit am Arbeitsplatz

Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz ist in einem Land wie Nordrhein-Westfalen mit 7,5 Millionen Beschäftigten ein Problem ersten Ranges. Nach den Vorschriften des Neuregelungsgesetzes für die Unfallverhütung (30. April 1963) fiel der Landesregierung ein großer Aufgabenbereich zu.

So wurden

50 000 Sicherheitsbeauftragte in den Betrieben und
1 000 Sicherheitsbeauftragte bei der öffentlichen Verwaltung bestellt und ausgebildet.

Die Zahl der Unfälle sank von 365 000 im Jahre 1961 auf 352 000 im Jahre 1964.

Die Zahl der tödlichen Unfälle sank von 469 im Jahre 1961 auf 385 im Jahre 1964.

Der Jugendarbeitsschutz gehört ebenfalls zu den Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Menschen am Arbeitsplatz. Auch auf diesem Gebiet konnte die Regierung unter Ministerpräsident Dr. Franz Meyers durch strenge Maßnahmen erhebliche Erfolge erzielen.

Wurden im Jahre 1961 noch 4 333 Verstöße gegen den Jugendarbeitsschutz registriert, so ging diese Zahl im Jahre 1964 auf weit weniger als 3000 zurück.

Mit Nachdruck und notwendiger Strenge hat die Landesregierung das Verbot von Akkord-, Fließband- und Prämienarbeit in den Betrieben durchgesetzt.

Der Anteil der ärztlichen Erstuntersuchungen der untersuchungspflichtigen Jugendlichen vor Eintritt in das Berufsleben stieg von 67 vH im Jahre 1962 auf 93 vH im Jahre 1964.

Alle diese Maßnahmen dienen der Gesundheit der Bevölkerung unseres Landes. Sie sind nicht selbstverständlich; sie kosten riesige Summen an Steuergeldern.

Mittelpunkt aller politischen Bemühungen christlich demokratischer Politik ist der einzelne Mensch. Und darum wird die CDU in Nordrhein-Westfalen ihre Bemühungen immer auf dieses Ziel richten:

Der Mensch soll frei, gesund, gesichert und glücklich leben können.

BEWEISE
ZIELE
ARGUMENTE

SPORT UND JUGEND

Nordrhein-Westfalen
führend
in der Bundesrepublik

Rednerdienst zur Landtagswahl 1966
Herausgeber:
CDU Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe
Köln · Dortmund

Sport und Jugend - NRW führend in der Bundesrepublik

Am 10. Juli 1966 entscheidet die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens über die politische Zukunft des Landes.

Die CDU hat den Aufstieg dieses bevölkerungsstärksten Landes der Bundesrepublik verantwortlich getragen und die Weichen in eine Zukunft gestellt, die dem Land ein neues Gesicht, noch mehr Chancen und seinen Menschen eine schönere und gesündere Heimat geben wird.

Die CDU stellt sich den Wählern mit gutem Gewissen. Die CDU kann **auf Leistungen verweisen.** Die CDU hat eine **klare Vorstellung von den Aufgaben der Zukunft.** Die CDU hat **die besseren Männer und Frauen.**

An der Spitze aller Bundesländer

Der Sport ist wesentliches Element der Volksgesundheit. Eine leistungsfähige Industriegesellschaft ist auf die Dauer nicht denkbar, wenn die Menschen den ständig steigenden Anforderungen des technischen Fortschritts geistig und nervlich nicht gewachsen sind.

Mit den Leistungen für den Sport steht das Land Nordrhein-Westfalen **eindeutig an der Spitze aller Bundesländer.** Von 1962 bis 1964 wurden

jährlich rd. 100 Mio. DM für den Sport bereitgestellt

Von diesen 100 Mio. DM pro Jahr wurden rd. 90 Mio. für den Bau von Sportübungsstätten verwendet.

Insgesamt werden in Nordrhein-Westfalen für den Bau von Sportübungsstätten jährlich etwa 300 Mio. DM ausgegeben. Der „Goldene Plan" der Deutschen Olympischen Gesellschaft hatte aber nur 150 Mio. DM für NRW vorgesehen.

Nordrhein-Westfalen hat die Forderungen des Goldenen Plans durch seine finanziellen Leistungen für den Sport weit übertroffen.

Die Leistungen der Landesregierung unter CDU-Ministerpräsident Dr. Franz Meyers von 1962 bis 1964 sprechen für sich!

Das Land finanzierte

- 30 Hallenbäder
- 184 Lehrschwimmbecken
- mehr als 1100 Turn- und Gymnastikhallen
- 32 weitere Hallenbäder sind im Bau

Allein im Jahre 1965 wurden mit Landesmitteln finanziert:

- 19 Hallenbäder
- 37 Lehrschwimmbecken
- 22 Freibäder
- 367 Turn- und Gymnastikhallen
- 198 Sportplätze
- 352 sonstige Sportanlagen

Heute verfügt Nordrhein-Westfalen über

- 138 Hallenbäder
- 325 Lehrschwimmbecken
- 447 Freibäder
- 3007 Turn- und Gymnastikhallen
- 3835 Spiel- und Sportplätze

Dieser Bestand an Sport- und Übungsstätten wird als Fortschritt und Leistung besonders deutlich erkennbar, wenn man weiß, daß 1945 in unserem Lande vorhanden waren:

- 45 Hallenbäder (die meisten veraltet)
- 383 Freibäder
- 653 Turn- und Gymnastikhallen
- 2000 Spiel- und Sportplätze
- **keine** Lehrschwimmbecken

Sport in Schulen und Vereinen

Die Finanzierung von Spiel- und Sportstätten genügt allerdings nicht. Sie kann nur eine der Voraussetzungen zur Erfüllung der entscheidenden Aufgabe sein, die Gesundheit der Bürger unseres Landes durch sportliche Betätigung zu schützen und zu fördern. Die Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Franz Meyers hat daher der Förderung des Sports, vor allem im Rahmen der Schulen und Vereine, besondere Aufmerksamkeit und großzügige Hilfen zugewendet.

Die Ausbildung qualifizierter Sportlehrer hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Die Sporthochschule in Köln sowie die Institute für Leibeserziehung an den Hochschulen wurden erheblich ausgebaut.

1962 übernahm das Land die Kölner Sporthochschule von der Stadt Köln. 1963 wurden großzügige Sporteinrichtungen in einen Neubau eingerichtet. Die Zahl der Lehrkräfte wurde vergrößert. Heute lehren 10 Professoren, 7 Dozenten und 3 sonstige Lehrkräfte. In dieser Zahl sind die nichtbeamteten Sportlehrkräfte nicht enthalten.

1963/64 studierten in Köln 1603 Studenten, im Sommersemester 1965 bereits 1915.

An unseren Gymnasien und Realschulen entspricht der Unterricht im Fach Leibesübungen stundenmäßig längst den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz.

An den Pädagogischen Hochschulen wird das Studienfach Leibeserziehungen für die Studierenden attraktiver gemacht, um möglichst rasch den Mangel an Sportlehrern an den Volksschulen zu beseitigen.

Den Vereinen fällt bei der Erhaltung der Gesundheit unserer Bevölkerung besondere Bedeutung zu.

Die Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Franz Meyers hat daher im Jahre 1962 mit der „Aktion Vereinshilfe" einen völlig neuen Weg beschritten, um den mehr als 8000 Turn- und Sportvereinen des Landes bei ihrer Arbeit zu helfen.

Die Landesregierung zahlt den Vereinen die Hälfte der Personalkosten für qualifizierte Sportlehrer und Übungsleiter.

Die Zuwendungen des Landes an die Vereine sind von 2 Mio. DM im Jahre 1962 auf über 5 Mio. DM 1965 angestiegen.

Wie sinnvoll und begehrt diese Vereinshilfe ist, beweist die trotz anfänglicher Skepsis wachsende Beteiligung der Vereine:

Von den mehr als 8000 Turn- und Sportvereinen des Landes beteiligten sich an der „Aktion Vereinshilfe":

- 1962 1725 Vereine
- 1963 2850 Vereine
- 1965 3650 Vereine
- 1966 4820 Vereinsanträge

Diese erfolgreiche Aktion hat erreicht, daß unseren Vereinen mehr und besser ausgebildete Sportlehrer und Übungsleiter zur Verfügung stehen und damit die sportliche Breitenarbeit erheblich intensiviert werden konnte.

Dieser Breitenarbeit steht der Spitzensport gegenüber, der in Nordrhein-Westfalen mit erheblicher Unterstützung der Landesregierung gefördert wird. Denn Spitzensport ist Ansporn und Beispiel für die Jugend.

In Nordrhein-Westfalen sind mit Hilfe der Landesregierung sportliche Leistungszentren geschaffen worden, die beispielhaft in der Bundesrepublik und darüber hinaus in Europa sind. So für die Reiterei und den modernen Fünfkampf in Warendorf, für Ruderer und Kanuten in Duisburg-Wedau. **Vorgesehen sind die Leistungszentren für den Schwimmsport an der Deutschen Sporthochschule Köln, für den Zehnkampf in Dortmund und für sonstige Disziplinen der Leichtathletik in Leverkusen.**

Jugendarbeit

Nordrhein-Westfalen hat als erstes Land der Bundesrepublik bereits 1948 die Bedeutung einer modernen Jugendarbeit erkannt. Karl Arnold, erster CDU-Ministerpräsident des Landes und von der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens unvergessen, gründete die „Landesarbeitsgemeinschaft Heimstatthilfe".

Diese Initiative wurde beispielhaft für das gesamte Bundesgebiet. 1951 setzte Arnold den ersten Landesjugendplan in der Bundesrepublik durch. Er wurde zum Vorbild für den ersten Bundesjugendplan, an dem Vertreter Nordrhein-Westfalens maßgeblich mitgewirkt hatten.

Seit 1950 hat die Landesregierung 750 Mio. DM für die Landesjugendpläne zur Verfügung gestellt.

Seit 1950 wurden 6300 Jugendbauten von der Landesregierung gefördert. Seit 1950 wurden dafür annähernd 2 Milliarden DM ausgegeben.

Das bedeutet:

Mehr als 60 vH aller Jugendbauten in der Bundesrepublik stehen in Nordrhein-Westfalen!

Ein Vergleich aus dem Jahre 1965 ergibt:

Nordrhein-Westfalen gab für Jugendpolitik und Jugendpflege
46 Millionen DM aus
alle übrigen Bundesländer zusammen
58 Millionen DM

Das bedeutet:

45 vH der gesamten Länderausgaben für die Jugendarbeit werden von Nordrhein-Westfalen für diesen Zweck ausgegeben!

Die Schaffung von Jugendheimstätten, die Karl Arnold begonnen hatte, wurde zu einem beispiellosen Erfolg.

- Heute gibt es rd. 900 solcher Heime, davon über 100 als Heime der „Offenen Tür".
- Heute stehen unseren jungen Menschen darüber hinaus rd. 3000 Verbandsjugendheime offen.
- Heute finden sich jede Woche 2 bis 2,5 Millionen junger Menschen zur Freizeit, zum Hobby und zu ernster Bildungsarbeit in diesen Heimen.

Im Jahre 1962 wurde der Grundstein für ein umfassendes Jugenderholungswerk gelegt. Das Land stellte für diesen Zweck damals 2,5 Mio. DM zur Verfügung. 1965 stieg die Summe auf 4 Mio. DM. Weitere 4 Mio. DM schießen die Gemeinden zu, die für diese Aufgabe unmittelbar zuständig sind.

Für diese verantwortungsvolle Aufgabe sind in NRW bis heute rd. 10 000 Helfer ausgebildet worden. 300 000 Jugendliche, die an der Jugenderholung teilnehmen, können sich auf diese Helfer, vornehmlich Studenten und Studentinnen, verlassen.

Die Landesregierung sorgt mit ihrer finanziellen Hilfe über die Landesjugendpläne,

- daß jährlich rund 300 000 Führungskräfte der politischen Jugendorganisationen und der freien Jugendverbände geschult werden,
- das heute jährlich etwa 70 000 Jugendliche die Probleme des geteilten Berlin an Ort und Stelle studieren können,
- daß 20 Gruppen von Jugendführern noch vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen nach Israel reisen und damit erheblich zu gegenseitiger Verständigung beitragen konnten,
- daß ausgewählte Jugendgruppen auch in Ostblockländer reisen können, vornehmlich in die Tschechoslowakei, nach Ungarn, Polen und in die UdSSR,
- daß in 10 Landes-
  50 Bezirks- und mehr als
  3000 örtlichen Arbeitsgemeinschaften
  Musik, Tanz, Spiel, Film etc. als Hobby gepflegt werden können.

Alle diese Leistungen und Bemühungen haben letztlich das Ziel, eine körperlich und geistig gesunde und freie Jugend heranzuziehen.

Die CDU hat daher gemeinsam mit der von ihr getragenen Landesregierung ihre **Hilfe ohne politische Bedingungen** zur Verfügung gestellt.

Der Sport ist keine politische Hilfsaktion, er ist frei und muß frei bleiben.

Die Jugendpolitik der Landesregierung gilt der freien Arbeit der Vereine und Verbände. Nicht Mitgliederzahlen und Verbandsstärke sind bei der Verteilung der Mittel maßgebend.

Es entscheidet allein die Leistung

Alles, was das Land für die Jugendarbeit ausgibt, sind freiwillige Leistungen, keine gesetzlichen Verpflichtungen. Ziel der Arbeit der CDU für die Jugend ist:

Gesunde Jugend

verantwortungsbewußte Bürger

Freiheit in Wohlstand und Ordnung

Am 10. Juli entscheidet die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens über ihre politische Zukunft. Sie entscheidet über die Fortsetzung dieser erfolgreichen Politik. Wer sie will, entscheidet sich für Ministerpräsident Dr. Franz Meyers und die CDU.

17/1
NRW
1966

BEWEISE
ZIELE
ARGUMENTE

Zur Wohnungsbaupolitik der CDU in Nordrhein-Westfalen

Rednerdienst zur Landtagswahl 1966
Herausgeber:
CDU Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe
Köln · Dortmund

Zur Wohnungsbaupolitik der CDU in Nordrhein-Westfalen

Am 10. Juli 1966 entscheidet die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens über die politische Zukunft des Landes.

Die CDU hat den Aufstieg dieses bevölkerungsstärksten Landes der Bundesrepublik verantwortlich getragen und die Weichen für eine Zukunft gestellt, die dem Land ein neues Gesicht, noch mehr Chancen und seinen Menschen eine schönere und gesündere Heimat geben wird.

Die CDU stellt sich den Wählern mit gutem Gewissen. Die CDU kann auf Leistungen verweisen. Die CDU hat eine klare Vorstellung von den Aufgaben der Zukunft. Die CDU hat die besseren und in der politischen Verantwortung bewährten Männer und Frauen.

Land und Gemeinden — Koch und Kellner

Die SPD beherrscht zahlreiche Rathäuser und hebt ihre Leistungen auf dem kommunalen Gebiet hervor. Sie profitiert dabei von den Erfolgen, die erst durch die Wirtschaftspolitik der von der CDU getragenen Bundes- und Landesregierung geschaffen worden sind. Eine der Auswirkungen dieser Politik war es, daß die öffentlichen Einnahmen überall wesentlich gestiegen sind. Erst dadurch wurden die entscheidenden finanziellen Voraussetzungen für den Wiederaufbau insgesamt, aber auch in den sozialdemokratisch beherrschten Gemeinden geschaffen. Dieser Zusammenhang wird von der SPD verschwiegen.

Der Wohnungsbau

Deutlich sichtbarer Beweis erfolgreicher christlich-demokratischer Politik ist der Wohnungsbau. Die Welt bewundert den schnellen Wiederaufbau unserer zerbombten Städte, die modernen Siedlungen; für sie ist das „deutsche Wunder" nicht zuletzt die einzigartige Leistung im Wohnungsbau.

In der Bundesrepublik sind von 1949 bis heute rund 9 Millionen Wohnungen gebaut worden. Das heißt mit anderen Worten: Bei uns ist in jeder Minute — Tag und Nacht — eine Wohnung fertiggestellt worden.

Aber nicht nur das: Auch die Qualität der Wohnungen wurde ständig verbessert. Heute liegt die durchschnittliche Wohnungsgröße bei etwa 80 qm (1952 waren es etwa 55 und 1956 etwa 62 qm). Seit Jah-

ren wird kaum noch eine Wohnung ohne Bad gebaut. Etwa die Hälfte der neueren Wohnungen ist mit Zentral- oder Fernheizung ausgestattet.

Nordrhein-Westfalen, das am stärksten vom Krieg verwüstete Land, hat unter Karl Arnold und Dr. Franz Meyers den eindrucksvollsten Anteil an diesem grandiosen Wiederaufbauwerk.

Die Leistungen der letzten Jahre sprechen für sich: Allein von 1962 bis 1965 wurden in Nordrhein-Westfalen gebaut:

1962	146 738
1963	148 705
1964	169 695
1965	149 201
	614 339 Wohnungen

1962—1965 also: 614 339 neue Wohnungen in Nordrhein-Westfalen! Das ist Wohnraum für etwa 1,9 Millionen Menschen!

Der Bevölkerungszuwachs betrug von 1962 bis 1964 rund 520 000 Personen. Diese benötigten etwa 175 000 Wohnungen.

In Nordrhein-Westfalen ist also mit der Bauleistung der Jahre 1962 bis 1964 nicht nur der Wohnungsmehrbedarf infolge des Bevölkerungszuwachses gedeckt, sondern darüber hinaus sind weitere 290 000 Wohnungen zur Deckung des sonstigen Bedarfs neu gebaut worden.

Diese Entwicklung hat sich 1965 und bis heute fortgesetzt. Die Regierung Meyers garantiert sie auch für die Zukunft!

Von den insgesamt 465 000 Wohnungen der Jahre 1962 bis 1964 hat das Land Nordrhein-Westfalen rund 285 000 mit Landesmitteln gefördert. Hinzu kommen über 33 000 mit Landesmitteln geförderte Heimplätze in Wohnheimen.

1965 hat das Land rd. 80 000 Wohnungen öffentlich gefördert. Auch 1966 werden es wieder 80 000 öffentlich geförderte Wohnungen sein! Für das laufende Jahr sieht der Landeshaushalt 1,6 Milliarden DM (15,4 vH des Gesamtetats) vor. Mit Erlaß vom 25. Februar 1966 hat der Wohnungsbauminister bereits eine **erste** Rate zur Verfügung gestellt. Weitere Mittel folgen! Das Land Nordrhein-Westfalen hat für den Wohnungsbau — neben den vom Bund bereitgestellten Bundesmitteln — an Landesmitteln zur Verfügung gestellt:

1962	1,106 Milliarden DM
1963	1,128 Milliarden DM
1964	1,795 Milliarden DM

Christlich-demokratische Wohnungsbaupolitik ist gleichzeitig Gesellschafts- und Eigentumspolitik. Daher hat die Regierung Dr. Franz Meyers

— wie die seines Vorgängers Karl Arnold — das **Familieneigenheim** und die **Eigentumswohnung** mit besonderem Nachdruck und erheblichen finanziellen Mitteln gefördert.

36 vH aller mit Landesmitteln geförderten Wohnungen sind Eigenheime oder Eigentumswohnungen.

Zur Förderung von Familienheimen hat die Landesregierung das **Sonderprogramm für den Bau von Familienheimen in geschlossenen Gruppen** durchgeführt.

Von 1962 bis 1964 wurden 15 000 Wohnungen in Familienheimen in geschlossenen Gruppen zusätzlich gefördert.

Für dieses Programm wurden 266 Millionen DM zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Den **kinderreichen Familien** galt die Sorge der Landesregierung in besonderem Maße. Die Mittel für **Familienzusatzdarlehen** wurden ab 1964 beträchtlich erhöht.

Dieses Beispiel aus Nordrhein-Westfalen ist von der Bundesregierung in das Wohnungsbauänderungsgesetz 1965 übernommen worden.

Auch für solche kinderreichen Familien, die sich ein Eigenheim nicht leisten können oder aus mancherlei Gründen eine Mietwohnung vorziehen, wird mit Mittein des Landes vordringlich Wohnraum beschafft.

Seit 1962 gewährt die Landesregierung verlorene Zuschüsse auch Bauherren, die eine zweite selbständige, abgeschlossene, öffentlich geförderte Wohnung in einem Familienheim oder eine Miet- oder Genossenschaftswohnung errichten. Voraussetzung ist, daß eine solche Wohnung für eine kinderreiche Familie geeignet ist.

Auch diese Maßnahme ist in der Bundesrepublik bahnbrechend!

Eine weitere Leistung der Landesregierung ist die Gewährung von Beihilfen als Ersatz für fehlendes Eigenkapital. Diese Mittel werden insbesondere für einkommensschwache und kinderreiche Familien zur Verfügung gestellt.

Von 1962 bis 1964 hat die Landesregierung unter Dr. Franz Meyers folgende Mittel zur Wohnraumbeschaffung für einkommensschwache und kinderreiche Familien bereitgestellt:

- 196 Millionen DM an Familienzusatzdarlehen
- 16 Millionen DM an Zuschüssen zur Wohnraumbeschaffung (Mietwohnungen)
- 202 Millionen DM an Beihilfen als Ersatz für fehlendes Eigenkapital

Das vor 10 Jahren begonnene **Programm für die Bewohner von Notunterkünften** wurde mit steigenden Mitteln fortgesetzt.

Von 1962 bis 1964 wurden für diesen Zweck 313 Millionen DM bereitgestellt.

Familien oder Einzelstehende, die eine Miete zahlen müssen, die einen bestimmten, vertretbaren Anteil ihres Einkommens übersteigt, erhalten ein **Wohngeld.** Die Landesregierung hat für diesen Zweck — neben den Mitteln, die vom Bund getragen werden — zur Verfügung gestellt

- 1962 rund 11,0 Millionen DM
- 1963 rund 12,6 Millionen DM
- 1964 rund 17,7 Millionen DM

Insgesamt hat die Landesregierung unter Dr. Franz Meyers von 1962 bis 1964 für den Wohnungsbau

6,95 Milliarden DM ausgegeben.

Nordrhein-Westfalen hat im Wohnungsbau eine Rekordleistung vorzuweisen.

Die Zahlen beweisen es:

- Von 1958 bis 1965 wurden 1 270 773 Wohnungen fertiggestellt
- Das ist Wohnraum für etwa 4 Millionen Menschen
- Ende 1965 waren für die 16 735 736 Einwohner des Landes 5 300 000 Wohnungen vorhanden. Das bedeutet eine Wohndichte von 3,16 Personen gegenüber einer Wohndichte von 3,56 Personen im Jahre 1939.
- Das ist im Vergleich zu 1939 eine Steigerung des Wohnraumbestandes um 57,8 vH
- Dagegen hat sich die Bevölkerungszahl seit 1939 um rund 40,3 vH erhöht.

Der Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen ist also in seinem Tempo der Zeit voraus. Der Zuwachs an Wohnungen ist wesentlich größer als der Bevölkerungszuwachs! Heute steht pro Kopf der Bevölkerung mehr Wohnraum zur Verfügung als 1939!

Ende 1966 werden bei gleichem Bevölkerungszuwachs und gleicher Bauleistung

für 16 950 000 Menschen
5 430 000 Wohnungen

vorhanden sein.

Das ist der Erfolg christlich-demokratischer Wohnungsbaupolitik! Nordrhein-Westfalens Aufbau ist die Leistung seiner fleißigen und mutigen Menschen. Er war aber nur denkbar unter einer zielbewußten, energischen und vorausschauenden Landesregierung.

So ist Nordrhein-Westfalens Wiederaufstieg aus Schutt und Trümmern die Leistung der CDU

die Leistung von Männern
wie Karl Arnold und Franz Meyers.

Es soll und kann nicht geleugnet werden, daß in manchen Gebieten noch Schwierigkeiten bei der Wohnraumbeschaffung bestehen. Diese Schwierigkeiten sind hervorgerufen insbesondere durch den weitergehenden Bevölkerungszuwachs, durch Haushaltsneugründungen, durch den Zustrom von Arbeitskräften aus ländlichen Gebieten in die industriellen Ballungsgebiete und durch die Aufnahme ausländischer Gastarbeiter. Jedoch: **Der Wohnungsbau wird fortgesetzt,** bis überall in unserem Land ein voll ausreichendes Wohnungsangebot vorhanden ist.

Daneben gilt es, die noch bestehenden unzureichenden Wohnungen, die den modernen hygienischen Ansprüchen usw. nicht mehr entsprechen, zu verbessern oder durch Neubauten zu ersetzen. Große Aufgaben stellen sich auch durch die Raumordnung und die Stadt- und Dorferneuerung. Unzulängliche Gebiete müssen erneuert und bauliche Mißstände durch umfassende Sanierung beseitigt werden. Das Ziel ist dabei, gesunde Umweltbedingungen zu schaffen und unsere Städte und Dörfer so zu gestalten, daß jeder in ihnen gesund leben kann.

Zur Erfüllung dieser noch vor uns liegenden Aufgaben bedarf es einer zielbewußten, energischen und vorausschauenden politischen Führung. Die Männer der CDU haben sich in der politischen Verantwortung bewährt. Ihnen ist der Wiederaufstieg Nordrhein-Westfalens aus Schutt und Asche zu danken. Ihre Leistungen bieten die Gewähr, daß das Erreichte nicht vertan wird und daß die noch zu lösenden Aufgaben gemeistert werden.

17/1
NRW
1966

BEWEISE
ZIELE
ARGUMENTE

Die Agrarpolitik der CDU

Rednerdienst zur Landtagswahl 1966
Herausgeber:
CDU Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe
Köln · Dortmund

Inhaltsverzeichnis

I. Verflechtung der Landwirtschaft mit der Gesamtwirtschaft . . 2

1. Erzeugung 2
2. Der Absatz 2
3. Abwanderung 3
4. Betriebsgrößenstruktur 3
5. Grüner Plan 3
6. Kunde der Industrie 4
7. Ohne Landwirtschaft keine Sicherheit 4

II. Integration in den Gemeinsamen Markt 5

1. Preisregulierungen 5
2. Anpassungsplan 6

III. Das agrarpolitische Ziel in Nordrhein-Westfalen 6

IV. Die agrarpolitischen Aufgaben in Nordrhein-Westfalen . . 7

1. Agrarstrukturverbesserung im Rahmen der Neuordnung des ländlichen Raumes 8
2. Verbesserung der Marktstruktur 10
3. Bildung und Ausbildung 11
4. Agrarsoziale Maßnahmen 11
5. Eingliederung heimatvertriebener und geflüchteter Landwirte 12
6. Förderung von Neben- und Zuerwerbsbetrieben . . . 12

V. Ländliche Regionalplanung 13

VI. Bundeswaldgesetz 13

VII. Agrarpolitische Vorstellungen der SPD 14

Die Agrarpolitik der CDU

I. Verflechtung der Landwirtschaft mit der Gesamtwirtschaft

1. Erzeugung

Die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft hängen vielfach von Risiken ab, auf die der Mensch keinen Einfluß hat. Die noch nicht voll und ganz bereinigte Agrarstruktur drängt die landwirtschaftliche Erzeugung zudem oft in eine Richtung, die noch nicht dem Markt angepaßt ist. Hier hat es die gewerbliche Wirtschaft besser, weil sie sich schneller auf die Nachfrage einstellen kann.

Trotz der Erschwernisse steigerte die Landwirtschaft ihre Arbeitsproduktivität gegenüber dem Vorkriegsstand auf 281 vH. Durch unsere Boden- und Veredlungsproduktion werden über 78 vH des inländischen Bedarfs an Nahrungsmitteln gedeckt.

Selbstversorgungsgrad in Prozent:

Milch	100 vH
Butter	93 vH
Fleisch insges.	86 vH
Obst	76 vH
Zucker	86 vH
Eier	75 vH
Käse	55 vH

Die Landwirtschaft ist also auch im hochindustrialisierten Bundesgebiet der Haupternährungsträger der Bevölkerung. Sie erwirtschaftet ca. 5 vH des Bruttosozialprodukts und ist damit ein nicht zu übersehender und starker Wirtschaftsfaktor.

2. Der Absatz

Der Absatz landwirtschaftlicher Produkte ist Erschwernissen unterworfen, weil

a) die Nachfrage nach Agrarprodukten vor allen Dingen bei der Rohware unelastisch ist, d. h. daß selbst Preissenkungen keine Steigerung der Nachfrage mehr bewirken (kein Mensch kann sich mehr als satt essen),

b) mit steigendem Einkommen der Verbraucher sowohl absolut als auch relativ ein ständig sinkender Teil der Einkommen für Grundnahrungsmittel ausgegeben wird und

c) die landwirtschaftliche Erzeugung infolge besonderer Gegebenheiten (Aufwuchsdauer usw.) sich nicht so schnell und reibungslos wie die

gewerbliche Wirtschaft stets auftretenden Nachfrageschwankungen anpassen kann.

3. Abwanderung

Es ist und bleibt grundsätzlich Ziel der Agrarpolitik der CDU, einer Abwanderung aus ländlichen Räumen entgegenzuwirken. Trotzdem fördert sie unter Umständen die durch Rationalisierung und Mechanisierung bewirkte Abwanderung der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft. Sie bleibt jedoch stets bemüht, den abwandernden Arbeitskräften durch Umschulungsmöglichkeiten eine neue Berufsgrundlage zu sichern, und zwar vorrangig in ländlichen Regionen.

Durch die Abwanderung, auch von Betriebsleitern und deren Angehörigen, verschlechterte sich die Alterspyramide in der Landwirtschaft derart, daß 1963 26,4 vH der männlichen und 17,6 vH der weiblichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft über 60 Jahre alt waren. In anderen Wirtschaftsbereichen waren zum gleichen Zeitpunkt nur 8,8 vH der männlichen und 4,9 vH der weiblichen Beschäftigten über 60 Jahre alt.

Durch die Novellierung des Altershilfegesetzes für die deutsche Landwirtschaft, die initiativ von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vorangetrieben wurde, ist ein bedeutsamer Schritt zur Verbesserung der Altersstruktur der Betriebsinhaber getan worden: eine schnellere Übergabemöglichkeit der Höfe hält nachwachsende Bauernsöhne auf dem Lande. Die unternehmerische Verantwortung wird durch diese Initiative schneller auf die jüngere Generation übertragen, und soziale Härten in ländlichen Regionen werden wirksam unterbunden.

4. Betriebsgrößenstruktur

Seit 1949 ist ein starker Strukturwandel in der deutschen Landwirtschaft zu beobachten, der insbesondere sich auch auf diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe erstreckt, die den Ballungszentren am nächsten sind. Insgesamt ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Bundesgebiet um 23 vH oder 450 000 Einheiten zurückgegangen. Etwa 509 000 Betriebe der Größenklassen 0,5—10 ha wurden aufgegeben bzw. aufgestockt. Erstmals wurden im Jahre 1964 auch die Größenklasse von 10—20 ha von diesem Wandlungsprozeß erfaßt. Die Anzahl der Betriebe von 10 bis unter 100 ha hat sich um 29 000 erhöht.

Die CDU unterstützt durch vielseitige Maßnahmen in Land und Bund den Umstrukturierungsprozeß, der sich auf völlig freiwilliger Grundlage vollzieht.

5. Grüner Plan

Auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes von 1955 werden der Landwirtschaft als Hilfe zur Selbsthilfe staatliche Mittel zur Verfügung gestellt mit

dem Ziel, die Disparität in Einkommen pro Kopf, die zwischen dem Einkommen in der gewerblichen Wirtschaft und in der Landwirtschaft besteht, zu mildern. Von den im Grünen Plan ausgewiesenen Mitteln dienen jedoch nicht alle Ansätze allein nur der Landwirtschaft, sondern auch Gemeinschaftsaufgaben. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Mittel für Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und der Raumordnung, z. B. wasserwirtschaftliche Maßnahmen, Wegebau usw.

Der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen, **Gustav Niermann,** sagte hierzu auf dem Bauernkongreß der CDU in Oldenburg am 5. März 1965 aus: **„Die Förderungsmaßnahmen des Staates bei der Agrarstrukturverbesserung betrachten wir als eine Hilfe zur Selbsthilfe. Etwas anderes wollen unsere Bauern auch gar nicht; sie haben es allerdings satt, wenn die staatlichen Hilfen zur Selbsthilfe immer wieder in der Öffentlichkeit als ‚ungerechtfertigte Subvention' für die Landwirtschaft deklariert werden. Das Ziel aller Hilfen bleibt doch, die Zweckbestimmung des Landwirtschaftsgesetzes von 1955, die Disparität zwischen gewerblicher Wirtschaft und Landwirtschaft im Einkommen auszugleichen."**

6. Kunde der Industrie

Die Zahl der Arbeitskräfte in der gewerblichen Wirtschaft wächst von Jahr zu Jahr, während die in der Landwirtschaft jährlich um einige 10 000 abnimmt. Nie wird deutlich genug darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaft einer der größten Kunden unserer Industrie ist. Besonders die Investitionen im notwendigen Maschinenpark einer rationell ausgerichteten Landwirtschaft beanspruchen Jahr für Jahr Milliardenbeträge. Allein in den letzten acht Jahren investierte die Landwirtschaft 16,3 Milliarden DM in neue Maschinen.

Von 1958 bis 1964 steigerten sich die Käufe von Betriebsmitteln der Landwirtschaft von 7,7 Milliarden DM auf 11,6 Milliarden DM jährlich. An allgemeinen Bedarfsgütern kaufen die in der Landwirtschaft Tätigen und ihre Angehörigen jährlich für weitere ca. 8 Milliarden DM ein.

Die CDU sieht in dem ständigen Ansteigen der Käufe der Landwirtschaft eine Bestätigung ihres agrarpolitischen Kurs, der die Bemühungen der Landwirtschaft unterstützt, nach modernsten Methoden unternehmerisch zu wirtschaften.

7. Ohne Landwirtschaft keine Sicherheit

Die Produktion der Landwirtschaft stellt einen Wert von 27 Milliarden DM jährlich dar. Die CDU wird diese landwirtschaftliche Produktion weiterhin fördern und erhalten, da bei Nachlassen der Produktion im landwirtschaftlichen Bereich die Exportleistung der gewerblichen Industrie um viele Milliarden DM gesteigert werden müßte, wenn Nahrungsgüter am Weltmarkt gekauft werden müßten.

Professor Woermann, Göttingen, sagte auf dem Bauernkongreß der CDU in Oldenburg: „Wenn man das Ergebnis des Verhaltens der Landwirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß sowie die durch das Wachstum ausgelösten und von der Landwirtschaft bereits vollzogenen Anpassungen in einem Satz zusammenfassen will, so ist zu sagen: **Die Leistung der Landwirtschaft bestand darin, daß sie mit einer um reichlich 40 vH verringerten Zahl von Vollarbeitskräften eine um 60 vH höhere Brutto-Produktion an Nahrungsmitteln erstellte. Damit stieg die Arbeitsproduktivität, gemessen an der Bruttoerzeugung je Beschäftigten, um 150 vH.**"

Diese hervorragenden Leistungen der deutschen Landwirtschaft sind trotz der genannten natürlichen Schwierigkeiten, die im Land Nordrhein-Westfalen in verstärktem Maße auftreten, auch in unserem Land erzielt und z. T. sogar überboten worden. Sie beruhen auf der Tüchtigkeit und Anpassungsfähigkeit unserer Bauern, wären jedoch ohne staatliche Hilfe und Förderung nicht möglich gewesen. Die Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft übertrifft ganz wesentlich die der gewerblichen Wirtschaft, obwohl sie unter ungleichen Startbedingungen und trotz der Schwierigkeiten im natürlichen und strukturellen Bereich durchgeführt werden mußte. Hinzu kommt noch der Druck, unter dem die Landwirtschaft im Rahmen des stärkeren Zusammenschlusses der EWG zu arbeiten gezwungen war.

Die konstruktive Agrarpolitik der CDU, in steter Anpassung an die gesamtwirtschaftliche Lage konsequent durchgeführt, hat diese Leistungen wesentlich beeinflußt.

II. Integration in den Gemeinsamen Markt

Der am 25. März 1957 unterzeichnete und am 1. Januar 1958 in Kraft getretene Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) berührt einschneidend die Gesamtsituation der deutschen Landwirtschaft. Insbesondere die marktnahen landwirtschaftlichen Betriebe werden durch Preisregelungen, die unsere bisherigen Marktordnungen ändern, vielfach so getroffen, daß die marktnahe Lage nicht unbedingt ein Vorteil ist.

1. Preisregulierungen

Für ca. 85 vH aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind durch gemeinsame Maßnahmen der EWG bereits Preisregelungen getroffen; für Erzeugnisse wie Milch, Obst und Gemüse, Wein, Zuckerrüben u. a. stehen Lösungen noch aus.

Die CDU des Rheinlandes und von Westfalen-Lippe tritt in verstärktem Maße dafür ein, daß beispielsweise im milchwirtschaftlichen Bereich eine

weitgehende Aufrechterhaltung der Milchmarktordnung auch im Gemeinsamen Markt gesichert bleibt. Damit soll erreicht werden, daß das funktionierende System des Ausgleichs zwischen Trinkmilch- und Verarbeitungsbetrieb eine gute Verwertung der angelieferten Milch weiterhin garantiert, und zwar unter Berücksichtigung eines Erzeugerauszahlungspreises für Milch, der sich an den Kosten orientiert.

Trotz Kürzungen im Etat verfolgt die CDU das agrarpolitische Ziel, die Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Länder darauf abzustellen, die Produktion in dem Maße zu beeinflussen, daß der Verbraucher auf ein Angebot frischer deutscher Qualitäten in gleichbleibender Menge und guter Sortierung zurückgreifen kann.

2. Anpassungsplan

Die CDU fordert zur Integration der Landwirtschaft, insbesondere um die nordrheinwestfälische Landwirtschaft organisch sowohl in die EWG als auch in die Gesamtwirtschaft integrieren zu können, ein EWG-Anpassungsgesetz. Es sollte sich beziehen auf:

a) Die Förderung der Spezialisierung in den Betrieben,
b) die Förderung der Bildung von gebietlichen Erzeugungsschwerpunkten,
c) die Förderung der Zusammenfassung, Sortierung, Lagerung und Aufbereitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und
d) die Förderung neuer Formen der Produktion und des Absatzes.

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hermann Höcherl, erklärte am 20. Januar 1966 (s. Agrarbrief):

„Die gemeinsame Agrarpolitik darf alles in allem nicht mit weiteren einseitigen deutschen Opfern verbunden sein, schon im Interesse der Integration. Die Markt- und Preispolitik wird wie bisher schon durch das Bemühen um weitere Produktivitätssteigerungen untermauert werden müssen."

III. Das Ziel

Die Erfüllung der Verpflichtung aus dem Landwirtschaftsgesetz von 1955, den Abstand der Einkommen zwischen Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft durch gezielte Maßnahmen zu verringern, ist und bleibt oberstes Ziel der Agrarpolitik der CDU auch in Nordrhein-Westfalen. Während im Jahre 1956/1957 der erzielte Lohn in der Landwirtschaft 1684,— DM betrug — im Gegensatz zur gewerblichen Wirtschaft zur gleichen Zeit mit 4168,— DM —, so erhöhte sich der Lohn bis 1963/1964 auf 5493,— DM pro Jahr; im gleichen Zeitraum stieg der Lohn in der gewerblichen Wirtschaft auf 6981,— DM.

Ziel der Agrarpolitik der CDU ist weiterhin die Stärkung der unternehmerischen Initiative des Betriebsleiters, die wesentliche Voraussetzung für

einen sinn- und effektvollen Einsatz der staatlichen Förderungsmittel bleibt.

Ziel der Agrarpolitik der CDU ist die Gesunderhaltung und Verbesserung der Struktur des ländlichen Raumes durch sinnvolle Abstimmung aller raumordnenden und strukturverbessernden Maßnahmen, sowohl auf dem Gebiete der äußeren Verkehrslage der Betriebe als auch der Betriebsorganisation und der Marktlage. Alle strukturwirksamen Förderungen müssen für den Menschen, der im ländlichen Raum lebt und arbeitet, darauf ausgerichtet sein, daß seine Existenz weiterhin gefestigt wird. Deshalb erstreckt sich diese Förderung über den wirtschaftlichen Rahmen hinaus auf die Gebiete der Sozial- und Bildungspolitik.

Ziel der Agrarpolitik ist schließlich die Erhaltung und Schaffung einer möglichst großen Zahl bäuerlicher Familienbetriebe in mannigfacher Art und Größe. Im Verlaufe der einschneidenden Veränderungen der Agrarstruktur hat sich auf der einen Seite die Zahl der bäuerlichen Familienbetriebe in Nordrhein-Westfalen zwischen 10 und 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) seit 1959 um rund 30000 vermehrt, die Zahl der „Betriebe" zwischen 0,5 und 10 ha LN ist um mehr als 253000 zurückgegangen.

Dieser Prozeß muß in volkswirtschaftlich produktiver Weise gelenkt werden, und zwar durch Maßnahmen der Raumordnung, z. B. der Gewerbeförderung und der Verkehrserschließung auf dem Lande. Die CDU in Nordrhein-Westfalen wird alle Maßnahmen, die diesen Zielen dienen, in Fortsetzung der bisherigen Agrarpolitik fördern. Sie wird darüber hinaus zur Anpassung an die sich ständig ändernden Verhältnisse in unserer dynamischen Wirtschaft und Gesellschaft Initiativen entwickeln und entscheidende Hilfen bereitstellen.

Die wesentlichen agrarpolitischen Entscheidungen werden auf EWG- und Bundesebene getroffen. Die regionalen Pläne im Lande Nordrhein-Westfalen sind deshalb sehr oft ergänzende Förderungs- und Verstärkungsmaßnahmen. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß das Land Nordrhein-Westfalen mit seiner von der CDU getragenen Agrarpolitik und seinen gezielten Maßnahmen immer beispielhaft vorangegangen ist und die Entscheidungen auf EWG- und Bundesebene im Bundesrat wesentlich mitbeeinflußt hat.

IV. Die Aufgaben

Durch die verantwortungsbewußte Agrarpolitik der CDU wird eine leistungsfähige und rentable Landwirtschaft auch in Zukunft im industriereichen Land Nordrhein-Westfalen ein wesentliches Glied der Volkswirtschaft bleiben. Die CDU wird die Aufgabe, die Landwirtschaft mit den Mitteln der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in die Gesamtwirtschaft

zu integrieren, konsequent lösen. Dabei wird das Land Nordrhein-Westfalen stets den regionalen Sonderbedürfnissen die notwendige Aufmerksamkeit schenken.

Nordrhein-Westfalen ist das größte Verbraucherzentrum Europas. Das bedeutet eine große Chance für eine hoch leistungsfähige Land- und Ernährungswirtschaft. Die Hauptaufgabe wird sein, strukturelle Unzulänglichkeiten im weitesten Sinne zu beseitigen, insbesondere auf dem Gebiete der Produktion und des Absatzes. Daneben werden die CDU-Politiker sich mit großer Aufmerksamkeit der Bildungs- und Sozialpolitik im ländlichen Raum widmen und dafür Sorge tragen, daß vor allem unausgeschöpfte Bildungsreserven aktiviert werden.

1. Agrarstrukturverbesserung im Rahmen der Neuordnung des ländlichen Raumes

a) Die CDU setzt sich für eine Verstärkung und sinnvolle Zusammenfassung sowie für eine Beschleunigung aller Einzelmaßnahmen auf dem Gebiete der Agrarstrukturverbesserung ein. Die Flurbereinigung als umfassende Maßnahme einer sinnvollen Neuordnung der ländlichen Gebiete muß mit der gleichen Intensität wie bisher vorangetrieben werden. Sie stellt das wirksamste Mittel zur Verbesserung der Produktivität der einzelnen Betriebe dar, wobei in ihrem Rahmen auch alle anderen strukturwirksamen Aufgaben mit erfüllt werden können. Die beschleunigte Zusammenlegung und das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren sollten in verstärktem Maße überall dort angewandt werden, wo die Beseitigung der Besitzzersplitterung vordringliche Aufgabe konsequenter Raumordnung ist.

   Von 1949 bis Ende 1964 sind in Nordrhein-Westfalen insgesamt 515000 ha Fläche bereinigt worden, das bedeutet eine Jahresleistung von ca. 40000 bis 45000 ha; etwa 800000 ha sind noch zu bereinigen. Organisation und personelle Ausstattung der Flurbereinigungsbehörden sind zu verstärken.

   Die Aussiedlung sollte wegen des damit verbundenen Mittelaufwandes nur dann durchgeführt werden, wenn zwei Effekte erzielbar sind:

   aa) Eine Verlegung in die Feldflur muß die Rentabilität des Betriebes entscheidend verbessern, wobei die Landzulage je nach Betriebsart in ausreichendem Maße gegeben sein muß bzw. in absehbarer Zukunft durch Auffangen von unrentablen Kleinstflächen oder durch Zupacht erreicht werden kann.

   bb) Die Althoffläche sollte stets der gesunden Umstrukturierung des Dorfes dienen. Etwa 2000 Betriebe sind seit 1950 in Nordrhein-Westfalen ausgesiedelt worden. Ob die bisherige Jahresleistung von 300 Betrieben beibehalten werden kann, sollte sich nach den oben genannten Kriterien richten.

Das gleiche gilt für die Aufstockung landwirtschaftlicher Betriebe. In diesem Zusammenhang kommt der Frage der Landmobilisierung (Jahresleistung der Betriebsvergrößerung im Bundesgebiet im Jahre 1964 6000 Betriebe) besondere Bedeutung zu.

Eine schnellere, auf freiwilliger Basis durchzuführende Betriebsaufstockung kann erreicht werden durch:

— bessere Entschädigung bei Aufgabe von unwirtschaftlichen Bebetrieben,
— Förderung der langfristigen Verpachtung oder des Verkaufs
— zusätzliche Darlehen oder Übernahme von Bürgschaften
— Gewährung dynamischer Renten beim Landverkauf und durch
— Gewährung eines vorzeitigen Altersgeldes bei Landabgabe durch Verpachtung oder Verkauf.

Auf dem Gebiete des Wirtschaftswegebaus in und außerhalb der Flurbereinigung sind erhebliche Leistungen zu verzeichnen. Bis Ende 1964 wurden in Nordrhein-Westfalen außerhalb der Flurbereinigung 17 000 km, innerhalb der Flurbereinigung 9000 km zusammen 26 000 km Wirtschaftswege gebaut; 50 000 km Wirtschaftswege sind noch in und außerhalb der Flurbereinigung zu erstellen. Die Jahresleistung liegt bei etwa 3000 km, wobei zu berücksichtigen ist, daß nicht nur die Landwirtschaft, sondern alle auf dem Lande Wohnenden von dieser Maßnahme Nutzen haben.

Die Althofsanierung sollte in Zukunft stärker betont werden. Nicht jeder alte Hof ist aussiedlungsbedürftig, viele aber bedürfen der Verbesserung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Nach Schätzungen sind 40 000 Betriebe verbesserungsbedürftig. Wenn pro Betrieb 60 000,— DM gerechnet werden, so sind für diese Maßnahme etwa 2,4 Milliarden DM — gerechnet auf einen Zeitraum von 10 Jahren — erforderlich. Bei ¾ Fremdkapital bedeutet das eine Summe von ca. 180 Millionen DM im Jahr. Die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch im Haushaltsjahr 1966 wieder angesetzte Zinsverbilligungsaktion des Bundes deckt ⅔ des Bedarfs zu tragbaren Konditionen, der Rest muß vom Land aufgebracht werden.

Auf dem Gebiete der Mechanisierung und der betrieblichen Ausstattung mit Maschinen muß die staatliche Förderung zu etwa den gleichen Bedingungen wie bisher fortgeführt werden (Kreditinanspruchnahme 1964 106 Mill. DM mit Zinsverbilligung).

Die Fortsetzung der bisherigen Agrarpolitik der CDU im Lande Nordrhein-Westfalen sichert die Erfolge der bisherigen Maßnahmen und bewirkt auch in der Zukunft, daß alle in der Landwirtschaft Tätigen eine attraktive Existenz finden.

b) Die ländliche Gemeinde muß in ihrer Wirtschaftskraft gestärkt werden. Im Rahmen des Landesentwicklungsprogramms von Nordrhein-

Westfalen sind die Ansiedlung gewerblicher und handwerklicher Betriebe zur Erreichung einer vielseitigen und damit krisenfesten Wirtschaftsstruktur, die Förderung der öffentlichen Versorgungseinrichtungen für Trink- und Abwasser, der Ausbau des Nachrichtenwesens, der Wirtschafts- und Verkehrswege und der Ausbau des Schulwesens — besonders hinsichtlich berufsbildender und weiterführender Schulen — vordringlich.

In den von Natur benachteiligten Gebieten ist einer Umstellung der landwirtschaftlichen Betriebe auf eine stärkere Spezialisierung der Produktion größtmögliche Förderung zu gewähren. Dabei soll auch der Entwicklung des Fremdenverkehrs und anderer außerlandwirtschaftlicher Erwerbsmöglichkeiten besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

c) Zur Verbesserung der Struktur des Einzelbetriebes ist es notwendig, dem größeren Investitionsbedürfnis der deutschen Landwirtschaft, besonders im Hinblick auf die beschleunigte Eingliederung in die EWG, durch Verstärkung der Investitionsförderung wirksam Rechnung zu tragen. Der Hofkredit sollte weiter ausgebaut werden, die Altschuldenkonsolidierung ist zu beschleunigen.

2. Verbesserung der Marktstruktur

a) Im Rahmen der Bemühungen des Bundes zur Förderung marktgerechter Erzeugung und Verwertung, besonders unter dem zunehmenden Konkurrenzdruck seitens der EWG-Partnerländer, ist es erforderlich, einen EWG-Anpassungsplan für die Landwirtschaft Nordrhein-Westfalen zu schaffen.

Voruntersuchungen als Grundlage für diesen Plan sind eingeleitet, die Ergebnisse werden in Kürze erwartet. Dieser Plan sollte alle bisherigen Marktintegrationsmaßnahmen umfassen, um der Landwirtschaft Nordrhein-Westfalens die Ausnutzung der relativ günstigen Marktchance in wirkungsvoller Weise zu ermöglichen. Der EWG-Anpassungsplan für Nordrhein-Westfalen muß die Förderung der Spezialisierung der Produktion, der Bildung gebietlicher Schwerpunkte und der Zusammenfassung, Sortierung, Lagerung und Aufbereitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Interesse eines kontinuierlichen und auf Qualität abgestellten Angebots in seinen Schwerpunkten umfassen (siehe auch unter III).

b) Daneben zeigen die Erfolge der laufenden Marktförderungsmaßnahmen eine gute Agrarpolitik der CDU auf, und zwar vorrangig bei der Förderung von 95 Anbaugemeinschaften für Qualitätsweizen seit 1963 mit Mitteln des „Grünen Plans". Auf dem Gebiet der Trocknung und Annahmeeinrichtungen sowie der Lagerbauten für Getreide wurden

bisher 15 Millionen DM aufgewendet. Diese Maßnahmen sind fortzusetzen.

Die Bemühungen zur Verbesserung der Milchvermarktung haben ihren konkreten Niederschlag im Landesplan zur Verbesserung der Molkereistruktur gefunden. Nach diesem Plan sollen die Trinkmilchmärkte neu geregelt, die Struktur verbessert und damit der Milchabsatz bei konstantem und für den Landwirt interessantem Milchpreis vergrößert werden.

Bisher sind bereits 65 Konzentrationsmaßnahmen für 183 Molkereien bei 71 Molkereistillegungen durchgeführt worden, wobei die Anlieferung je Molkerei um 54 vH gesteigert werden konnte.

Die Verbesserung der Fleischproduktion sollte durch Erzeugerringe für Mastrinder wie für Ferkel und Schweine gefördert werden. Das gleiche gilt für die Geflügelhaltung.

Die Einrichtung der Landwirtschaftlichen Absatzzentrale Bockum-Hövel zur Zusammenfassung eines großen vielseitigen Angebots gewünschter Qualitäten übt eine beispielhafte Wirkung aus.

Auf dem Gebiet des Erwerbsgartenbaus ist die Förderung von Lager-, Sortier- und Verpackungseinrichtungen, besonders bei Erzeuger-Großmärkten, durch Kühllagerräume und Frischhaltestationen zu intensivieren. Die Einrichtung und der Ausbau von Blumen-Versteigerungen sind zu unterstützen.

c) Auch das Land Nordrhein-Westfalen sollte dem Export einheimischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse größte Aufmerksamkeit schenken und der Werbung auf diesem Gebiete alle Förderung zuteil werden lassen.

3. Bildung und Ausbildung

Die Einrichtungen zur Beratung, Bildung und Ausbildung im ländlichen Raum müssen den Bedürfnissen der modernen Gesellschaft angepaßt werden. Es ist zu prüfen, ob durch finanzielle Anreize zur Förderung der betrieblichen Buchführung, zumindest aber betrieblicher Aufzeichnungen, eine größere Anzahl von Landwirten für die Buchführung gewonnnen werden können.

4. Agrarsoziale Maßnahmen

a) Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in den Wohn- und Wirtschaftsräumen bäuerlicher Familienbetriebe sind zu verbessern. Dafür wurden von 1961 bis 1964 40 Millionen DM als Kredite oder als Zuschüsse zur Verfügung gestellt.

b) Die Förderung der Ausbildung von Dorfhelferinnen seit 1960 wird fortgeführt. Tätig sind heute rund 120 Dorfhelferinnen.

c) Zur Überwindung von personellen Schwierigkeiten infolge Krankheit oder sonstiger zwingender Umstände wird der Einsatz von Betriebshelfern durch Zuschüsse für 4 Jahre an einschlägige Gemeinschaften für neue Helferstellen gefördert.

d) Ein fundierter Sozialplan wird auf Grund von Untersuchungen der Agrarsozialen Gesellschaft erstellt werden. Eine von der gleichen Gesellschaft aus Mitteln des Landes zusammengestellte Sozialfibel wird den Landwirten und ihren Angehörigen einen Überblick über das Gebiet der Sozialhilfe geben. Des weiteren laufen Untersuchungen für geeignete Maßnahmen einer ländlichen Sozialstrukturpolitik mit dem Ziele, sie zu einem Teil des Schwerpunktprogramms der Landesregierung zu machen.

5. Eingliederung heimatvertriebener und geflüchteter Landwirte

Der Eingliederung heimatvertriebener und geflüchteter Landwirte ist wie bisher allergrößte Aufmerksamkeit zu schenken. Diesem am schwersten betroffenen Personenkreis sollte weitere Förderung zuteil werden. Der 1965 angelaufene 5-Jahresplan zur verstärkten Eingliederung vertriebener und geflüchteter Bauern mit einem Finanzierungsumfang von rund 150 Millionen DM dient diesem Zweck.

6. Förderung von Neben- und Zuerwerbsbetrieben

a) Begriffsbestimmungen

Nebenerwerbsbetriebe sind solche Betriebe land- und forstwirtschaftlicher Art, deren Inhaber ihr Einkommen überwiegend aus nichtland- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit beziehen. Zuerwerbsbetriebe sind solche land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, deren Inhaber neben ihrem Einkommen aus land- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit Einkünfte aus nichtland- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit bis zu höchstens 50 vH des Gesamteinkommens beziehen.

b) Die Bundesrichtlinien für Althofsanierungen, Aussiedlungen und Aufstockungen sehen nur dann die Vergabe von Mitteln vor, wenn spätestens bei Abschluß einer Aussiedlung, Althofsanierung oder Aufstockung der Betrieb die Größe eines bäuerlichen Familienbetriebes erreicht, d. h., daß von diesem Zeitpunkt ab der Betrieb ausreichend groß ist, um für mindestens eineinhalb Generationen eine sichere Existenzgrundlage zu bilden. Die CDU Nordrhein-Westfalens setzt sich voll und ganz dafür ein, daß bei der Aufstockung von Neben- und Zuerwerbsbetrieben — auch in mehreren Etappen — Förderungsmittel des Bundes und des Landes angesetzt werden können, wenn der Betriebsinhaber eine landwirtschaftliche Vollerwerbsstelle schaffen will. Die CDU in Nordrhein-Westfalen ist also für eine möglichst elastische Handhabung der derzeitigen Bestimmungen.

c) Die CDU strebt eine ebenfalls elastischere Handhabung bei der Gewährung von Zinsverbilligung für Kapitalmarktdarlehen dann an, wenn in mehreren Etappen die Größe eines bäuerlichen Familienbetriebes erreicht werden kann.

d) Da nur im Rahmen eines Siedlungsverfahrens die Aufstockung eines Neben- und Zuerwerbsbetriebes zu einem Vollerwerbsbetrieb zu tragbaren Belastungen möglich ist, fordert die CDU, in weitaus größerem Maße als bisher, Mittel für diesen agrarstrukturell außerordentlich bedeutsamen Zweck einzusetzen.

e) Die vom Land Nordrhein-Westfalen bisher zusätzlich durchgeführten Förderungsmaßnahmen für Landabgabe sowohl bei der Verpachtung als auch beim Verkauf sollten nicht von Etatkürzungen getroffen werden, da dadurch eine Förderung der aufstockungswilligen Neben- und Zuerwerbsbetriebe besonders stark behindert wird.

f) Die Förderungsmaßnahmen für diejenigen Neben- und Zuerwerbsbetriebe, die auch in Zukunft in dieser Form der Landbewirtschaftung bzw. der landwirtschaftlichen Veredlungsproduktion verbleiben wollen, sollten vom Bundeswohnungsbauministerium übernommen werden.

V. Ländliche Regionalplanung

In der Bundesrepublik werden noch immer 86 vH des Bundesgebietes landwirtschaftlich genutzt. Die Agrarpolitiker der CDU in Nordrhein-Westfalen sind deshalb der Ansicht, daß bei den Maßnahmen der Regionalplanung im Rahmen der Landesplanung die Mitsprache der Landwirtschaft und die Berücksichtigung der Belange der Landwirtschaft notwendig ist.

Gefordert wird deshalb:

aa) eine langfristige Planung mit klarer Abgrenzung von landwirtschaftlichen Vorranggebieten gegenüber solchen Gebieten, die für Wohn- und industrielle Zwecke sowie für öffentliche Zwecke bestimmt sind.

bb) Ein gemeinsames Zusammenarbeiten von Land, Kreis und Gemeinden mit erfahrenen Vertretern der Landwirtschaft in allen Stadien der Planung, insbesondere auch bei Planänderungen.

cc) Koordinierung aller Planungen, angefangen von der Landesplanung über die Gebiets- und Regionalplanung bis zur gemeindlichen Bauleitungsplanung und der Aufstellung verbindlicher Leitsätze.

VI. Bundeswaldgesetz

Die Agrarpolitiker der CDU des Landtages Nordrhein-Westfalen treten für die Errrichtung eines Bundeswaldgesetzes deshalb ein, weil dadurch

die Eigentumsfragen und die damit verbundenen Entschädigungsleistungen für den Waldbesitzer geklärt werden. Geklärt wird aber auch die Funktion des Waldes in seiner wirtschaftlichen, landeskulturellen und wasserwirtschaftlichen Bedeutung. Gerade für die Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen ist der Wald mit seinen Erholungsfunktionen unentbehrlich.

VII. Agrarpolitische Vorstellungen der SPD

Als es noch eine „Sozialdemokratische Regierungsmannschaft" gab, veröffentlichte diese am 26. 4. 1965 im Rahmen einer Pressekonferenz ein Umstellungs- und Förderungsprogramm für die Landwirtschaft unter dem Titel „Die deutsche Landwirtschaft in den nächsten vier Jahren". Die Regierungsmannschaft kam nicht zum Zuge — es hätte für die deutsche Landwirtschaft bei der Verwirklichung des vorgelegten Programmes auch ein Fiasko gegeben:

a) Preispolitik

Die SPD findet sich damit ab, daß von der EWG-Kommission Preispolitik für landwirtschaftliche Erzeugnisse gemacht wird und die Bundesregierung in der zentralen Frage der Landwirtschaft, der Preisbildung, nur noch wenig Möglichkeiten hat. Die Existenzfrage der deutschen Landwirtschaft, die Sicherung ihres Einkommens auch über die Preise, wird von der SPD konkret in die Richtung abgedrängt, daß Preise durch den SPD-Sozialplan ersetzt werden.

b) Grüne Pläne

Ohne die Grünen Pläne der Bundesregierung wären die imponierenden Leistungen der Landwirtschaft und die vielversprechenden Erfolge bei der Neuordnung des ländlichen Raumes nicht denkbar. Im SPD-Agrarprogramm wird mit keinem Wort die Fortsetzung der Grünen Pläne, die in so erfolgreicher Weise die unternehmerischen Leistungen unserer Landwirte unterstützen, erwähnt. Die SPD tut die Grünen Pläne vielmehr als „Fleißarbeit" ab — konkrete Alternativen dazu sind im Agrarprogramm der SPD nicht aufzufinden.

c) Agrarstruktur

Einen Schwerpunkt legt das Programm der SPD auf die Verbesserung der Agrarstruktur, wobei sie davon ausgeht, die Vergabe von Bundesmitteln durch strukturelle Regional- und Landesaufbaupläne zu ergänzen. Die SPD stellt bei der Vergabe von Mitteln einen Modellbetrieb heraus, an den aber dann von der Landwirtschaft unerfüllbare Forderungen geknüpft werden, die vor allen Dingen der Selbständigkeit des Landwirts und seiner unternehmerischen Entscheidung entgegenwir-

ken. Nach dem Willen der SPD wäre dann letztlich der Landwirt nichts anderes mehr als ein „Landschaftspfleger mit staatlichem Auftrag".

d) Kurs der SPD-Agrarpolitik

Nach Vorlage des SPD-Agrarprogramms konnte die Bundesregierung erklären, daß dieses Programm keine neuen Gesichtspunkte enthalte, die nicht in der agrarpolitischen Diskussion bereits von der Bundesregierung bzw. der CDU/CSU aufgegriffen und verwirklicht oder aber verworfen wurden, weil sie für die deutsche Landwirtschaft nicht dienlich sind. Die ständige Anpassung der SPD-Agrarpolitik an die Agrarpolitik der CDU/CSU zeigt einmal wieder, daß diese Partei keine eigenen Vorstellungen zu verwirklichen in der Lage ist. Wie sollte auch eine Partei, wie die SPD, zu einer klaren agrarpolitischen Konzeption gelangen, wenn ein prominenter Sprecher der SPD keinen Zweifel darüber aufkommen läßt, daß die starke Ausrichtung der SPD auf ihre „Hausmacht, die gewerkschaftlich orientierte Industriearbeiterschaft", ein stärkeres Interesse für Fragen der Landwirtschaft kaum zuläßt.

Die CDU hat es nicht nötig, sich mit dunklen Redewendungen an die Landwirtschaft aus der Affäre zu ziehen. Sie kann mit Fakten aufwarten, und das wissen unsere Bauern, die darum Dr. Franz Meyers und seinem jungen, tüchtigen Landwirtschaftsminister Gustav Niermann vertrauen. Auch für die Zeit nach dem 10. Juli, dem Tag der Landtagswahl.